

I. publ. E.

366

ll

J. publ. E.
366 fl

Fesch

MODERNES KRIEGSRECHT.

MODEKNEZ KRUGSRECHT

ℓ

DAS

MODERNE KRIEGSRECHT

DER

CIVILISIERTEN STAATENWELT.

SYSTEMATISCH DARGESTELLT

VON

PROF. PETER RESCH,

COMTHUR DES PORTUGIESISCHEN CHRISTUS-ORDENS; RITTER DES BRASILIANISCHEN ROSEN-
ORDENS, DES GRIECHISCHEN ERLÖSER-ORDENS UND DES SACHSEN-ERNESTINISCHEN HAUS-
ORDENS; BESITZER DER RUMÄNISCHEN GOLDENEN VERDIENST-MEDAILLE I. CLASSE; INHABER
UND DIRECTOR DER HANDELS-LEHRANSTALT IN MARBURG.

Dritte NEUBEARBEITETE AUFLAGE.



GRAZ & LEIPZIG.

VERLAG VON ULR. MOSERS BUCHHANDLUNG.

(J. MEYERHOFF).

1890.

ALLE RECHTE VORBEHALTEN.



K. K. UNIVERSITÄTS-BUCHDRUCKEREI 'STYRIA' IN GRAZ.

Vorwort zur ersten Auflage.

»Das Kriegsrecht ist seit den letzten Kriegen in Europa und in Amerika humaner geworden. Die Gefahren des Krieges werden durch dasselbe ermäßigt und der Gewalt der rohen Leidenschaften Schranken gesetzt. Aber die Kenntnis dieses modernen Kriegsrechtes, so wichtig dieselbe ist sowohl für die Militär- als die Civilpersonen, ist keineswegs hinreichend verbreitet: es ist daher eine Pflicht der Wissenschaft, dieselbe jedermann zugänglich zu machen.«

Mit vorstehender Äußerung bevorwortet Bluntschli seine bekannte Schrift über »Das moderne Kriegsrecht der civilisierten Staaten« (Nördlingen 1866). Als Vorbild für diese Schrift dienten Bluntschli die von Professor Lieber in New-York verfassten und vom Präsidenten Lincoln für die Armee der Vereinigten Staaten im Jahre 1863 verkündeten Kriegsartikel. Die Schrift Bluntschlis ist denn auch in der wissenschaftlichen Kritik als eine durchaus zeitgemäße und höchst verdienstliche Leistung anerkannt worden.

Wenn wir ungeachtet dieses Sachverhaltes zum gleichen Zwecke der Belehrung von Militär- und Civilpersonen über das »Moderne Kriegsrecht der civilisierten Staatenwelt« mit einem entsprechenden Separatabdrucke aus unserem soeben erschienenen Werke »Das Europäische Völkerrecht« vor die Öffentlichkeit zu treten wagen, so erklärt sich dieses Wagnis und rechtfertigt sich dasselbe aus dem Umstande,

dass wir in vorliegender Schrift lediglich nur das wirklich geltende Recht zur Darstellung bringen, während Bluntschli's »Rechtsbuch«, wie auch Geffcken anerkennt und hervorhebt, »das anerkannt giltige Recht vermischt mit demjenigen, was nach Ansicht des Verfassers Recht sein sollte.«¹

Was die Systematik einer Darstellung des Kriegsrechtes anbelangt, so unterscheiden wir zwar mit Bluntschli das eigentliche Kriegsrecht und das Recht der erst durch den Krieg entstehenden Neutralität; wir sind jedoch der Ansicht, dass es sich empfiehlt, der Darstellung des eigentlichen Kriegsrechtes und des Rechtes der Neutralität in Weise einer Einleitung eine Übersicht über die Entstehung von Streitigkeiten unter den Staaten im allgemeinen, über die Erledigung von völkerrechtlichen Streitigkeiten durch Verständigung und über die Erledigung von völkerrechtlichen Streitigkeiten durch Selbsthilfe ohne Krieg voranzusenden.

Was unsere Literatur-Nachweise betrifft, so berücksichtigen wir unter den allgemeinen Systemen des Völkerrechtes neben dem classischen Werke von Heffter-Geffcken insbesondere das bekannte Werk von Bluntschli², während wir in besonderer Ansehung des Seekriegsrechtes unter den systematischen Darstellungen des internationalen öffentlichen Seerechtes namentlich das vorzügliche und ebenso gründliche als scharfsinnig-klare Werk des Geh. Admiraltätsrathes Perels³ in Berücksichtigung nehmen. Die Specialliteratur des Kriegsrechtes führen wir in wesentlicher Beschränkung auf diejenigen Hapterschei-

¹ Sieh das Vorwort zu A. W. Heffter, Das europäische Völkerrecht der Gegenwart auf den bisherigen Grundlagen. Siebente Ausgabe, bearbeitet von Dr. F. H. Geffcken, o. Professor des öffentlichen Rechtes an der Universität Strassburg (Berlin 1882).

² J. C. Bluntschli, Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staaten, als Rechtsbuch dargestellt (3. Auflage, Nördlingen 1878).

³ F. Perels, Das internationale öffentliche Seerecht der Gegenwart (Berlin 1882).

nungen vor, welche an den betreffenden Stellen in v. Mohls »Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften« (Erlangen 1855, I. S. 337 u. f.) eine Erwähnung nicht mehr gefunden haben. Bezüglich der Auffassung und Behandlung des modernen Kriegesrechtes durch v. Mohl selbst verweisen wir allenthalben auf die treffliche »Encyklopädie« des verewigten Gelehrten und Staatsmannes.⁴

Möge den folgenden Blättern in den militärischen Kreisen, wie in den Kreisen der hiebei zunächst interessierten Geschäftswelt und bei den Trägern der allgemeinen Bildung überhaupt eine freundliche Aufnahme und Wendung beschieden sein!

Marburg in Steiermark, im April 1884.

Prof. Peter Resch.

⁴ Sieh v. Mohl, Encyklopädie der Staatswissenschaften (2. Auflage Tübingen 1872).

Vorwort zur zweiten Auflage.

Der rasche Absatz der ersten Auflage vorliegenden Buches bedeutet einen erfreulichen Beweis der verständnisinnigen Theilnahme, welche die deutsche Lesewelt der Entwicklung des modernen Kriegesrechtes zuwendet.

Zu besonderer Freude gereicht es dem Verfasser, dass sein Buch — nach Mittheilung des Herrn Verlegers — namentlich in militärischen Kreisen einer freundlichen Aufnahme und Beurtheilung begegnet ist.

Möge auch die zweite Auflage, welche als eine mehrfach revidierte und ergänzte bezeichnet werden kann, zur Verallgemeinerung der Kenntniss des modernen Kriegesrechtes der civilisierten Staatenwelt beitragen!

Marburg in Steiermark, im Mai 1884.

Prof. Peter Resch.

Vorwort zur dritten Auflage.

Die dritte Auflage des vorliegenden Buches darf sich als »neubearbeitete« Auflage in einem doppelten Sinne bezeichnen. Einmal nämlich berücksichtigt dieselbe alle jene Wünsche, welche bezüglich unserer Darstellung des positiven Kriegsrechtes in den bisherigen Anzeigen und Besprechungen des Buches ihren berechtigten Ausdruck gefunden haben. Sodann aber geht die neue Auflage näher ein auf die der Reform des positiven Kriegsrechtes zugewendeten Bestrebungen, ohne jedoch die scharfe Grenzlinie zwischen den wirklich geltenden Normen und deren als wünschenswert befundenen Modificationen aus den Augen zu verlieren, und berücksichtigt von den Systemen des Völkerrechtes neben den classischen Werken von Heffter-Geffcken und von Bluntschli insbesondere auch das treffliche Werk von Martens.¹

Was insbesondere die Versuche einer Codification des modernen Kriegsrechtes anbelangt, so ist in den bisherigen Auflagen des vorliegenden Buches vornehmlich nur auf die »Instructions for the government of armies of the United States in the field«, sowie auf das bekannte »Rechtsbuch« des verewigten Bluntschli Bezug genommen worden. Die hiemit vor die Öffentlichkeit tretende dritte Auflage gibt nunmehr auch die »Gesetze für den Landkrieg« bekannt, welche durch

¹ Friedrich von Martens, Völkerrecht (Deutsche Ausgabe von Karl Bergbohm, Docenten der Rechte an der Universität zu Dorpat [I.—II. Berlin 1883—1886]).

das im Jahre 1873 in Gent gegründete »Institut für Völkerrecht« auf der Jahresversammlung vom Jahre 1880 zu Oxford aufgestellt worden sind.² Das Project des Kriegsrechtes, welches schon vorher eine im Jahre 1874 nach Brüssel einberufene Conferenz ausgearbeitet hatte, gelangte bekanntlich nicht zur Sanction der Staatsregierungen.

Wir hoffen, dass unser Buch in seiner jetzigen Gestalt nicht nur den Beifall seiner bisherigen Freunde und Gönner sich erhalten, sondern auch in einem neuen Kreise von Lesern sich einbürgern werde. Und wahrhaftig, die thunlichst weite und baldige Verbreitung der Kenntniss der Vorschriften des Kriegsrechtes wäre gerade im gegenwärtigen Momente umso wünschenswerter, weil kein Zeitgenosse die Wahrscheinlichkeit bestreiten dürfte, dass wir durch dämonisch wirkende Gewalten mehr und mehr dem Brande eines Weltkrieges entgegengetrieben werden. Mancher Brutalität, manchem Barbarismus und manchem himmelschreienden Bruche der Kriegssitte könnte noch vorgebeugt werden durch eine rechtzeitig in alle Bevölkerungsschichten und Bevölkerungsschichten der civilisierten Staatenwelt eindringende Belehrung über die Normen und Formen des modernen Kriegsrechtes!

Marburg in Steiermark, den 25. August 1889.

Prof. Peter Resch.

² Vergl. Les lois de la guerre sur terre. Manuel publié par l'institut de droit international. Bruxelles et Leipzig 1880. — Mitglieder der mit der Ausarbeitung des Leitfadens betrauten Commission waren: M. Bernard, W. E. Hall und T. E. Holland (für Großbritannien), J. C. Bluntschli und H. Schulze (für Deutschland), Den Beer Poortugael (für Holland), N. de Landa (für Spanien), Ch. Lucas (für Frankreich), F. de Martens (für Russland), L. Neumann (für Österreich), A. Pierantoni (für Italien), A. Rivier (für die Schweiz). Als Berichterstatter fungierte der Schweizer G. Moynier. Die einstimmige Annahme des Leitfadens erfolgte in der Plenarsitzung des Institutes am 9. September 1880.

INHALTS-VERZEICHNIS.

Einleitung.

	Seite
I. Die Entstehung von Streitigkeiten unter den Staaten	3 — 4
II. Die Erledigung von Streitigkeiten durch Verständigung . . .	5 — 8
III. Die Erledigung von Streitigkeiten durch Selbsthilfe ohne Krieg	9 — 12

Erster Theil.

Das eigentliche Kriegsrecht.

Erster Abschnitt. Das Kriegsrecht im allgemeinen	15 — 23
Erstes Capitel. Wesen und Arten des Krieges, sowie Begriff des Kriegsrechtes	15 — 17
Zweites Capitel. Kriegsparteien, Hauptparteien und Nebenparteien, sowie Kriegsfeld oder Kriegsschauplatz	18 — 20
Drittes Capitel. Kriegseröffnung	21 — 23
Zweiter Abschnitt. Die Rechtsverhältnisse der Kriegführung im einzelnen	24 — 65
Erstes Capitel. Die unmittelbaren Wirkungen der Kriegseröffnung, persönlicher Kriegsstand und erlaubte, beziehungsweise un- erlaubte, Kriegsmittel	24 — 33
I. Die unmittelbaren Wirkungen der Kriegseröffnung	24 — 26
II. Persönlicher Kriegsstand	27 — 30
III. Erlaubte, beziehungsweise unerlaubte, Kriegsmittel . . .	30 — 33
Zweites Capitel. Die Rechte der Kriegsparteien in Ansehung der feindlichen Personen und in Ansehung der Sachen des Feindes	34 — 61
I. Die Rechte der Kriegsparteien in Ansehung der feindlichen Personen	34 — 48
A. Die Behandlung feindlicher Personen im allgemeinen	34 — 41
B. Insbesondere die Kriegsgefangenschaft	41 — 45
C. Das Verfahren gegen Deserteure und Überläufer, Spione, Kriegsverräther und Wegeführer, Räuber, Marodeurs und Kriegsrebelln	46 — 48
II. Die Rechte der Kriegsparteien in Ansehung der Sachen des Feindes im Landkriege	48 — 52

III. Die Rechte der Kriegsparteien in Ansehung der Sachen des Feindes im Seekriege	Seite 53—61
A. Das Recht der Appropriation im Seekriege oder das Recht der Seebeute im allgemeinen	53 - 56
B. Die Einschränkungen des seekriegsrechtlichen Appropriationsrechtes oder des Rechtes der Seebeute	56—58
C. Prisengerichtsbarkeit	59—61
Drittes Capitel. Verkehr und Verhandlungen unter den Kriegsparteien	62—65
Dritter Abschnitt. Die Beendigung des Krieges	66—76
Erstes Capitel. Die Beendigung des Krieges im allgemeinen	66—68
Zweites Capitel. Die Kriegsbeendigung durch Friedensschluss	69 - 72
Drittes Capitel. Das Postliminium	73—76

Zweiter Theil.

Das Recht der Neutralität.

Erster Abschnitt. Die Neutralität im allgemeinen	79— 92
Erstes Capitel. Das Wesen und die Bedingungen der Neutralität, sowie die Verletzung der Neutralitätsbedingungen	79— 81
Zweites Capitel. Die Pflichten der Neutralen im einzelnen	82— 87
Drittes Capitel. Die Rechte der Neutralen mit Ausschluss des Rechtes des neutralen Handels	88— 92
Zweiter Abschnitt. Die Rechte der Neutralen in Ansehung des Handels	93—115
Erstes Capitel. Die Beschränkungen des neutralen Handels durch das Blockaderecht	93—101
I. Die Blockade im allgemeinen	93— 95
II. Die Effectivität und Notification der Blockade	95— 99
III. Der Blockadebruch	99—101
Zweites Capitel. Die Beschränkungen des neutralen Handels durch das Verbot der Zufuhr von Kriegscontrebände	102—109
I. Begriff und Gegenstände der Kriegscontrebände	102—104
II. Thatbestand und Folgen der Zufuhr von Kriegscontrebände	104—107
III. Die uneigentliche Contrebände (contrebande par accident)	107—109
Drittes Capitel. Die Beschränkungen des neutralen Handels durch das Beuterecht der Kriegsparteien	110—115
I. Das System des Consolato del mare	110—111
II. Das französische System	111—112
III. Das System der Pariser Declaration	113—115
Dritter Abschnitt. Die der Handhabung ihrer materiellen Rechte dienstbaren formalen Rechte der Kriegsparteien gegen die Neutralen	116—130
Erstes Capitel. Das Anhalte-, Visitations- und Durchsuchungsrecht	116—122

XIII

	Seite
I. Das Anhalterecht	116—118
II. Das Visitationsrecht	118—120
III. Das Durchsuchungsrecht	120—122
Zweites Capitel. Das Recht der Beschlagnahme und Weg- führung	123—125
Drittes Capitel. Die Prisengerichtsbarkeit gegen Neutrale . .	126—130
I. Die Prisengerichte	126—127
II. Das Verfahren in Prisensachen	127—128
III. Die Vollstreckung des Urtheiles	129—130

Anhang.

I. Genfer Convention vom 22. August 1864	133—136
II. Zusatzartikel vom 20. October 1868 zur Genfer Convention	137—143
III. Petersburger Convention vom Jahre 1868	144—146

I. The authorship of the work is ascertained by the following facts:
 II. The work is a translation of the original text.
 III. The work is a translation of the original text.
 IV. The work is a translation of the original text.
 V. The work is a translation of the original text.
 VI. The work is a translation of the original text.
 VII. The work is a translation of the original text.
 VIII. The work is a translation of the original text.
 IX. The work is a translation of the original text.
 X. The work is a translation of the original text.

Appendix

I. The authorship of the work is ascertained by the following facts:
 II. The work is a translation of the original text.
 III. The work is a translation of the original text.

EINLEITUNG.

I. Die Entstehung von Streitigkeiten unter den Staaten.¹

§ 1.

Die Streitigkeiten unter den Staaten oder völkerrechtliche Streitigkeiten entstehen, wenn es sich um Ansprüche handelt, deren Erledigung dem verfassungsmäßigen Rechtsgange eines bestimmten Staates nicht angehört oder wegen willkürlicher von Seiten der dortigen Staatsgewalt entgegengesetzter Hindernisse daselbst nicht erreicht werden kann.

Privatansprüche eines Unterthanen an einen fremden Staat oder dessen Unterthanen führen unter dieser Voraussetzung zu völkerrechtlichem Streite, indem sich der Staat des betreffenden Unterthanen in Ausübung seines Vertretungsrechtes gegen den fremden Staat annimmt.

Die fraglichen Privatansprüche erhalten dadurch den Charakter von völkerrechtlichen Ansprüchen.²

§ 2.

Die Erledigung der völkerrechtlichen Streitigkeiten erfolgt zunächst entweder durch friedliche Mittel, d. h. im Wege der Verständigung (§ 4—6), oder aber durch minder eingreifende gewaltsame Mittel, d. h. im Wege der Selbsthilfe ohne Krieg (§ 7—9).³

¹ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 225 u. f., und Martens, Völkerrecht, II. S. 448 u. f.

² Man kann insofern die Veranlassungen völkerrechtlicher Streitigkeiten mit den Verletzungen des Völkerrechtes identifizieren. Vergleiche Bluntschli, Völkerrecht, S. 260 u. f.

³ Bluntschli (Völkerrecht, S. 271 u. f.) unterscheidet: „Minneverfahren“ und „schiedsrichterliches Verfahren“ einerseits und „Zwangsmittel ohne Krieg“ andererseits.

§ 3.

Können völkerrechtliche Streitigkeiten weder durch friedliche noch durch minder eingreifende gewaltsame Mittel erledigt werden, so erübrigt zur Vertheidigung des Rechtes schließlich nur mehr die Abwehr des Unrechtes mit bewaffneter Hand, d. h. der Krieg.

Das Recht, Krieg zu führen, ist im staatlichen Rechte der Selbsterhaltung begründet.

Die schöne Idee eines „ewigen Friedens“ wird sich niemals verwirklichen, weil die Vielheit der Staaten unauflösbar ist und die verschiedenen Interessen sich nicht immer „friedlich“ ausgleichen lassen.⁴

⁴ Bezüglich des „ewigen Friedens“ und der Literatur seiner Idee siehe insbesondere Robert von Mohl, Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften (Erlangen 1855), I. S. 438 u. f. — Vergl. auch Martens, Völkerrecht, I. S. 217 u. f. — Eine geistreiche neuere Betrachtung der Frage bietet Franz von Holtzendorff, Die Idee des ewigen Völkerfriedens. Berlin 1882.

II. Die Erledigung von Streitigkeiten durch Verständigung.¹

§ 4.

Der erste und nächstliegende Weg für die Erledigung von Streitigkeiten durch Verständigung besteht in entsprechenden Verhandlungen der unmittelbar beteiligten Parteien.

Während dieser diplomatischen Verhandlungen oder selbst nach Abbruch der gegenseitigen Correspondenz kann durch die Verbreitung von Deductionen oder Memoires auf die öffentliche Meinung eingewirkt werden.

Noch wichtiger, als solche Anrufung der öffentlichen Meinung, ist jedoch die Anrufung der „guten Dienste“ einer befreundeten Macht, welche als Versöhnerin zu wirken hat. Im Pariser Frieden von 1856 ist ausdrücklich der Wunsch ausgesprochen, jedoch nicht die Verpflichtung anerkannt worden, dass beim Ausbruche ernster Zwistigkeiten, bevor zu den Waffen gegriffen wird, die guten Dienste einer dritten Macht angerufen werden mögen.² Die guten Dienste nehmen den Charakter der Vermittelung (*médiation*) an, wenn die dritte Macht mit freiwilliger Zustimmung der Parteien die Verhandlungen leitet, die Streitpunkte in einer für beide Theile gleich wohlwollenden

¹ Vergl. im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 226—232, und Martens, Völkerrecht, II. S. 452—467.

² Protokoll vom 14. April 1856: „Messieurs les Plénipotentiaires n'hésitent pas à exprimer au nom de leurs [gouvernements] le vœu, que les états, entre lesquels s'élèverait un dissentiment sérieux, avant d'en appeler aux armes, eussent recours, tant que les circonstances l'admettraient, aux bons offices d'une puissance amicale.“ — Österreich und Preußen riefen im vorigen und jetzigen Jahrhunderte wiederholt behufs Schlichtung ihrer Streitigkeiten die guten Dienste Russlands an. — Beim Ausbruche des Zwistes zwischen Frankreich und Preußen im Jahre 1870 offerierte England seine guten Dienste, die jedoch von Frankreich abgelehnt wurden.

Gesinnung mit denselben bespricht und einen Ausgleichsvorschlag unterbreitet.³

§ 5.

Einen zweiten Weg für die friedliche Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten bildet die Wahl eines Schiedsrichters, welcher nach Anhörung beider Theile einen förmlichen Spruch über die Rechtsfrage ertheilt. Neuerdings wird die Agitation zu Gunsten der schiedsgerichtlichen Lösung aller internationalen Streitigkeiten nicht nur in der Literatur, sondern auch in den Parlamenten, sowie durch gelehrte und humanitäre Gesellschaften eifrigst cultiviert. Diesfallsige Resolutionen wurden z. B. am 8. Juni 1873 im englischen Unterhause und am 24. November des gleichen Jahres in der italienischen Deputiertenkammer angenommen; das „Institut für Völkerrecht“ berieth auf den Sessionen zu Genf (1874) und im Haag (1875) den Entwurf zu einem Schiedsgerichts-Reglement, der inzwischen die Annahme von Seiten des Institutes fand; in London constituirte sich 1882 im Interesse der Agitation für die Schiedsgerichte eine „Arbitration- and Peace-Association“.⁴

Über die Bedingungen des Schiedsspruches haben sich die Betheiligten zu vereinbaren.⁵ Die Übernahme des Schiedsrichteramtes ist in den freien Willen der gewählten Schiedsrichter gestellt.⁶ Ein aus mehreren Personen bestehendes Schiedsgericht

³ Während die „guten Dienste“ nur eine moralische Bedeutung haben, hat die „Vermittelung“ die rechtliche Bedeutung, dass sie die Feindseligkeiten suspendiert. Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 227. — Vergl. Resch, Das Europäische Völkerrecht (Graz und Leipzig 1885), S. 178—179.

⁴ Vergl. über die völkerrechtliche Institution der Schiedsgerichte neben den Ausführungen der Systeme insbesondere auch: Hobart, Lord, Is it desirable to establish a general system of International arbitration? London 1867. — Ross, An international High Court. London 1867. — Rouard de Card, L'arbitrage international dans le passé, le présent et l'avenir. Paris 1877. — Graf Kamarowski, Über ein Völkertribunal. Moskau 1881. — Sieh auch: Projet de règlement pour la procédure arbitrale (Annuaire de l'Institut de droit international, 1877, pag. 126 et suiv.).

⁵ Das Schiedsgericht kann unmöglich seine eigene Competenz bestimmen. Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 230.

⁶ Sowohl Souveräne, als auch Privatpersonen können zu Schiedsrichtern gewählt werden. Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 229 und S. 231, Note 7.

handelt gemeinsam als einheitlicher Körper: bei Meinungsverschiedenheit entscheidet die Stimmenmehrheit. — Das Schiedsgericht hat das Recht, die Frist festzusetzen, innerhalb deren die beiderseitigen Ausführungen und Beweise vorzulegen sind; nach Ablauf dieser Frist kann dasselbe ohne weiters zum Vollzuge seines Auftrages schreiten. — Eine absolute oder unheilbare Unfähigkeit des Schiedsrichters (z. B. wegen eigener Betheiligung) vernichtet dessen Zuständigkeit; ein auf nachweisbare Täuschungen gestützter Ausspruch ist für den Benachtheiligten geradeso unverbindlich, wie der Spruch eines erwiesenermaßen bestochenen oder sonst unehrlichen Richters; ein den vereinbarten Zuständigkeitskreis des Schiedsgerichtes überschreitendes Verfahren desselben hat für die Parteien keine verpflichtende Kraft.⁷

Der Schiedsspruch muss von den Parteien strikte ausgeführt werden. Eine Anfechtung desselben aus dem Grunde, dass er unrichtig oder für eine Partei unbillig sei, ist unzulässig. Der Schiedsrichter selbst hat jedoch weder die Pflicht noch das Recht, für die wirkliche Ausführung des gefällten Schiedsspruches zu sorgen, falls das Gegentheil nicht ausdrücklich verabredet wurde.⁸

⁷ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 229.

⁸ Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 277—278. — Im laufenden Jahrhunderte sind schon gegen 50 schiedsrichterliche Entscheidungen erfolgt. So fällte z. B. im Jahre 1852 der Präsident Louis Napoleon eine schiedsrichterliche Entscheidung in einer noch aus dem Jahre 1814 herührenden Streitsache zwischen Portugal und der nordamerikanischen Union; im Jahre 1864 wurde der Senat von Hamburg zum Schiedsrichter zwischen England und Peru aufgerufen; im Jahre 1879 unterwarfen sich Frankreich und Nicaragua einem Schiedsspruche des Pariser Cassationshofes; die Könige von Preußen fungierten als Schiedsrichter 1834 zwischen England und Frankreich, 1839 zwischen Mexico und Bürgern der Vereinigten Staaten von Nordamerika, 1871 zwischen England und der nordamerikanischen Union; Kaiser Alexander II. von Russland entschied 1875 durch schiedsrichterlichen Spruch die 1872 wegen des peruanischen Schiffes „Maria Luz“ entstandene Streitigkeit zwischen Japan und Peru. — Die berühmtesten neuzeitlichen Conflicte, welche durch Schiedsspruch gelöst wurden, bezeichnen jedoch die Alabama-Affaire und die Carolinen-Frage. Bei der Alabama-Affaire handelte es sich um den Anspruch der Vereinigten Staaten auf Ersatz durch England für alle Schäden, welche die während des nord-

§ 6.

Ein dritter Weg, auf welchem eine Verständigung erzielt werden kann, besteht darin, dass man die Entscheidung dem Zufalle, z. B. dem Lose, überlässt.

Selbstverständlich ist dieser Ausweg von jeher nur in untergeordneten Fällen, z. B. bei Rangstreitigkeiten, betreten worden.

Eine auch in älteren Zeiten nur selten in Antrag gebrachte und keineswegs empfehlenswerte Art des Loses ist das Waffenlos in Form des Zweikampfes.⁹

amerikanischen Bürgerkrieges in englischen Häfen für die Südstaaten ausgerüsteten Kaperschiffe („Alabama“, „Florida“, „Shenandoah“ u. s. w.) dem Handel der Vereinigten Staaten zugefügt hatten. Im Vertrage von Washington einigten sich 1871 die beiden Staatsregierungen dahin, dass ein Schiedsgericht zur Entscheidung aller „Alabama-Claims“ bestellt werde: dieses Schiedsgericht wurde aus fünf Mitgliedern zusammengesetzt, wovon England, die nordamerikanische Union, Italien, die Schweiz und Brasilien je ein Mitglied ernannten. Das Schiedsgericht eröffnete seine Sitzungen zu Genf am 15. December 1871 und fällte die Sentenz am 14. September 1872: die englische Regierung unterwarf sich dem Schiedsspruche und zahlte 15 Millionen Dollars Schadenersatz. Die Carolinen-Frage tauchte auf, nachdem die deutsche Flagge auf den Carolinen am 24. August 1885 aufgehisst worden war, worauf Spanien seine schon 1875 von Deutschland und England zurückgewiesenen Besitzansprüche auf die Carolinen-Inseln erneuerte. Beide Mächte einigten sich dahin, Seine Heiligkeit den Papst um Übernahme des Schiedsrichteramtes zu ersuchen. Leo XIII. entschied zu Gunsten Spaniens, und Deutschland unterwarf sich sofort dem päpstlichen Schiedsspruche.

⁹ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 228. Aus der neueren Zeit dürfte nur ein einziges Beispiel vorliegen, in welchem der Zweikampf als völkerrechtliches Entscheidungsmittel in Antrag gebracht worden ist. Das hienach fragliche Beispiel bietet die durch König Gustav IV. von Schweden an Kaiser Napoleon I. erlassene Herausforderung.

III. Die Erledigung von Streitigkeiten durch Selbsthilfe ohne Krieg.

(Retorsion, Repressalien, Embargo und Blockade.)¹

§ 7.

Unter den minder eingreifenden gewaltsamen Mitteln zur Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten oder unter den verschiedenen Arten der entsprechenden Selbsthilfe ohne Krieg kommt zunächst die Anwendung von Retorsionen in Betracht.

Das Wesen der Retorsion besteht darin, dass ein Staat gegenüber der unbilligen Ausübung fremden Rechtes zu der an sich unbilligen Ausübung eigenen Rechtes schreitet.² Die Retorsion hat den Zweck, den Gegner auf die Unbilligkeit seiner Rechtsausübung aufmerksam zu machen und zur Zurücknahme der hiebei vorgekommenen Maßregeln zu veranlassen.³ Der Gegenstand einer Retorsion kann jedes internationale Verhältnis sein und braucht daher mit der vorausgegangenen beschwerenden Handlung des Gegners in keinem sachlichen Zusammenhange zu stehen, d. h. der angegriffene Staat ist mit der Retorsion nicht auf das Angriffsgebiet beschränkt.⁴

¹ Sieh im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 232—238, und Martens, Völkerrecht, II. S. 467—475.

² Das Recht der Retorsion (*retorsio juris*) ist geheiligt in dem Rechtssatze: „*quod quisque in alterum statuerit ut ipse eodem jure utatur*“. Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 232—233. — Martens versteht unter Retorsion die Anwendung des Talionsprincipes seitens eines Staates wider den andern, die Vergeltung des Gleichen mit Gleichem, der Unbilligkeit mit Unbilligkeit. Sieh Martens, Völkerrecht, II. S. 467.

³ Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 283—284.

⁴ Als Beispiele von Retorsion können mit Mohl angeführt werden: Auflegung eines hohen Differenzialzolles auf die Waren des Gegners, falls er zuerst einem diesseitigen Gewerbe-Interesse unbillig zunahe getreten ist; die Zurücknahme freiwillig eingeräumter und nicht durch Vertrag gesicherter Bevorrechte der Angehörigen des fremden Staates im dies-

Unter keinen Umständen darf man im Wege der Retorsion ein förmliches Unrecht wider den Gegner begehen: wie der Anlass zur Retorsion nicht in einer Verletzung des Rechtes, sondern in einer Versagung des Billigen besteht, so hat sich die Retorsion selbst auf die Versagung des Billigen zu beschränken.⁵

§ 8.

Von der Retorsion ist wesentlich verschieden die Repressalie, welche in der Zufügung eines Unrechtes wegen zuerst erlittenen Unrechtes besteht. Während die Retorsion gegen eine Unbilligkeit (*jus iniquum*) reagiert, reagiert die Repressalie gegen eine Ungerechtigkeit. Die Repressalie hat daher den Charakter der Wiedervergeltung zum Zwecke der Selbsthilfe und Rechtsnöthigung.⁶

Die Anwendung von Repressalien hat zur völkerrechtlichen Voraussetzung: 1. die Verletzung eines klaren Rechtes, 2. die Forderung von Remedur oder Genugthuung, 3. die Ablehnung dieser Forderung. Die Repressalien selbst zerfallen in zwei Arten, nämlich in: *a)* positive Repressalien, welche in der Wegnahme von Personen oder Sachen bestehen; *b)* negative Repressalien, welche sich in der Vorenthaltung von Rechten oder in der Nichterfüllung vertragsmäßiger Verbindlichkeiten äußern. Man unterscheidet außerdem: *a)* besondere Repressa-

seitigen Gebiete; die Aufkündigung von Verträgen zu gemeinschaftlicher Beschaffung von Vorthellen, deren größere Hälfte dem Gegner zugute kam; eine Schiffahrtsacte im Falle der Erschwerung des diesseitigen Handels mit den Colonien des Gegners u. s. w. Sieh Robert von Mohl, Encyclopädie der Staatswissenschaften (2. Auflage, Tübingen 1872), S. 453.

⁵ Vergl. hierüber, sowie über Retorsion überhaupt Berners Art. „Retorsion“ in Bluntschlis Staatswörterbuch, VIII. S. 596.

⁶ Über Repressalien (von *reprehendere*, nicht von *reprimere* abgeleitet) vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 233 - 236, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 280 u. f., sowie Berners Art. „Repressalie“ in Bluntschlis Staatswörterbuch, VIII. S. 596 u. f. — Martens unterscheidet zwischen den hier fraglichen Friedensrepressalien und den Kriegsrepressalien, welche letztere „gleichsam die Ausübung einer Strafgewalt des einen der kriegführenden Staaten wider den andern, der sich eine Verletzung einer feststehenden Kriegsregel hat zuschulden kommen lassen, in sich schließen.“ Sieh Martens, Völkerrecht, II. S. 468—471, und S. 518—520. Sieh auch Mas Latrie, Du droit de marque ou du droit de représailles. Paris 1875.

lien, welche — heute nicht mehr gebräuchlich — in der dem Beschädigten ertheilten Befugnis enthalten sind, auf Kosten der fremden Nation sich selbst Schadenersatz zu verschaffen; *b)* allgemeine Repressalien, welche eine vom Staate selbst geübte Maßregel darstellen.⁷

Ihre Erledigung finden Repressalien mit der Erlangung der Remedur oder Genugthuung, durch anderweitige gütliche Vereinbarung oder durch den Ausbruch des Krieges.⁸

§ 9.

Als minder eingreifende gewaltsame Mittel zur Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten oder als weitere Arten der Selbsthilfe ohne Krieg sind schließlich noch das Embargo und — unter Umständen — die Blockade zu verzeichnen.⁹

Unter Embargo versteht man den vorläufigen Arrest der in den nationalen Gewässern eines Staates und namentlich in den Häfen desselben sich aufhaltenden fremden Kauffarteschiffe. Ein derartiger Arrest erfolgte in der früheren Praxis namentlich bei drohendem Kriegsausbruche als provisorische Maßregel, welche sich dann beim Eintritte des Kriegszustandes in eine definitive Maßregel mit allen denjenigen Wirkungen verwandelte, denen feindliche Güter und Personen regelmäßig unterworfen werden können. Gegenwärtig besteht jedoch das Embargo thatsächlich nur mehr als eine besondere Art der Repressalie.¹⁰

Unter Blockade versteht man im allgemeinen die Absperrung einer fremden Küste oder eines Theiles derselben

⁷ Repressalien werden z. B. geübt, wenn wegen einer ungerechten Hinrichtung eines diesseitigen Angehörigen unschuldige Bürger des fremden Staates diesseits ebenfalls hingerichtet werden; wenn wegen einer ungerechtfertigten Wegnahme diesseitigen Eigenthumes durch den fremden Staat das Eigenthum seiner Bürger im diesseitigen Gebiete zerstört oder denselben definitiv entzogen wird; wenn als Wiedervergeltung für eine in diplomatischen Verhältnissen erzeugte Ungunst ein rechtsgiltig bestehender und vom Gegner nicht verletzter Vertrag einseitig gebrochen wird. Sieh Mohl, Encyklopädie, S. 453.

⁸ Vergl. Perels, Seerecht, S. 157.

⁹ Vergl. namentlich Heffter, Völkerrecht, S. 236—238, und Martens, Völkerrecht, II. S. 471—475.

¹⁰ Embargo von (span.) embargar = anhalten. — Vergl. Perels, Seerecht, S. 166. — Sieh Geffckens Note in Heffters Völkerrecht, S. 237—238.

gegen allen Verkehr von außen und nach außen durch bewaffnete Macht: man unterscheidet sodann die Blockade ohne Krieg oder die Friedensblockade und die Blockade als Kriegsmaßregel oder die Kriegsblockade.¹¹ Die hier ausschließlich in Betracht gelangende Friedensblockade (*blocus pacifique*) kann als Repressalie oder zur Verhütung von Rechtsverletzungen verhängt werden, führt jedoch im Falle des Blockadebruches zu keiner Confiscation von Schiffen und Gütern der Angehörigen dritter Staaten.¹² Die Zulässigkeit einer Friedensblockade kann nicht bestritten werden, wenn überhaupt Repressalien zugelassen werden.¹³

¹¹ Blocus = Verkehrssperre. — Es gibt übrigens nicht nur eine Seeblockade, sondern auch eine Landblockade; die Seeblockade ist nur praktisch ungleich wichtiger, als die Landblockade. So bedrohte Frankreich die Schweiz zulande schon zweimal und zwar in den Jahren 1831 und 1852 mit einem *blocus hermétique*. — Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 284—285. — Von der Kriegsblockade wird in späteren Auseinandersetzungen die Rede sein.

¹² Sieh über die Friedensblockade und die daran sich anschließende Controverse namentlich Perels, Seerecht, S. 167 u. f.

¹³ Sieh Geffckens Note in Heffters Völkerrecht, S. 238. — Im Jahre 1827 blockierten die verbündeten Flotten Englands, Frankreichs und Russlands ohne vorgängige Kriegserklärung an den Sultan die griechischen Küsten. Zwei weitere Beispiele von Friedensblockaden datieren aus dem Jahre 1838, wo Frankreich die Küsten von Mexico und in Gemeinschaft mit England die Häfen der Argentinischen Republik blockierte. Im October 1884 verhängte Frankreich ohne Kriegserklärung an China den Blockadezustand über die Küsten und Häfen der Insel Formosa. Das jüngste Beispiel einer Friedensblockade im großen Stile stammt aus dem Jahre 1886. Am 8. Mai dieses Jahres machten nämlich die Vertreter der Großmächte der griechischen Regierung bekannt, dass die Regierungen von Österreich-Ungarn, Großbritannien, Italien, Russland und Deutschland beschlossen haben, eine Blockade der griechischen Küste gegen griechische Schiffe was immer für einer Art einzuleiten und aufrechtzuhalten, bis die griechische Regierung den Anforderungen der erwähnten Mächte betreffs einer Abrüstung entsprochen haben wird. In den Proclamationen der einzelnen Escadre-Commandanten der alliirten Flotte wurde hiebei ausdrücklich hervorgehoben, „dass die Anwesenheit der Schiffe der oberwähnten Mächte nur im Interesse und zum eigenen Wohle des griechischen Volkes stattfinde“. Vergl. z. B. die Proclamation des k. u. k. österr.-ungar. Escadre-Commandanten, Contre-Admirals Freiherrn von Spaun, vom 10. Mai 1886. — Vergl. auch Fauchille, Du blocus maritime. Paris 1882.

ERSTER THEIL.

DAS EIGENTLICHE KRIEGSRECHT.

ERSTER THEIL
DAS EIGENTLICHE KRIEGSRECHT

Erster Abschnitt.

Das Kriegsrecht im allgemeinen.¹

Erstes Capitel.

Wesen und Arten des Krieges, sowie Begriff des Kriegsrechtes.²

§ 10.

Der Krieg ist, wie derselbe schon oben definiert wurde, Abwehr des Unrechtes mit bewaffneter Hand von Staat gegen Staat und repräsentiert als solche die äußerste Selbsthilfe. Man hat den Krieg wohl auch schon „einen Rechtsstreit zwischen Staaten als Kriegsparteien über öffentliches Recht“ genannt: hiebei hat man aber Anlass und Wesen des Krieges verwechselt. Ein Rechtsstreit kann die Veranlassung zum Kriege werden; der Krieg selbst ist aber ein physischer Kampf, „indem zwei Staaten versuchen, gewaltsam einen Gegensatz der Interessen und Ansprüche, der durch Mittel der Verständigung oder Acte einseitiger Selbsthilfe nicht auszugleichen schien, dadurch zu überwinden, dass jeder mit Anspannung aller Kräfte die Mittel zu vernichten strebt, durch welche der Gegner seinen Willen aufrecht hält“.³

Die Frage nach der Erlaubtheit des Krieges überhaupt

¹ Vergl. im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 239 u. f., sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 476 u. f., und die daselbst verzeichnete Literatur.

² Wir behandeln in der Hauptsache in drei Abschnitten: das Kriegsrecht im allgemeinen, die Wirkungen des Krieges u. s. w. und die Kriegsbeendigung. — Vergl. Berners Art. „Kriegsrecht“ in Bluntschlis Staatswörterbuch, VI. S. 98 u. f.

³ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 240.

und nach den Voraussetzungen eines gerechten Krieges im besonderen gehört nicht in die Lehre vom positiven europäischen Völkerrechte.⁴

Die europäische Staatenpraxis hat zu allen Zeiten die Erlaubtheit des Krieges anerkannt; und auch der moderne Culturstaat hält an dem Satze fest, dass der Krieg unvermeidlich sei, wenn nicht schließlich jedes Recht der Gewaltthat bloßgestellt sein soll.⁵

§ 11.

Zu den rechtlich erheblichen Eintheilungen des Krieges gehören die Eintheilung des Krieges in Angriffs- und Vertheidigungskrieg, sowie die Eintheilung des Krieges in Land- und Seekrieg.

Wenn mit der Unterscheidung zwischen Angriffs- und Vertheidigungskrieg oft die Annahme einer ausschließlichen Gerechtigkeit des Vertheidigungskrieges und einer unbedingten Ungerechtigkeit des Angriffskrieges verbunden wird, so ist diese Annahme nur unter der Voraussetzung zutreffend, dass man unter dem Angreifer diejenige Partei versteht, welche zuerst das Recht verletzt hat. Versteht man aber unter dem Angreifer diejenige Partei, welche zuerst zu den Waffen greift, so gilt gegen den zuerst die Waffen ergreifenden Staat die Vermuthung der Rechtswidrigkeit ebensowenig, als gegen einen bürgerlichen Kläger. Der in seinem Rechte bedrohte Staat darf angreifen im Interesse seiner Vertheidigung.⁶

Die Unterscheidung zwischen Land- und Seekrieg ist rechtlich erheblich, weil nach der Natur der Sache und nach Maßgabe einer mehrhundertjährigen Praxis für den Seekrieg viele besondere, d. h. von der allgemeinen Kriegspraxis abweichende Grundsätze und Übungen bestehen, deren Eigenthümlichkeiten

⁴ Vergl. Perels, Seerecht, S. 170 u. f.

⁵ Sieh oben § 3. Auch das vom „Institut für Völkerrecht“ angenommene Handbuch („Die Gesetze für den Landkrieg“) erklärt im Vorworte: „Der Krieg erscheint als der einzig mögliche Ausweg für jene Conflict, welche die Existenz der Staaten, ihre Freiheit und ihre vitalen Interessen gefährden.“

⁶ Die „Friedensfreunde“ muthen den civilisierten Völkern allerdings auch den Verzicht auf bloße Vertheidigungskriege zu!

theils in den Beziehungen zwischen den Kriegsparteien selbst, theils in deren Verhältnisse zu den neutralen Mächten zutage treten.⁷

§ 12.

Der Ausdruck „Kriegsrecht“ wird in einem doppelten Sinne gebraucht, d. h. man hat das *jus belli* im subjectiven Sinne und das *jus belli* im objectiven Sinne zu unterscheiden.

Das *jus belli* im subjectiven Sinne ist das Recht zur Kriegführung, wobei es sich sohin um die später des näheren zu erörternde Frage handelt, unter welchen Parteien ein Kriegszustand eintreten könne oder welche Parteien als Kriegsparteien angesehen werden dürfen und müssen.

Das *jus belli* im objectiven Sinne ist der Inbegriff derjenigen Normen, welche, feststehend auf dem Grunde gemeinsamer Überzeugung, im Falle eines Krieges für das Verhältniß der Kriegsparteien zu einander und zu dritten Mächten gelten.⁸

⁷ Über „Strafkrieg“ und „Vernichtungskrieg“ siehe Berners Art. „Kriegsrecht“ in Bluntschlis Staatswörterbuch, VI. S. 99—101.

⁸ Die Überschreitung dieses Kriegsrechtes gilt als Barbarei und berechtigt zu Repressalien. Vergl. das Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, troisième partie: Sanction pénale. — Die sogenannte Kriegsmanier ist die von der Sitte im einzelnen bestimmte rechte Weise des Krieges, auf deren gleichmäßige Beobachtung jeder bei dem andern rechnet. — Der Kriegsmanier steht gegenüber die sogenannte Kriegsraison, d. h. die Überschreitung der gewöhnlichen Sitte von Seiten einer Kriegspartei wegen Verletzung der Kriegsmanier durch die andere Kriegspartei oder auch infolge der äußersten Noth und Gefahr.

Zweites Capitel.

Kriegsparteien, Hauptparteien und Nebenparteien, sowie Kriegsfeld oder Kriegsschauplatz.¹

§ 13.

Als Parteien, denen das *jus belli* im subjectiven Sinne zukommt, d. h. als Kriegsparteien, gelten in unbedingter Weise nur die unabhängigen und selbständigen Staaten. Staatenlose Personen, wie z. B. Freibeuter, Corsaren und Räuber, sind keine Kriegspartei, d. h. keine Feinde, welche nach Kriegsrecht behandelt werden, sondern Übelthäter, die bestraft werden müssen. Den Krieg zwischen unabhängigen und selbständigen Staaten bezeichnet man wohl auch mitunter als öffentlichen Krieg im Gegensatze zum sogenannten Kriege der Privatpersonen in Gestalt des Zweikampfes und des Landfriedensbruches.

Von einem gemischten Kriege ist nicht selten die Rede im Falle eines Krieges der Staatsgewalt gegen einen Theil ihrer Unterthanen, d. h. im Falle des Bürgerkrieges, wo sich eine politische Partei mit den Waffen in der Hand gegen ihre gesetzliche Regierung erhoben hat.

Eine derartige politische Partei gilt als Kriegspartei, wenn dieselbe sich staatlich organisiert hat und im offenen Kampfe mit den Streitkräften der Regierung die Gesetze und Gewohnheiten des Krieges beobachtet.²

¹ Vergl. im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 241—246.

² Heffter (Völkerrecht, S. 241) erklärt: „Ein innerer Krieg politischer Parteien desselben Staates kann höchstens nur als ein Nothkrieg Anspruch auf Rechtmäßigkeit haben; er kann auch keinen eigentlichen Kriegsstand, wie unter fremden Staatsgewalten, hervorbringen, solange nicht die streitenden Theile einen getrennten territorialen Besitzstand gegeneinander erlangt haben und behaupten“. Hiezu bemerkt Geffcken (in Heffters Völkerrecht, S. 241—242): „Bei Bürgerkriegen kommt es lediglich auf die Thatsache an, ob es sich um einen vorübergehenden Aufstand handelt oder ob sich zwei Theile gegenüberstehen, die als staatlich

§ 14.

In Ansehung der Kriegsparteien selbst sind die Hauptparteien und die Nebenparteien zu unterscheiden. Die Nebenparteien leisten den miteinander in Krieg gerathenen Hauptparteien nur Kriegshilfe. Von zwei Staaten, welche von Anfang an in Gemeinschaft einen Krieg unternehmen, gilt keiner als Nebenpartei.

Die Kriegshilfe der Nebenparteien, deren Leistung in der Regel auf ausdrücklicher Verabredung und Stipulation beruht, ist entweder eine allgemeine oder eine particuläre.

Die allgemeine Kriegshilfe lässt alle der Hilfsmacht zugeborene stehenden Kräfte und Mittel in Anspruch nehmen; die particuläre Kriegshilfe besteht in der Gewährung qualitativ und quantitativ bestimmter Vortheile behufs Verstärkung des Angriffs- oder Vertheidigungssystems einer kriegführenden Macht mit dauernder Verbindlichkeit zu den entsprechenden Leistungen oder Vergünstigungen bis zur Erreichung eines gewissen feindseligen Endzweckes.³

§ 15.

Der Krieg erstreckt sich auf das Gebiet, innerhalb dessen die Kriegsparteien sich ohne Rechtsverletzung Dritter bekämpfen können, d. h. auf das Territorium der Kriegsparteien einschließlich der Territorial- oder Eigenthumsmeere, sowie auf die hohe See oder das offene Meer.

organisiert gelten können. Eine Macht, die das Meer mit ihren Kreuzern bedeckt, muss entweder als kriegführende Macht oder als Seeräuber behandelt werden. Nichts war unbegründeter, als die Klage der Vereinigten Staaten über die Anerkennung der Südstaaten als kriegführende Macht durch England und Frankreich, während sie selbst die Blockade der südstaatlichen Häfen notificierten und also den de facto Kriegszustand anerkannten.“ — Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 288—289, und Martens, Völkerrecht, II. S. 484—485.

³ Über das Verhältniss der Verbündeten selbst, soferne es nicht genau in anderer Weise durch den Bundesvertrag bestimmt ist, sowie über das Verhältniss des Feindes zu den Kriegsverbündeten seines Gegners vergl. im einzelnen Heffter, Völkerrecht, S. 243 u. f. — Bezüglich des Unterschiedes zwischen „Hauptverbündeten“ und „bloßen Hilf'alliierten“ sich Martens, Völkerrecht, II. S. 485.

Dieses Gebiet, abgegrenzt durch die Schranken der Neutralität, wird als das Kriegsfeld oder als der Kriegsschauplatz bezeichnet. Neutrales Gebiet darf nur im Falle der Noth und ohne Feindseligkeit betreten werden. Den befriedeten neutralen Küstengewässern sind gleichgestellt gewisse vertragsmäßig neutralisierte Wassergebiete, deren in der Lehre von der Neutralität zu gedenken ist.

Unter den sogenannten Localisierungen des Krieges versteht man die durch Conventionen oder Politik herbeigeführten Beschränkungen des Kriegsfeldes oder Kriegsschauplatzes auf einen Theil des beiderseitigen Staatsgebietes.⁴

⁴ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 246. — Particuläre Kriegsoperationen gegen einen bestimmten Theil eines Staatsgebietes (anstatt des sonst die Regel bildenden allgemeinen Kriegszustandes der feindlichen Territorien) kommen hauptsächlich vor bei Interventionen im Interesse des europäischen Friedens. Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 246. — Während des Krieges von Österreich gegen Frankreich und Italien (1859) wurde der theilweise von den Franzosen und theilweise von den Österreichern besetzte Kirchenstaat neutralisiert.

Drittes Capitel.

Kriegseröffnung.¹

§ 16.

Die Kriegseröffnung besteht in dem Beginne derjenigen Feindseligkeiten, durch welche die Integrität und Selbständigkeit eines Staates mit Waffengewalt bedroht wird.²

§ 17.

Der Kriegseröffnung gehen der Abbruch des diplomatischen Verkehrs mit dem Gegner, sowie die Kriegserklärung durch sogenannte Kriegsmanifeste voraus.³

Der Abbruch des diplomatischen Verkehrs kann jedoch auch nur zu dem Zwecke erfolgen, um einen Krieg zu verhindern, und gehört dann — geradeso wie z. B. das Embargo und die Friedensblockade — zu den minder eingreifenden gewaltsamen Mitteln der Selbsthilfe, beziehungsweise zu den entsprechenden Zwangsmitteln ohne Krieg.⁴

¹ Vergleiche im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 249—252; Bluntschli, Völkerrecht, S. 292—295, und Martens, Völkerrecht, II. S. 486—489.

² Siehe Heffter, Völkerrecht, S. 251.

³ Die antike Rechtsübung der Römer betrachtete die feierliche Kriegsandrohung und sodann die nachfolgende Kriegserklärung als eine Bedingung des gerechten Krieges. Über „Kriegsandrohung“ vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 292—294.

⁴ Vergl. Mohl, Encyklopädie, S. 454—455. Mohl erklärt mit Recht: „Die Einführung dieses gewaltsamen Schutzmittels im positiven europäischen Völkerrechte ist als ein Zeichen weiter fortschreitender Gesittung zu begrüßen, indem in Fällen, welche früher zu einer unmittelbaren Eröffnung von Feindseligkeiten geführt hätten, jetzt doch noch ein letzter Zwischenversuch zur Wiederherstellung eines allen Theilen nützlichen Verhältnisses gemacht wird. Die Wissenschaft hat übrigens bis jetzt (?) dem ganzen Ver-

Die Kriegserklärung erscheint nach der Natur der Sache nur als die Pflicht des angreifenden Theiles: der angegriffene Theil mag nach eigenem Interesse und Ermessen über die Zweckmäßigkeit eines Manifestes entscheiden, worin die Verschuldung des Angriffes abgelehnt und zurückgewiesen wird. Die Form der Kriegserklärung ist nicht wesentlich. Die Kriegserklärung mag auch bedingt durch ein Ultimatum erfolgen: aber sie kann nicht entbehrt werden.⁵

§ 18.

Im Zusammenhange mit der Kriegseröffnung erfolgen zunächst Dehortatorien oder Ausschreibungen, wodurch der Staat seine Unterthanen ermahnt, sich während des Krieges und sogar bei einem erst drohenden Kriege gewisser Handlungen zu enthalten, welche im Falle des Krieges dem eigenen Staate einen Nachtheil verursachen oder dem gegnerischen Staate einen Vortheil bringen oder aber auch das Privatinteresse gefährden könnten.

Im Zusammenhange mit der Kriegseröffnung kommen sodann Inhibitorien und Lizenzen vor. Inhibitorien sind Verbote des Handels mit dem gegnerischen Staate und mit dessen Unterthanen. Lizenzen sind mehr oder minder ausgedehnte Erlaubnisse dieses Handels.

Der Kriegseröffnung folgen endlich nach oder es erfließen gleichzeitig mit derselben die Avocatorien, d. h. Abberufungsbefehle oder Abberufungspatente an die im feindlichen Lande befindlichen Unterthanen. Soweit solche Avocatorien nicht eintreten, pflegt jede Kriegspartei ihre im feindlichen Lande verbleibenden Angehörigen dem Schutze eines befreundeten neu-

hältnisse ihre Aufmerksamkeit noch nicht zugewendet. Selbst in den Systemen des Völkerrechtes findet sich keine Erörterung über das in der Wirklichkeit doch so häufig vorkommende Abbrechen der diplomatischen Verhältnisse als über einen bestimmten völkerrechtlichen Zustand.“

⁵ Die Kriegserklärung, in welcher Form sie auch erfolgen mag, ist schon deshalb nothwendig, um das Datum des Kriegsbeginnes festzustellen, welcher für die Unterthanen der Kriegführenden wie für die Neutralen bestimmte Verbindlichkeiten mit sich bringt. Siehe Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 250.

tralen Staates zu empfehlen. Austreibungen der beim Ausbruche des Krieges im Lande befindlichen Unterthanen des Gegners kommen nur mehr ausnahmsweise vor, während derartige Xenelasien ehemals (und zwar noch im Jahre 1755 in Frankreich beim Ausbruche des Krieges gegen England) selbst durch den Klang von Pauken und Trompeten verschönert wurden.⁶

⁶ Die gute Sitte ist in den jüngsten Kriegen nur durch Frankreich verletzt worden, dessen Regierung im Jahre 1870 alle im französischen Staatsgebiete lebenden Deutschen auszuweisen beliebte. Das französische Verfahren war, wie Geffcken betont, umsoweniger gerechtfertigt, als die Ausweisung nicht zu Beginn des Krieges erfolgte, sondern nach den ersten Niederlagen Frankreichs, und sohin als Racheact gegen unschuldige Personen. Letzteren gewährte man außerdem nicht einmal die Zeit zur Ordnung ihrer Angelegenheiten und den ausreichenden Schutz bei Vollzug der Abreise. — Im Gegensatze zu dem hiemit gebrandmarkten Barbarismus der Franzosen gestattete der russische Ukas vom 12. Mai 1877 den Unterthanen der Türkei, während des Krieges zwischen Russland und der Pforte (1877) ihren Aufenthalt und ihre friedlichen Beschäftigungen innerhalb des russischen Reiches unter dem Schutze der geltenden Gesetze fortzusetzen. — Mitunter sind von einzelnen Regierungen gegebenen Falles allerdings wohl auch Maßregeln ergriffen worden, welche noch peinlicher berühren, als Xenelasien. Wir erinnern z. B. an das Decret Napoleons I. vom Jahre 1803, wodurch alle in Frankreich befindlichen Engländer vom 18. bis zum 60. Jahre zu Kriegsgefangenen erklärt wurden. Bekannt ist, dass Katharina II. im Jahre 1790 von allen in Russland verweilenden Personen französischer Staatsangehörigkeit die Abschwörung der Grundsätze der Revolution verlangte.

Zweiter Abschnitt.

Die Rechtsverhältnisse der Kriegführung im einzelnen.

Erstes Capitel.

Die unmittelbaren Wirkungen der Kriegseröffnung, persönlicher Kriegsstand und erlaubte, beziehungsweise unerlaubte, Kriegsmittel.

I. Die unmittelbaren Wirkungen der Kriegseröffnung.¹

§ 19.

Durch die Kriegseröffnung wird die Rechtsordnung nicht aufgehoben und zwar auch nicht im Verhältnisse der kriegführenden Staaten zu einander.

Die Kriegseröffnung hat jedoch Wirkungen, welche das bestehende Recht zum Theile suspendieren, zum Theile abändern, so dass nunmehr das regelmäßige Friedensrecht durch ein eigenthümliches Kriegsrecht als Ausnahmerecht modificiert wird, welches in Geltung tritt: theils 1. im Verhältnisse der Staaten, welche Krieg führen, zu einander und zu ihren Bundesgenossen; theils 2. in den Beziehungen zu den neutralen Staaten; theils 3. mit Rücksicht auf die Angehörigen der Kriegsparteien oder die Bewohner des Kriegsfeldes.

Man kann daher mit Heffter erklären, dass die nächste unmittelbare Wirkung der Kriegseröffnung „die thatsächliche Suspension des bisherigen friedlichen Verhältnisses und Verkehrs unter den kriegführenden Mächten sei“; dass aber „der Krieg nicht jedes rechtliche Band unter den streitenden Parteien

¹ Vergl. im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 252 – 257, und die daselbst verzeichnete Literatur, sowie Bluntschli, Völkerrecht, S. 296, und Martens, Völkerrecht, II. S. 486 u. f.

von rechtswegen auflöse und ein solches erst durch den Frieden von neuem entstehen lasse“.²

§ 20.

Die Kriegseröffnung kann, da sie die Rechtsordnung überhaupt nicht vernichtet, insbesondere auch nicht alles Vertragsrecht zerstören. Die Ansicht mancher älteren Publicisten, dass der Krieg ipso facto die Verträge zwischen den kriegführenden Staaten aufhebe, erweist sich als unhaltbar schon aus dem Grunde, weil viele Verträge eigens für den Kriegszustand abgeschlossen werden und erst im Kriege zur Wirksamkeit gelangen. Es ist daher nicht einzusehen, warum die Fortdauer der Rechtsgiltigkeit anderer Verträge, welche nicht eigens für den Kriegszustand abgeschlossen worden sind, grundsätzlich verneint werden soll.

Mit der Rechtsgiltigkeit der Verträge ist jedoch die tatsächliche Wirksamkeit derselben nicht zu verwechseln: diese letztere wird allerdings während des Krieges insoweit suspendiert, als sie mit der Absicht und Nothwendigkeit der Kriegführung unvereinbar ist.

Einer Suspension unterliegt demgemäß namentlich die Wirksamkeit solcher Verträge, die — wie z. B. die Handels-, Consular- und Auslieferungsverträge — während des Krieges offenbar nicht erfüllt werden können.³

§ 21.

Eine nicht minder berühmte, als wichtige Streitfrage bezieht sich insbesondere darauf, ob der Krieg selbst schon ein Verbot des Handels mit den Angehörigen des feindlichen Staates in sich schließe und demgemäß die Lizenzen als Ausnahme an-

² Bluntschli (Völkerrecht, S. 296) bemerkt diesfalls: „Die alten Naturrechtslehrer meinten, nur durch Friedens- und Gesellschaftsverträge werde der Zustand eines *bellum omnium contra omnes*, des allgemeinen Krieges aller miteinander, beschränkt und ein vertragsmäßiger Rechtszustand eingeführt; und sie behaupteten, wenn nun die Staaten wider einander den Krieg erklären, so bedeute das die Rückkehr in jenen ursprünglich völlig rechtlosen Kriegszustand. Sie nahmen infolge dessen an, im Kriege werden keine Rechte mehr anerkannt, sondern herrsche nur die physische Gewalt. Diese ganze Ansicht wird von der heutigen Rechtswissenschaft als Irrthum verworfen.“

³ Vergl. Martens, Völkerrecht, II. S. 488.

zusehen seien, — oder ob umgekehrt die Freiheit des Handels die Regel bilde, welche erst durch Inhibitorien ihre Ausnahme erfahre. Beide Ansichten finden ihre Vertretung nicht nur in der Staatenpraxis, sondern auch in der Völkerrechtsdoctrin. Heffter z. B. bekämpft die Annahme, dass eine absolute Handels- und Handelsgeschäftssperre unter feindlichen Staaten die Selbstfolge der Kriegseröffnung sei; Geffcken erklärt sich dagegen für den Bynkershoek'schen Satz: „*quamvis autem nulla specialis sit commerciorum prohibitio, ipso tamen jure belli commercia sunt vetita*“, weil die Natur des Krieges den friedlichen Verkehr aufhören lasse und die Ausnahme ausdrücklich erlaubt, nicht das Verbot gegeben sein müsse.⁴

Allgemein anerkannt ist, dass jeder kriegführende Staat die Befugnis hat, einerseits: 1. allen eigenen Unterthanen die gänzliche oder theilweise Unterlassung des Handelsverkehrs mit den Unterthanen des feindlichen Staates vorzuschreiben, jeden feindlichen Unterthanen thatsächlich von solchem Verkehre zurückzuweisen und feindlichen Handelsforderungen, z. B. den Versicherungen feindlicher Güter, die Klagbarkeit zu versagen; andererseits: 2. einen bestimmten Handelsverkehr zu gestatten durch die Ertheilung specieller Lizenzen, zu deren Beachtung jedoch für den feindlichen Theil keinerlei Verbindlichkeit besteht.⁵

Mit Rücksicht auf die oben bezeichnete Streitfrage leuchtet hienach ein, dass bei beiden Verfahrungsweisen das Recht des Staates zum Verbote gefährlichen Handels und das Recht der Einzelnen zum Betriebe ungefährlichen Handels gleichmäßig zusammen bestehen können. Nicht minder einleuchtend ist zugleich, dass keine der beiden Verfahrungsweisen an sich freisinniger ist, als die andere. Ausgehend von dem Grundsatz, dass der Krieg den Handel aufhebe, kann man durch Lizenzen der Handelsfreiheit den weitesten Spielraum eröffnen; und von dem Grundsatz ausgehend, dass der Krieg den Handel fortbestehen lasse, kann man durch Inhibitorien die Handelsfreiheit auf das engste Gebiet beschränken.⁶

⁴ Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 255—256.

⁵ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 255.

⁶ Vergl. Berners Art. „Kriegsrecht“ in Bluntschlis Staatswörterbuch, VI. S. 109.

II. Persönlicher Kriegsstand.¹

§ 22.

Man unterscheidet den activen und den passiven persönlichen Kriegsstand, d. h. man unterscheidet feindliche Personen im eigentlichen activen Sinne oder active Feinde und feindliche Personen im weiteren passiven Sinne oder passive Feinde. Active Feinde sind nur die Staaten als die eigentlichen Kriegsparteien und sohin auch die Angehörigen der staatlichen Wehrkraft. Als passive Feinde erscheinen dagegen alle übrigen Angehörigen oder Unterthanen eines kriegführenden Staates, insoferne dieselben den Folgen der Feindschaft zwischen den Staaten ausgesetzt sind, beziehungsweise insoferne „ihr Zusammenhang mit dem Kriegsheere, sowie Art und Zweck des Krieges ihre Mitleidenschaft unentbehrlich macht“.²

Im Sinne der hiemit bezeichneten Unterscheidung erklärt der Art. 1 der „Gesetze für den Landkrieg“: „Der Kriegszustand lässt nur zwischen den bewaffneten Mächten der kriegführenden Staaten Gewaltacte zu. Personen, welche nicht zur bewaffneten kriegführenden Macht gehören, müssen sich solcher Acte enthalten.“³

Die friedlichen Bewohner in Feindesland haben zwar die nothwendigen Wirkungen des Krieges über sich ergehen zu lassen und sind der siegenden Kriegspartei zum Gehorsam verpflichtet; sie dürfen aber nicht als öffentliche Feinde angesehen und behandelt werden.⁴

§ 23.

Als Angehörige der staatlichen Wehrkraft gelten: 1. die sogenannten regulären Land- und Seemannschaften, 2. die in außerordentlicher Weise aufgeboteene irreguläre Land- und See-

¹ Vergleiche im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 257–261; Bluntschli, Völkerrecht, S. 297–298 und S. 317 u. f., und Martens, Völkerrecht, II. S. 485–486 und S. 494 u. f.

² Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 257.

³ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 7.

⁴ Selbstverständlich erhält jeder Einzelne das Recht des activen Widerstandes, sobald der Feind selbst zu einem Vernichtungskriege sich entschließt oder sobald einzelne Angehörige des feindlichen Staates in ihrem Verhalten die Kriegssitte verleugnen.

macht, 3. die sogenannten Nichtcombattanten, d. h. diejenigen Personen, welche nur zum Dienste der Combattanten angestellt und zur Ausübung activer Kriegsrechte nicht befugt sind.⁵

Freischaren oder Freicorps werden als feindliche Truppen angesehen, wenn dieselben von einer Staatsmacht beauftragt oder autorisiert sind; im Unterschiede von diesen autorisierten Freicorps werden die nicht autorisierten Freicorps nur dann wie feindliche Truppen behandelt, wenn dieselben (mindestens auf Flintenschussweite) als Feinde erkennbar und militärisch organisiert, beziehungsweise insbesondere verantwortlichen Befehlshabern unterstellt sind. Falls diese doppelte Voraussetzung nicht zutrifft, befinden sich die nicht autorisierten Freicorps gradeso, wie vereinzelte Freischützen (Franc tireurs) und Freibeuter oder auf Schiffen vereinigte Corsaren, außerhalb des regulären Kriegstandes.⁶

Die von einer Kriegspartei mit Kaper- oder Markebriefen ausgestatteten Privatkaper (Armateurs, Privateers) sind als Be-

⁵ Z. B. Feldgeistliche, Ärzte, Verpflegsbeamte, Marketender u. s. w.

⁶ Der Art. 2 der „Gesetze für den Landkrieg“ erklärt: „Die bewaffnete Macht eines Staates umfasst: 1. das Heer im eigentlichen Sinne mit Einschluss der Milizen; — 2. die Nationalgarden, den Landsturm, sowie Freicorps und andere Corps, welche die folgenden drei Bedingungen vereinigen: a/ dass sie unter der Leitung eines verantwortlichen Chefs stehen; b/ dass sie eine Uniform oder ein unterscheidendes, festgesetztes, auf Entfernung erkennbares und von den zum Corps gehörenden Personen getragenes Zeichen haben; c/ dass sie die Waffen offen tragen; — 3. die Mannschaften der Kriegsschiffe; — 4. die Bewohner des nichtoccupierten Landes, welche beim Nahen des Feindes freiwillig und offen zu den Waffen greifen, um die Invasionstruppen zu bekämpfen, selbst wenn sie nicht Zeit gehabt haben, sich zu organisieren.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 7–8. — Bedenklich und jedenfalls noch nicht allgemein anerkanntes Recht ist die Zurechnung der unter 4 bezeichneten Bewohner zur bewaffneten Macht des Staates. Vergl. Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 260. — Was insbesondere die Freicorps anbelangt, so wurde 1870 (August) im preußischen „Staatsanzeiger“ eine Proclamation erlassen, wonach die französischen Freischärler eine schriftliche Autorisation der französischen Regierung besitzen, unter dem Befehle französischer Officiere stehen, Uniformen tragen und einen Bestandtheil der organisierten französischen Armee bilden sollten, widrigenfalls die Franc tireurs als Räuber betrachtet und im Falle ihrer Gefangennahme durch Pulver und Blei gerichtet würden.

standtheile der staatlichen Seemacht zu betrachten und stehen als solche unter den Befehlen der Admiralität.⁷

§ 24.

Was insbesondere die Kaperei anbelangt, so sind schon im vorigen Jahrhunderte verschiedene Versuche gemacht worden, dieselbe zu untersagen. Allein erst auf dem Pariser Congresse vom Jahre 1856 ist am 16. April eine gemeinsame Erklärung der europäischen Mächte über das Seerecht in Kriegzeiten zustande gekommen, deren erster Artikel lautet: „La course est et demeure abolie.“⁸ Diese Erklärung ist in der Hauptsache nur deshalb noch nicht anerkanntes Recht geworden, weil die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Zustimmung versagten und zwar nicht aus dem Grunde, weil sie die Kaperei billigten, sondern aus dem Grunde, weil ihnen die Kaperei solange als Nothwehr unentbehrlich erschien, als nicht die Kriegsmarine selbst auf die Seebeute gegen Handelsschiffe verzichtet.⁹

Sofern daher in den Seekriegen der Zukunft überhaupt noch die Ertheilung von Kaperbriefen erfolgen sollte, behaupten auch noch die Grundsätze der älteren Praxis ihre Geltung. Diese Grundsätze gehen wesentlich dahin: 1. nur eine kriegführende Hauptpartei hat das Recht, Kaperbriefe zu ertheilen und die näheren Modalitäten der Ertheilung zu regulieren; 2. auf völkerrechtliche Anerkennung und kriegsmäßige Behandlung haben nur diejenigen Kaper Anspruch, welche sich in gehöriger Form durch den Besitz eines Kaperbriefes legitimieren und sich selbst nach dem Kriegsgebrauche verhalten; 3. ein Kaper, der von beiden Kriegsparteien Kaperbriefe annimmt, gilt als Pirat.¹⁰

Wesentlich verschieden von der Ertheilung von Kaper-

⁷ Sieh insbesondere Perels, Seerecht, S. 182 u. f.

⁸ „Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft!“

⁹ Vergl. Martens, Völkerrecht, II. S. 520—525.

¹⁰ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 259—260. Im übrigen constatieren wir, dass seit dem Jahre 1856 nur mehr in einem Falle, nämlich im Jahre 1879 im Kriege gegen Chile, durch Peru und Bolivia Kaperbriefe ertheilt worden sind, obwohl Peru seinerseits die Pariser Declaration adoptiert hatte.

briefen und eine der Autorisation von Freicorps zulande analoge Maßregel ist die Herstellung einer freiwilligen Seewehr, deren Zweck nicht in der Wegnahme von feindlichem Privateigenthum, sondern in der Wegnahme und Zerstörung feindlicher Kriegsschiffe besteht.¹¹

III. Erlaubte, beziehungsweise unerlaubte, Kriegsmittel.¹

§ 25.

Zu den erlaubten Mitteln der Kriegführung gehören theils die offene Gewalt, theils die List.²

Gewalt darf jedoch weder nutzlos, noch barbarisch angewendet werden; die List, d. h. die Anwendung versteckter Mittel, ist nicht zu verwechseln mit Falschheit oder Treulosigkeit.³

Manche an sich erlaubte List, wie insbesondere z. B. die Benützung der Kennzeichen der feindlichen Kriegsmacht (Uniformen, Fahnen und Flaggen), wird völkerrechtswidrig, sobald die Täuschung über die Vorbereitungen zum Kampfe hinaus getrieben wird: im Kampfe, beziehungsweise unmittelbar vor und während der Action, muss der Feind dem Feinde offen gegenüberstehen und unter seiner wahren Uniform, Fahne und Flagge erscheinen.⁴

¹¹ Vergl. Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 261.

¹ Vergleiche im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 262—265; Bluntschli, Völkerrecht, S. 312—316, und Martens, Völkerrecht, II. S. 489—490.

² „Die List“, sagt Bluntschli (Völkerrecht, S. 319), „dient dazu, die physische Überlegenheit des Feindes durch ein geistiges Gegengewicht zu vermindern oder zu überwinden.“

³ Als erlaubt betrachtet man z. B. verdeckte Märsche, die Legung eines Hinterhaltes, die Anwendung von Spionen, ja selbst (vor Beginn des Kampfes oder vor dem Eintritte in die Action) die Täuschung des Feindes durch Anziehung der feindlichen Uniform oder — im Seekriege — durch Aufsteckung einer falschen Flagge.

⁴ Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 265. Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 8 ganz allgemein: „Es ist untersagt, den Feind anzugreifen, indem man die unterscheidenden Kennzeichen der bewaffneten Macht verbirgt; und es ist unzulässig, einen ungebührlichen Gebrauch zu machen von der Nationalfahne, von den militärischen Ab-

§ 26.

Völkerrechtswidrig ist der Gebrauch vergifteter Waffen und die Verbreitung von Giftstoffen und Contagien in Feindesland. Verboten sind nicht minder solche Waffen, welche zwecklose Schmerzen verursachen (z. B. Pfeile mit Widerhaken, gehacktes Blei oder Glassplitter anstatt der Flintenkugeln, namentlich Sprenggeschosse unter 400 Gramm Gewicht). Die Kriegssitte verwirft schließlich die Kettenkugeln (*boulets à chaîne*) und die Stangenkugeln (*boulets à bras*), sowie die Beschießung der Schiffe mit glühenden Kugeln und das Werfen von brennenden Pechkränzen in die feindlichen Schiffe.⁵

Verboten ist jede nutzlose, durch keinen Nothstand gebotene oder als Repressalie zulässige Zerstörung von Eigenthum in Feindesland. Dem Bombardement befestigter Plätze hat die Aufforderung zur Übergabe und die Bedrohung mit demselben voranzugehen, während die Anzeige des Beginnes der Beschießung ebensowenig verlangt werden kann, wie die Beschränkung der Beschießung auf die Festungswerke.⁶

zeichen oder von der Uniform des Feindes, von der Parlamentärflagge, sowie von den durch die Genfer Convention vorgeschriebenen Schutzzeichen.“ Vergl. Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 9.

⁵ Manche der im Texte genannten Kriegsmittel sind längst außer Gebrauch. Die „Gesetze für den Landkrieg“ verbieten im Art. 8 den Gebrauch von „Gift, sei es unter welcher Form immer“, und im Art. 9 den Gebrauch von „Waffen, Projectilen oder Gegenständen, die geeignet sind, überflüssige Leiden zu verursachen oder die Wunden zu verschlimmern, — namentlich von Projectilen unter 400 Gramm Gewicht, welche explodierbar oder mit zündenden oder leicht entzündlichen Stoffen geladen sind“. Siehe Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 10.

⁶ Siehe Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 264. Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären in den Art. 32—34: „Es ist untersagt, Localitäten anzugreifen und zu bombardieren, die nicht vertheidigt sind. Wenn man den Kriegführenden das Recht zum Bombardement der Festungen und anderer Orte, in welche sich der Feind verschanzt hat, nicht streitig macht, so verlangen Rücksichten der Humanität, dass dieses Zwangsverfahren von einiger Mäßigung begleitet sei, welche die Wirkungen desselben gegen die feindliche bewaffnete Macht soviel als möglich einschränken“ (Art. 32). „Der Commandant der angreifenden Truppen muss daher, ausgenommen den Fall eines schonungslosen Angriffes, bevor er ein Bombardement unternimmt, alles thun, was von ihm abhängt, um die Localbehörden

Wünschenswert wäre ein allgemeines Verbot der Verwendung von uncivilisierten Stämmen in Kriegen zwischen civilisierten Staaten.⁷

§ 27.

Nicht erlaubte List, sondern völkerrechtswidrige Falschheit und Treulosigkeit ist zunächst der Bruch eines dem Feinde im Kriege gegebenen Versprechens.⁸

Das Völkerrecht verbietet sodann den Meuchelmord an feindlichen Individuen und die Anregung zu demselben, sowie überhaupt jede Anstiftung zu Verbrechen.⁹ Unerlaubt ist demgemäß insbesondere die Aufreizung feindlicher Officiere und Soldaten zu Desertion oder Verrath. Als erlaubt gilt dagegen die Aufforderung an andere Unterthanen des feindlichen Staates zu Handlungen, welche zwar nach den Gesetzen des feindlichen Staates verboten und strafbar, jedoch deshalb noch nicht schlechtweg und nothwendig unehrenhaft sind.¹⁰

davon zu verständigen“ (Art. 33). „Im Falle eines Bombardements müssen alle nöthigen Maßregeln ergriffen werden, um, wenn möglich, die Gebäude zu schonen, welche dem Gottesdienste, den Künsten, den Wissenschaften und der Wohlthätigkeit geweiht sind, die Spitäler und die Versammlungsorte der Kranken und Verwundeten, falls sie nicht direct oder indirect zur Vertheidigung ausgenützt werden. Die Pflicht der Belagerten ist es, diese Gebäude durch sichtbare und dem Belagerer im voraus bekanntgegebene Zeichen erkenntlich zu machen“ (Art. 34). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 14.

⁷ Da die civilisierte Kriegführung die Barbarei überhaupt nicht duldet, so darf sie auch barbarische Stämme nicht zu Kriegsgenossen machen. Sieh Bluntschli, Völkerrecht, S. 315. Vergl. des Fürsten Bismarck Circular vom 9. Jänner 1871 über die von den Turcos verübten Grausamkeiten.

⁸ Uralter Rechtssatz: „Etiam hosti fides servanda!“

⁹ Der Art. 8 der „Gesetze für den Landkrieg“ erklärt: „Da der Kampf loyal sein soll, so ist es untersagt, verrätherisch nach dem Leben eines Feindes zu trachten z. B. dadurch, dass man Mörder dingt oder dass man vorgibt, sich zu ergeben.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 9.

¹⁰ Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 264. — Der von Österreich erhobene Protest gegen die von Frankreich im Jahre 1859 und von Preußen im Jahre 1866 geplante Bildung ungarischer Legionen war vollkommen gerechtfertigt, weil der betreffende Plan eine Aufforderung

Zulässig ist der Gebrauch von Kundschaftern oder Spähern oder Spionen. — An sich erscheint das Kundschaften nicht als unehrenhaft. Unter Umständen bedeutet dasselbe sogar eine patriotische Aufopferung. Der Mackel des Unehrenhaften, welcher der Spionage anklebt, beruht nur auf der Heimlichkeit des Verfahrens und der Trughaftigkeit der Vorwände. — Eine Erkundschaftung odererspähung der feindlichen Rüstungen und Waffenplätze vor dem Ausbruche des Krieges mag je nach den Umständen polizeilich geahndet, darf aber in keinem Falle als Spionage kriegsrechtlich bestraft werden: Spione gibt es nur im Kriege und nach Kriegsrecht. Im übrigen muss man sich auch nach dem Ausbruche des Krieges hüten vor einer Spionenriecherei, welche die arge Belästigung unschuldiger Personen zur momentanen Folge hat. Die seit dem Jahre 1870 epidemisch eingetretene Manie der Franzosen, in jedem deutschen Privaten einen Spion zu wittern, ist nicht nur einer großen Nation absolut unwürdig, sondern auch frivol bedrohlich für die Aufrechthaltung des Friedenszustandes.¹¹

feindlicher Officiere und Soldaten zum Bruche des geschworenen Fahnen-
eides involvierte. Sieh den Erlass des Grafen Rechberg an den Grafen
Colloredo vom 24. August 1859.

¹¹ Über den Gebrauch von Kundschaftern (l'Espionnage) werden wir
uns in § 34 des näheren auszulassen haben. — Von den militärischen
Kundschaftern oder den Militärspionen sind wesentlich verschieden die
politischen Kundschafter, welche dazu dienen, um den inneren politischen
Zustand eines fremden Landes oder aber die Richtung und Angelegenheiten
der auswärtigen Politik desselben zu erforschen. — Der politische Kund-
schafter wird selbstverständlich zum Militärspion, wenn er — nach Heffters
Ausdruck — einer geheimen feindseligen Unternehmung des ihn beauftragt
habenden Staates nur vorausgeschickt ist, um den rechten Zeitpunkt und
Ort zur Ausführung derselben zu ermitteln. Vergl. Heffter, Völkerrecht,
S. 482.

Zweites Capitel.

Die Rechte der Kriegsparteien in Ansehung der feindlichen Personen und in Ansehung der Sachen des Feindes.¹

I. Die Rechte der Kriegsparteien in Ansehung der feindlichen Personen.²

A. Die Behandlung feindlicher Personen im allgemeinen.³

§ 28.

Das eigentliche Kriegerrecht auf Leben und Tod gilt nur für die zum Gebrauche der Waffen verpflichteten und berechtigten Personen des feindlichen Wehrstandes (Combattanten).⁴ Diese bewaffneten Feinde sind allen unvermeidlichen Gefahren des Kampfes ausgesetzt und können daher auch im Einzel-

¹ Besondere Rücksicht wird hiebei auf die Rechtsnormen genommen, welche bezüglich der occupierten Gebiete (*territoires occupés*) gelten. Der obige Titel betrifft demgemäß nicht nur die activen, sondern auch die passiven Feinde im Sinne des § 22. Was den Begriff des occupierten Gebietes anbelangt, so schließen wir uns an diejenige Definition an, welche im Art. 41 der „Gesetze für den Landkrieg“ enthalten ist und folgendermaßen lautet: „Ein Gebiet wird als occupiert betrachtet, wenn infolge einer Invasion durch feindliche Streitkräfte der Staat, welchem es unterworfen ist, in Wirklichkeit aufgehört hat, daselbst eine regelrechte Autorität auszuüben, und wenn der einfallende Staat sich alleinig in der Lage findet, die Ordnung daselbst aufrecht zu erhalten. Die Grenzen, in welchen sich diese Thatsache bekundet, bestimmen die Ausdehnung und die Dauer der Occupation.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 16.

² Vergleiche im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 265—273; Bluntschli, Völkerrecht, S. 320—353, und Martens, Völkerrecht, II. S. 494—513.

³ D. h. die Behandlung feindlicher Personen mit Ausschluss der Kriegsgefangenen, sowie der Deserteure und Überläufer, Spione, Kriegsverräther und Wegeführer, Räuber, Marodeurs und Kriegerrebellens.

⁴ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 252.

kämpfe mit Recht verwundet oder verstümmelt oder getödtet werden. Im übrigen gilt jede unnöthige Tödtung selbst der bewaffneten Feinde für Unrecht: insbesondere dürfen daher feindliche Personen, welche die Waffen strecken und sich ergeben, weder verwundet noch getödtet werden.⁵

Die sogenannten Nichtcombattanten, welche zum Trosse oder zur Ausrüstung der Truppen gehören, sind nach guter Kriegssitte vereinzelt nicht anzugreifen oder zu verwunden oder zu tödten. Im Gemenge theilen dieselben allerdings das Schicksal der Combattanten. Es ist unmöglich, die Nichtcombattanten, insoferne sie sich innerhalb des Schussbereiches und unter den Combattanten befinden, vor der allgemeinen Gefahr der Verwundung oder Tödtung zu bewahren.⁶

Parlamentäre oder diejenigen Personen, welche im Auftrage einer Kriegspartei bei den Truppen der anderen Kriegspartei behufs Unterhandlung über Kriegsverträge erscheinen, werden durch die Parlamentärflagge gekennzeichnet und beanspruchen den Schutz des Völkerrechtes. Kein Befehlshaber ist jedoch verpflichtet, Parlamentäre zu empfangen oder gar, sobald eine Parlamentärflagge erscheint, das Gefecht einstellen zu lassen. Die Unverletzlichkeit des Parlamentärs und das freie Geleite zur Rückkehr treten erst dann in Wirksamkeit, wenn

⁵ Der militärische Befehl, dem Feinde kein Quartier (keinen Pardon) zu geben, darf nur als Repressalie oder im äußersten Nothfalle und zwar insbesondere dann ertheilt werden, wenn einer Kriegspartei die Belastung mit Kriegsgefangenen der eigenen Sicherheit wegen unmöglich ist. Feindliche Truppen, welche ihrerseits kein Quartier geben, verwirken hiedurch den Anspruch auf jenseitige Quartiergewährung. Selbst im Falle einer rechtmäßigen Quartierverweigerung dürfen widerstandsunfähige Feinde oder solche Feinde, welche sich bereits in Kriegsgefangenschaft befinden, nicht getödtet werden. — Am. Kriegsart. 60—62. — Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 9: „Es ist untersagt, einen Feind zu verstümmeln oder zu tödten, der sich auf Gnade und Ungnade ergeben hat oder beim Kampfe nicht betheiligt ist; und es ist untersagt, im vorhinein zu erklären, dass man keinen Pardon geben werde, selbst dann, wenn man einen solchen nicht für sich in Anspruch nimmt.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 10.

⁶ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 265, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 326—327.

das Gefecht eingestellt wird, um dem Parlamentär die Annäherung zu gestatten und zu ermöglichen.⁷

§ 29.

Verwundete, welche selbst nicht mehr von den Waffen einen Gebrauch machen wollen oder können, sind jedem fernerem Angriffe auf ihre Person entzogen. Die verwundeten oder kranken Krieger haben ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der Volksangehörigkeit den gerechten Anspruch auf Aufhebung und Ver-

⁷ Wenn der Parlamentär seine privilegierte Stellung in erwiesener Weise behufs Betreibung militärischer Spionage oder behufs Anstiftung von Verschwörungen oder Verrath missbraucht hat, so verliert er den Anspruch auf völkerrechtlichen Schutz und kann kriegsgerichtlich bestraft werden. Vergl. Am. Kriegsart. 113—116. — Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären in den Art. 27—31: „Als Parlamentär wird angesehen und das Recht auf Unverletzlichkeit hat dasjenige Individuum, welches von einem der Kriegführenden bevollmächtigt ist, in Unterhandlungen mit dem anderen Kriegführenden einzutreten, und hiebei mit einer weißen Fahne erscheint“ (Art. 27). „Dasselbe kann begleitet werden von einem Hornisten oder von einem Tambour, von einem Fahnenträger und eintretenden Falles selbst von einem Führer und einem Dolmetsch, welche Personen ebenfalls das Recht auf Unverletzlichkeit haben“ (Art. 28). „Der Chef, welchem ein Parlamentär zugesendet wird, ist nicht verpflichtet, ihn unter allen Umständen zu empfangen“ (Art. 29). „Außerdem hat der Chef, welcher einen Parlamentär empfängt, das Recht, alle nothwendigen Maßregeln zu ergreifen, damit die Gegenwart dieses Feindes ihm nicht Schaden verursache. Der Parlamentär selbst und diejenigen Personen, welche ihn begleiten, müssen sich gegen den Feind, der sie empfängt, loyal verhalten“ (Art. 30). „Wenn ein Parlamentär das ihm gewährte Vertrauen missbraucht, so kann man ihn zeitweilig zurückhalten; und wenn es erwiesen wird, dass er seine privilegierte Stellung dazu benützt hat, um einen Verrath zu begehen, so verliert er sein Recht auf Unverletzlichkeit“ (Art. 31). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 13. — Im deutsch-französischen Kriege von 1870/71 haben die Franzosen sich auch in Ansehung der Parlamentäre vielfache Verletzungen des Völkerrechtes zuschulden kommen lassen: das Circulär des Fürsten Bismarck vom 9. Jänner 1871 zählt 21 Fälle auf, in denen von französischer Seite mit erwiesener Absicht auf deutsche Parlamentäre geschossen wurde. Die Türken hissten im Jahre 1877 bei Schipka die weiße Parlamentärflagge auf und eröffneten dann, als russische Scharfschützen sich näherten, vom Fort aus ein heftiges Feuer; am andern Tage, als wirklich Capitulationsverhandlungen begannen, benützten sie diese Verhandlungen, um inzwischen das Fort, worin sie sich nicht mehr zu halten vermochten, unbehelligt zu verlassen.

pflege. Schlechthin unzulässig und barbarisch ist die Tödtung der feindlichen Verwundeten und Kranken.⁸

Die Krankenwagen (Ambulanzen) und Militärspitäler werden als neutral anerkannt und sind demgemäß von den Kriegsparteien zu schützen und zu achten, solange sich Verwundete oder Kranke in denselben befinden: das Personal der Krankenwagen und Militärspitäler für die Aufsicht und den Gesundheits-, Verwaltungs- und Krankentransportdienst, sowie die Feldprediger, participieren an der Wohlthat der Neutralität, solange sie ihren Verrichtungen obliegen und Verwundete aufzuheben oder Kranke zu pflegen sind.⁹

⁸ Eine großartige organisatorische Schöpfung bedeutet in solcher Beziehung die Genfer Convention vom 22. August 1864, betreffend die Linderung des Loses der im Felddienste verwundeten Militärpersonen. Diese Convention, ursprünglich zwischen zwölf Staaten vereinbart, zählt jetzt außer den deutschen Staaten folgende formell verpflichtete Mächte: Belgien, Bolivia, Chile, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Österreich-Ungarn, Peru, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden und Norwegen, Spanien, die Türkei und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Vergl. Lüders gekrönte Preisschrift über die Genfer Convention (1876); Moynier, *Le croix-rouge, son passé et son avenir* (1882), und Iwanowski, *Die Genfer Convention* (1884). — Im Jahre 1868 versammelte sich in Genf eine neue Conferenz, welche 15 Zusatzartikel ausarbeitete, von denen die Artikel 6—15 (Articles de marine) die Fürsorge für die im Seegefechte Verwundeten zum Gegenstande hatten: diese Zusatzartikel sind jedoch durch die Staatsregierungen nicht angenommen worden. — Die Brüsseler Conferenz hat die Genfer Convention nicht revidiert, sondern nur durch Art. 35 auf diese Convention hingewiesen.

⁹ Im unmittelbaren Anschlusse an die Bestimmungen der Genfer Convention erklären die „Gesetze für den Landkrieg“ in den Art. 10 bis 18: „Die verwundeten oder kranken Soldaten müssen aufgenommen und gepflegt werden, welcher Nation dieselben auch angehören mögen“ (Art. 10). „Die Oberbefehlshaber haben die Befugnis, den feindlichen Vorposten die während des Kampfes verwundeten feindlichen Soldaten sofort auszuliefern, wenn es die Umstände erlauben und beide Parteien übereinstimmen“ (Art. 11). „Die Evacuationen sammt den Personen, welche sie leiten, sind durch die Neutralität geschützt“ (Art. 12). „Das Personal der Spitäler und Ambulanzen — umfassend die Intendantur, die Sanitätsdienste, die Dienste der Administration und des Transportes der Verwundeten, sowie die Feldprediger und die zur Unterstützung des officiellen Sanitätspersonales gehörig bevollmächtigten Mitglieder und Beamten der Hilfs-gesellschaften — wird, wenn dasselbe functioniert und solange es Verwundete aufzurichten und zu unterstützen gibt, als neutral angesehen“

Was die Beerdigung der Todten anbelangt, so hat vor der Vornahme derselben die Sammlung aller Merkmale zu erfolgen, welche die Feststellung der Identität ermöglichen.¹⁰

§ 30.

Personen, welche nicht Angehörige der feindlichen Heeresmacht sind, bleiben vor persönlicher Vergewaltigung geschützt,

(Art. 13). „Das im vorangegangenen Artikel bezeichnete Personal muss nach der Occupation durch den Feind die Kranken und Verwundeten der Ambulanz oder des Spitäles, welchem es zugetheilt ist, nach Maßgabe des Bedürfnisses weiter pflegen“ (Art. 14). „Wenn dieses Personal abzugehen wünscht, so bestimmt der Commandant der occupierenden Truppen den Augenblick seines Abganges, den er jedoch nur für eine kurze Dauer hinausschieben kann im Falle militärischer Nothwendigkeit“ (Art. 15). „Es müssen Anordnungen getroffen werden, um den für neutral erklärten Personen, falls sie in die Hände des Feindes gerathen, den Genuss einer entsprechend anständigen Behandlung nach Möglichkeit zu sichern“ (Art. 16). „Das für neutral erklärte Sanitätspersonal muss eine weiße Armbinde mit rothem Kreuze tragen, deren Verabfolgung ausschließlich der Militärbehörde zukommt“ (Art. 17). „Die Generäle der kriegführenden Mächte müssen an die Humanität der Einwohner appellieren und dieselben auffordern, den Verwundeten beizustehen, indem sie ihnen die Vorthelle bezeichnen, welche für sie selbst daraus erwachsen. Sie müssen diejenigen Personen als unverletzlich ansehen, welche diesem Appell entsprechen“ (Art. 18). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 10—11. Vergl. auch die Art. 35—40 der „Gesetze für den Landkrieg“, betreffend die Sanitätsanstalten („Du matériel sanitaire“). — Leider begegnete die Durchführung der Bestimmungen der Genfer Convention seit 1864 schon wiederholt eigenthümlichen Schwierigkeiten. — Die türkische Regierung z. B., welche schon 1865 der Genfer Convention beigetreten war, erinnerte sich erst im November 1876 an die Unmöglichkeit, das rothe Kreuz als Abzeichen zu acceptieren: nach längerer Verhandlung einigte man sich dahin, für die Türkei die Vertauschung des rothen Kreuzes mit einem rothen Halbmonde zuzulassen. Im Verlaufe des Krieges zeigte sich die absolute Unbekanntheit der türkischen Truppen mit den Bestimmungen der Genfer Convention, von welcher nicht einmal eine türkische Übersetzung existierte. Kann man sich da wundern über die türkischen Bestialitäten gegen verwundete Russen im damaligen Kriege?

¹⁰ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 20: „Die Todten dürfen niemals beerdigt werden, ehe man über ihre Person alle Indicien gesammelt hat, welche geeignet sind, ihre Identität festzustellen. Die über die Todten der Feinde so gesammelten Merkmale sind ihrer Armee oder ihrer Regierung mitzutheilen.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 11—12.

solange sie selbst sich keine Feindseligkeiten zuschulden kommen lassen: eine Theilnahme an Feindseligkeiten lässt dieser Privilegien verlustig gehen.¹¹ — Jede Kriegspartei kann jedoch selbstverständlich beliebige Sicherungsmaßregeln ergreifen und daher insbesondere z. B. Waffen oder Geiseln abfordern.¹² — Eine besondere Schonung lässt die Kriegssitte dem feindlichen Souverän und den Mitgliedern seiner Familie angedeihen. Der Feind ist jedoch nicht verpflichtet, die Souveräne und ihre Prinzen von denjenigen Lasten zu befreien, welche den friedlichen Bürger treffen, wie man denn auch einen feindlichen Souverän, der sich selbst an der Kriegführung betheiligt, nicht als unverletzlich zu betrachten hat und insbesondere Geschütze auf ihn richten darf.¹³

Da wir das Recht der Kriegsgefangenschaft, sowie das rechtliche Verfahren gegen Deserteure und Überläufer, Spione, Kriegsverräther und Wegeführer, Marodeurs und Kriegsrebellens gesonderten Betrachtungen unter B und C unterziehen, so empfiehlt es sich, an dieser Stelle, wo die „Behandlung feindlicher Personen im allgemeinen“ in Rede steht, noch das Verhalten des Feindes gegen die Bevölkerung occupierter Gebiete ins Auge zu fassen.¹⁴

In dieser Beziehung gilt aber zunächst der Grundsatz, dass der Befehlshaber der Occupationsarmee die Bevölkerung in thunlichster Bälde mit der Thatsache der Occupation bekannt zu machen und sodann alle Maßregeln zu ergreifen hat, durch welche die Fortdauer der öffentlichen Ordnung gesichert wird. Die bestehenden Landesgesetze verbleiben in ihrer bis-

¹¹ In der Proclamation, welche König Wilhelm I. von Preußen am 11. August 1870 beim Einrücken der deutschen Armee in das französische Staatsgebiet erlassen hat, erklärte der König: „Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den französischen Bürgern.“

¹² Die Geiseln, welche von der Kriegsgewalt aus Sicherheitsgründen genommen werden, sind ähnlich den Kriegsgefangenen in ihrer freien Bewegung gehemmt. Sieh die folgenden Ausführungen über die Kriegsgefangenschaft.

¹³ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 266; sieh jedoch dazu Berners Art. „Kriegsrecht“ in Bluntschlis Staatswörterbuch, VI. S. 114—115.

¹⁴ Vergl. namentlich Martens, Völkerrecht, II. S. 506—513. — Sieh auch Féraud-Giraud, Occupation militaire. Paris 1881.

herigen Geltung. Das einheimische Gerichts- und Verwaltungspersonal kann in seinen Functionen belassen werden, wobei jedoch der Feind befugt ist, eigene Kriegsgerichte für die Bestrafung gewisser Verbrechen einzusetzen, wenn er findet, dass die bestehenden Strafgesetze und Strafgerichte die Ordnung im occupierten Gebiete und die Sicherheit der Occupationstruppen nicht ausreichend verbürgen.¹⁵ — Die Kriegsgewalt darf von den Beamten in Feindesland den Eid eines zeitlichen Gehorsams, jedoch nicht von der Bevölkerung des occupierten Gebietes den Unterthaneneid abfordern. Der Gehorsam gegen die Verordnungen und Befehle der occupierenden Kriegsgewalt kann erzwungen werden. Dagegen ist jede Nöthigung der Einwohnerschaft des occupierten Gebietes zur Theilnahme an den militärischen Actionen des Feindes untersagt.¹⁶ — Familie, Leben

¹⁵ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären in den Art. 42—46: „In Anbetracht der neuen Beziehungen, welche aus dem provisorischen Wechsel der Regierung erwachsen, ist es Pflicht der occupierenden militärischen Autorität, die Bewohner ehemöglichst von den Gewalten, welche sie ausübt, sowie von der territorialen Ausdehnung der Occupation zu benachrichtigen“ (Art. 42). „Der Occupierende muss alle Maßregeln ergreifen, welche von ihm abhängen, um die öffentliche Ordnung wieder herzustellen und das öffentliche Leben zu sichern“ (Art. 43). „Zu dem Ende muss der Occupierende die Gesetze, welche zur Friedenszeit im Lande in Kraft waren, aufrecht erhalten; er darf dieselben weder ändern noch suspendieren, außer im Falle der Nothwendigkeit“ (Art. 44). „Die Civilfunctionäre und Civilbeamten jeder Art, welche in die Fortsetzung ihrer Functionen einwilligen, genießen den Schutz des Occupierenden. Sie sind immer absetzbar und haben immer das Recht, ihr Amt niederzulegen. Sie dürfen disciplinarisch bestraft werden, wenn sie die von ihnen freiwillig übernommenen Obliegenheiten vernachlässigen, und sie dürfen dem Gerichte überliefert werden, wenn sie dieselben missbrauchen“ (Art. 45). „Im Dringlichkeitsfalle kann der Occupierende die Mitwirkung der Bewohner verlangen, um die nothwendigen Geschäfte der Localverwaltung zu besorgen“ (Art. 46). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 16—17.

¹⁶ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären in den Art. 47 und 48: „Da die Occupation eine Veränderung der Nationalität nicht nach sich zieht, so kann die Bevölkerung nicht gezwungen werden, der feindlichen Macht einen Eid zu leisten; die Bewohner, welche gegen den Occupierenden feindselige Handlungen begehen, sind aber strafbar“ (Art. 47). „Die Bewohner eines occupierten Landes, die sich den Befehlen des Occupierenden nicht unterwerfen, können hiezu gezwungen werden. Der Occupierende

und Ehre, sowie religiöse Überzeugung der feindlichen Bevölkerung müssen unbedingt vom occupierenden Feinde respec-
tiert werden.¹⁷

B. Insbesondere die Kriegsgefangenschaft.¹

§ 31.

Der Kriegsgefangenschaft unterliegen alle in Bezug auf den Krieg wirksam handelnden Personen und sohin insbesondere: 1. der Souverän nebst den waffentragenden und waffenfähigen Mitgliedern seiner Familie; 2. alle zur bewaffneten activen Streitmacht gehörigen Individuen; 3. Minister, Diplomaten, Beamte, Couriere u. dgl. Personen. Dagegen sind friedliche Bewohner in Feindesland der Kriegsgefangenschaft nur ausnahmsweise und zwar dann ausgesetzt, wenn solche Maßregel durch die Sicherheit des kriegführenden Heeres oder Staates erfordert wird. Wenn jedoch die Bevölkerung sich in Masse zur Vertheidigung ihres Landes erhebt, so kann dieselbe der Kriegsgefangenschaft unterworfen werden.²

Die Nichtcombattanten und selbst solche Personen, welche sich dem Heereskörper anschließen, ohne dessen Angehörige zu sein, können kriegsgefangen gemacht werden, wenn sich

kann jedoch die Bewohner nicht zwingen, ihn in seinen Angriffs- und Vertheidigungsarbeiten zu unterstützen oder sich an den militärischen Operationen gegen ihr eigenes Land zu betheiligen“ (Art. 48). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 17.

¹⁷ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 49: „Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Individuen, sowie ihre religiösen Überzeugungen und die Ausübung ihres Cultus müssen respec-
tiert werden.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 17.

¹ Vergleiche im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 269—273; Bluntschli, Völkerrecht, S. 340—352, und Martens, Völkerrecht, II. S. 498—500. — Sieh insbesondere Eichelmann, Die Kriegsgefangenschaft. Dorpat 1877. — Vergl. auch Am. Kriegsart. 49 u. f.

² Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 271. — Vergl. Am. Kriegsart. 49—51. — Nach altem Völkerrechte verfielen der Kriegsgefangenschaft alle feindlichen Personen, welche in die Gewalt des Siegers kamen. Vergl. hierüber, sowie über das Recht der Kriegsgefangenschaft im Mittelalter, Heffter, Völkerrecht, S. 269, sowie die daselbst verzeichnete Literatur.

die Truppe ergibt, an die sie sich angeschlossen haben, oder wenn sie auf der Verfolgung ergriffen werden.³

Geistliche, Ärzte, Apotheker und Heilgehilfen verfallen, wenn sie sich der Antheilnahme am activen Kampfe enthalten, nicht der Kriegsgefangenschaft.⁴

§ 32.

Das Wesen der heutigen Kriegsgefangenschaft besteht darin, dass die Freiheit der Bewegung für die Gefangenen insoweit beschränkt wird, als dies nothwendig ist, um die Rückkehr in den feindlichen Staat und die fernere Betheiligung am Kriege zu verhindern. Kriegsgefangene sind „Sicherheitsgefangene“. Es ist daher unzulässig, Kriegsgefangene wie Strafgefangene zu behandeln, beziehungsweise dieselben zu misshandeln oder zu unwürdigen Handlungen zu zwingen.⁵

³ Indem sich Personen dem Heere anschließen, ohne dazu zu gehören (z. B. Berichterstatter, Correspondenten von Zeitungen, Lieferanten u. s. w.), werden dieselben in die Gefahren des Heerkörpers verwickelt und können sich nicht beschweren, wenn sie — wenigstens vorläufig — als feindliche Personen angesehen und kriegsgefangen gemacht werden. Am. Kriegsart. 50. Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 341—342.

⁴ Am. Kriegsartikel 53. — Obwohl hienach die Neutralisierung der betreffenden Personen die Regel bildet, so findet dieselbe doch in den Bedürfnissen der Verwundeten und Kranken selbst eine Grenze. Immerhin ist jedoch den fraglichen Personen im Falle der Kriegsgefangenschaft mit thunlichster Schonung zu begegnen und möglichst bald wieder die volle Freiheit zu gewähren. — Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären bezüglich der Frage „Qui peut être fait prisonnier de guerre?“ in den Art. 21 und 22: „Die Individuen, welche zu den bewaffneten kriegführenden Mächten gehören, müssen, wenn sie in die Gewalt des Feindes gerathen, als Kriegsgefangene behandelt werden. Ebenso ist es mit den officielle Depeschen überbringenden Boten, welche ihre Mission offen ausführen, und mit den civilen Luftschiffen, welche beauftragt sind, den Feind zu beobachten oder den Verkehr zwischen den verschiedenen Theilen der Armee oder des Landes zu erhalten“ (Art. 21). „Die Personen, welche einer Armee folgen, ohne zu derselben zu gehören (wie Zeitungscorrespondenten, Marketender, Lieferanten u. s. w.), und in die Gewalt des Feindes gerathen, können nur solange zurückgehalten werden, als es die militärische Nothwendigkeit erfordert“ (Art. 22). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 12.

⁵ Treffend bemerkt Bluntschli (Völkerrecht, S. 340): „Der Grundgedanke der antiken Kriegsgefangenschaft war die Slaverei, wenn nicht

Behufs Sicherung der Kriegsgefangenen erfolgt deren Eingrenzung in eine Festung oder eine Stadt oder einen andern Ortsumfang. Soweit die Kriegsgefangenen ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, ist der Staat, in dessen Gewalt sie sich befinden, zu ihrer Ernährung verpflichtet. Die Verwendung der Kriegsgefangenen zu angemessenen und verhältnismäßigen Arbeiten ist zulässig und dient als Ersatz der Staatsauslagen für den Unterhalt der Kriegsgefangenen; unzulässig ist jedoch unter allen Umständen der Zwang zum Eintritte in feindliche Militärverhältnisse.⁶

gar die Absicht des Siegers, mit den Gefangenen im Triumphzuge zu prunken und ihre Führer schließlich aus Rache dem Tode zu weihen; das Mittelalter betrachtete die Gefangenen entweder als ein Mittel, Lösegeld zu erpressen, oder geradezu als Gegenstand der persönlichen Rache; das moderne Kriegsrecht sieht in der Kriegsgefangenschaft vorzüglich ein Mittel, die feindliche Kriegsmacht zu schwächen und den Sieg zu sichern.“ — Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären in den Art. 61–65: „Die Gefangenschaft ist weder eine Strafe, welche man über die Kriegsgefangenen verhängt, noch ein Act der Rache; sie ist nur eine temporäre Haft, die von jedem Charakter einer Strafe frei sein muss. Die Kriegsgefangenen sind in der Gewalt der feindlichen Regierung, nicht aber in derjenigen der einzelnen Individuen oder Corps, welche sie gefangen genommen haben“ (Art. 61). „Sie sind den in der feindlichen Armee bestehenden Gesetzen und Verordnungen unterworfen“ (Art. 62). „Sie müssen human behandelt werden“ (Art. 63). „Alles, was ihnen persönlich gehört, die Waffen ausgenommen, bleibt ihr Eigenthum“ (Art. 64). „Jeder Gefangene ist verpflichtet, seinen wahren Namen und Rang anzugeben, wenn er darüber befragt wird. Im Falle er dieser Verpflichtung nicht nachkommen würde, könnte er ganz oder theilweise der den Gefangenen seiner Kategorie gewährten Vortheile verlustig gemacht werden“ (Art. 65). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 20–21. Vergl. Am. Kriegsart. 56 und 75.

⁶ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären bezüglich des Aufenthaltes, der Verpflegung und der Arbeitsleistungen der Kriegsgefangenen in den Art. 66 und 69–72: „Die Gefangenen können genöthigt werden zur Internierung in einer Stadt, einer Festung, einem Lager oder in einem beliebigen Orte, mit der Verpflichtung, sich über gewisse bestimmte Grenzen hinaus nicht zu entfernen; sie dürfen aber nur nach dem Maße der unumgänglich nothwendigen Sicherheit eingeschlossen werden“ (Art. 66). „Die Regierung, in deren Gewalt sich die Gefangenen befinden, muss für die Erhaltung derselben sorgen. In Ermangelung eines zwischen den kriegführenden Parteien in dieser Hinsicht getroffenen Übereinkommens werden die Gefangenen, was Nahrung und Bekleidung anbelangt, auf demselben Friedensfuße behandelt, wie die Truppen der Regierung, welche sie

Ein Kriegsgefangener, welcher die Flucht ergreift, kann bei der Verfolgung auf der Flucht getödtet, darf aber nicht nach seiner Wiedereinbringung wegen des Fluchtversuches gestraft werden; eine Verschwörung unter den Kriegsgefangenen zur allgemeinen Befreiung oder ein Complot derselben zum Aufruhr gegen die bestehenden Autoritäten unterliegt der kriegsgerichtlichen Ahndung.⁷

§ 33.

Die Kriegsgefangenschaft hört auf mit dem Friedensschlusse.⁸

gefangen genommen hat“ (Art. 69). „Die Gefangenen können auf keine Weise angehalten werden, an den Kriegsoperationen irgendwelchen Antheil zu nehmen; auch dürfen dieselben nicht zu Enthüllungen über ihr Land oder über ihre Armee gezwungen werden“ (Art. 70). „Die Gefangenen können zu öffentlichen Arbeiten verwendet werden, welche mit den Operationen auf dem Kriegsschauplatze in keinem directen Zusammenhange stehen, nicht zu sehr erschöpfen und weder für ihren militärischen Rang, wenn sie zur Armee gehören, noch für ihre officiële oder sociale Stellung, wenn sie nicht zur Armee gehören, demüthigend sind“ (Art. 71). „Falls die Gefangenen ermächtigt werden, an den Arbeiten der Privatindustrie sich zu betheiligen, so kann ihr Lohn von der Behörde, welche sie gefangen hält, eingezogen werden; die betreffende Behörde muss dann den eingezogenen Lohn entweder zur Verbesserung der Lage der Gefangenen verwenden oder ihnen denselben im Augenblicke ihrer Befreiung einhändigen und zwar eventuell unter Abzug der Kosten ihrer Erhaltung“ (Art. 72). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 21—22. Vergl. Am. Kriegsart. 75, 76 und 80. — Zur Festhaltung in einem Gefängnisse ist man in der Regel nur gegen solche Kriegsgefangene berechtigt, welche versucht haben, sich der Kriegsgefangenschaft durch die Flucht zu entziehen.

⁷ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären in den Art. 67 und 68: „Jeder Act von Insubordination rechtfertigt die nothwendigen Maßregeln der Strenge gegen die Kriegsgefangenen“ (Art. 67). „Gegen einen flüchtigen Gefangenen kann man, nach Sommatation, von den Waffen Gebrauch machen. Wird er wieder gefangen genommen, bevor es ihm gelungen ist, zu seiner Armee zu stoßen oder das dem Gefangennehmer unterworfen Land zu verlassen, so wird er nur Disciplinarstrafen oder einer strengeren Aufsicht unterworfen. Wird er aber nach gelungener Flucht neuerdings gefangen genommen, so erleidet er keine Strafe wegen seiner früheren Flucht. Immerhin kann der wieder ergriffene oder neuerdings gefangen genommene Flüchtling, wenn er sein Wort gegeben hatte, nicht zu entweichen, der Rechte eines Kriegsgefangenen entkleidet werden“ (Art. 68). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 21. Vergl. Am. Kriegsart. 77.

⁸ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 73: „Da die Motive, welche die Zurückhaltung des gefangenen Feindes rechtfertigen,

Verwundete und kranke Kriegsgefangene müssen nach Constatierung ihrer fernerer Unfähigkeit zum Kriegsdienste aus der Gefangenschaft entlassen werden; anderweitige Kriegsgefangene können im Wege der Auswechselung freigegeben werden.⁹

Der Staat, in dessen Gewalt sich Kriegsgefangene befinden, ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, Kriegsgefangene gegen Einsetzung des Ehrenwortes (parole) zu entlassen. Die Einsetzung des Ehrenwortes bedeutet, dass der auf Ehrenwort Entlassene während des Krieges nicht mehr gegen den entlassenden Staat kämpfen werde. Wer sein Ehrenwort bricht, kann grundsätzlich mit dem Tode bestraft werden.¹⁰

nur während der Dauer des Krieges bestehen, so hört die Gefangenschaft der Kriegsgefangenen von rechtswegen auf durch den Friedensschluss; aber die Befreiung derselben wird dann durch ein Übereinkommen zwischen den Kriegführenden geregelt.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 22.

⁹ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären in den Art. 74 und 75: „Vor dem Abschlusse des Friedens hört die Kriegsgefangenschaft ebenfalls von rechtswegen auf für die verwundeten oder kranken Gefangenen, welche nach der Heilung als untauglich erkannt werden, von neuem zu dienen. Der Gefangenhalter muss sie alsdann in ihr Land zurückschicken“ (Art. 74). „Während des Krieges können die Gefangenen noch in Freiheit gesetzt werden auf Grund eines zwischen den kriegführenden Parteien vereinbarten Auswechselungskartells“ (Art. 75). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 22—23.

¹⁰ Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 273. Wenn die Regierung des auf Ehrenwort entlassenen Officiers das Versprechen nicht billigt, so hat dieser sich wieder zur Kriegsgefangenschaft zu stellen; wird er vom Feinde nicht mehr als Gefangener angenommen, so ist er von seinem Versprechen befreit und des Ehrenwortes entbunden. — Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären in den Art. 76—78: „Selbst ohne Auswechselung können die Gefangenen auf Ehrenwort in Freiheit gesetzt werden, wenn die Gesetze ihres Landes es nicht verbieten. In diesem Falle sind sie verpflichtet, unter Verbürgung ihrer persönlichen Ehre genau die Verpflichtungen zu erfüllen, welche sie freiwillig eingegangen sind und welche klar specificiert sein müssen. Ihre eigene Regierung darf von ihnen einen dem gegebenen Worte widersprechenden Dienst weder fordern noch annehmen“ (Art. 76). „Ein Gefangener kann nicht gezwungen werden, seine Freiheit gegen Einsetzung des Ehrenwortes anzunehmen. Ebenso ist die feindliche Regierung nicht verpflichtet, die Bitte eines Gefangenen zu erfüllen, welcher seine Freilassung gegen Ehrenwort verlangt“ (Art. 77).

C. Das Verfahren gegen Deserteure und Überläufer, Spione, Kriegsverräther und Wegeführer, Räuber, Marodeurs und Kriegsrebellten.¹

§ 34.

Eingebrachte Deserteure und Überläufer zum Feinde, welche wieder in Gefangenschaft gerathen, können nach Kriegsrecht mit dem Tode bestraft werden.²

Der gleichen Strafe setzen sich Spione oder diejenigen Personen aus, welche sich heimlich oder unter falschem Vorwande in die Linien des Heeres einschleichen, um für den Feind und dessen Kriegführung wichtige Erkundigungen einzuziehen und dem Feinde mitzutheilen.³

„Jeder gegen Ehrenwort befreite Gefangene kann, wenn er wieder ergriffen wird mit den Waffen gegen die Regierung, welcher er sein Ehrenwort gegeben hat, der Rechte eines Kriegsgefangenen entkleidet werden, wofern er nicht nach seiner Freilassung in ein bedingungsloses Auswechsellungskartell einbezogen worden ist“ (Art. 78). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 23. — Vergl. Bismarcks Circular vom 14. December 1870 über den Bruch des Ehrenwortes durch französische Officiere: schmählicher Fall des Generals Thibaudin!

¹ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 266—267; Bluntschli, Völkerrecht, S. 353—360, und Martens, Völkerrecht, II. S. 505—506.

² Streng genommen — ein Satz des einheimischen Strafrechtes!

³ Zu den Spionen gehören nicht Militärpersonen, welche als erkennbare Feinde in feindliche Linien eindringen, wenn auch in der Absicht einer Erkundigung über die Stellung und die Verhältnisse des Feindes: die Entsendung von Reconitionspatrouillen ist ohnedies ein erlaubtes und wechselseitig geübtes Kriegsmittel. — Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären in den Art. 23—26: „Die als Spione gefangenen Individuen können nicht verlangen, als Kriegsgefangene behandelt zu werden“ (Art. 23). „Man darf jedoch nicht als Spione ansehen die einer der bewaffneten kriegführenden Mächte angehörigen und nicht verkleideten Individuen, welche in die Operationszone des Feindes eingedrungen sind, — auch nicht die officiellen Depeschen überbringenden Boten, die ihre Mission offen ausführen, und die Luftschiffer“ (Art. 24). „Kein der Spionage angeklagtes Individuum darf bestraft werden, bevor die gerichtliche Behörde über sein Schicksal entschieden hat“ (Art. 25). „Ein Spion, welchem es gelingt, aus dem vom Feinde occupierten Gebiete hinauszukommen, trägt, wenn er später in die Gewalt des Feindes geräth, keine Verantwortlichkeit für seine früheren Handlungen“ (Art. 26). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 12—13.

Die Strafe des Spiones trifft unter Umständen, beziehungsweise in schweren Fällen, auch den Kriegsverräther, d. h. diejenige Person, welche entweder eine ihr auf erlaubte Weise zugegangene Erkundigung zum Nachtheile des Heeres, in dessen Bereich sie sich befindet, an den Feind gelangen lässt, — oder aber eine solche Erkundigung aus einem vom Feinde besetzten Orte behufs Gefährdung dieser Streitmacht an das Heer oder die Regierung des eigenen Heimatstaates mittheilt.⁴

§ 35.

Personen, welche sich dem feindlichen Heere freiwillig als Wegeführer anbieten und dem Feinde die Wege zeigen, werden als Kriegsverräther angesehen und bestraft.

Wird jemand durch den Feind gezwungen, als Wegeführer die Wege zu zeigen, so kann von einer Bestrafung nach Kriegsrecht nicht die Rede sein.

Wegeführer, welche die Truppen in verrätherischer Absicht irreleiten, können wegen dieser Irreleitung mit dem Tode bestraft werden.⁵

§ 36.

Bewaffnete Räuber oder andere Missethäter, welche auf eigene Faust morden, verwunden, rauben, plündern, brennen,

⁴ Sieh Am. Kriegsart. 89, 90 und 92. — Wenn ein Kriegsverräther glücklich zu dem Heere zurückkehrt, dem er angehört oder das seinem Vaterlande dient, und später wieder vom Feinde gefangen wird, so kann er — geradeso, wie der Spion — wegen seiner früheren kriegsgefährlichen Handlung nicht mehr bestraft, sondern nur einer sorgfältigeren Überwachung unterworfen werden. Sieh Am. Kriegsart. 104. — Couriere mit Depeschen oder Boten mit mündlichen Aufträgen werden, wenn sie heimlich und nicht als Soldaten erkennbar sich durchzuschleichen suchen, zwar nicht als Spione oder Kriegsverräther angesehen, aber doch einer den Umständen entsprechenden kriegsrechtlichen Bestrafung unterzogen. Sieh Am. Kriegsart. 99.

⁵ Sieh Am. Kriegsart. 93—97. — Die militärische Strenge gegen Wegeführer im Falle der Irreleitung rechtfertigt sich in Anbetracht der großen Gefahr, welcher die Truppen durch die Irreleitung ausgesetzt werden können. Die Bestrafung des Irreführers hat jedoch den erbrachten Beweis der bösen Absicht zur Voraussetzung. — Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 357.

Brücken oder Canäle zerstören, Eisenbahnschienen aufreißen oder Telegraphendrähte abschneiden, um den Truppen zu schaden, können im Falle ihrer Ergreifung mit dem Tode bestraft werden.⁶

Auch die Marodeurs, welche den Truppen nachschleichen, um die Todten zu bestehlen oder die Verwundeten zu berauben, unterliegen der kriegsrechtlichen Bestrafung bis zur Todesstrafe.⁷

Die Stellung vor ein Kriegsgericht und die Bestrafung mit dem Tode trifft schließlich auch die Kriegsrebelln, d. h. diejenigen Personen, welche in einem von den Truppen besetzten Gebiete die Waffen gegen die Truppen oder gegen die von der Kriegsgewalt designierten Autoritäten ergreifen.⁸

II. Die Rechte der Kriegsparteien in Ansehung der Sachen des Feindes im Landkriege.¹

§ 37.

Nach heutigem Kriege² ist die siegende Kriegspartei berechtigt, alle öffentliche Habe des Feindes sich anzueignen.

⁶ Sieh Am. Kriegsart. 84.

⁷ Bluntschli bemerkt (Völkerrecht, S. 359): „Den Truppen folgt im Kriege ein Schwarm frechen und diebischen Gesindels nach, welches sich auf die Schlachtfelder stürzt, wie die Raben, und unleidlichen Unfug treibt. Diese Marodeurs bestehlen die Leichen und morden auch wohl Verwundete, um sie zu berauben. Um sie zu verscheuchen und zu bändigen, hilft nur eine gute Feldpolizei (Gensdarmarie) und die äußerste Strenge einer raschen militärischen Justiz.“

⁸ Sieh Am. Kriegsart. 85. — Die kriegsrechtliche Bestrafung der Kriegsrebelln erfolgt, weil derartige Aufstände nicht zur ordentlichen Kriegführung gehören und besonders gefährlich sind. — Die Berufung der Aufständischen auf Befehle ihrer rechtmäßigen, jedoch zur Zeit außer Besitz gesetzten Regierung begründet keine Rechtfertigung der Kriegsrebelln gegenüber der herrschenden Kriegsgewalt.

¹ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 273—287; Bluntschli, Völkerrecht, S. 360—374, und Martens, Völkerrecht, II. S. 513—518. — Sieh insbesondere aus der neueren Literatur: Martens, Das Privateigenthum im Kriege. St. Petersburg 1869. — Tartarin, Traité de l'occupation suivant le droit naturel civil et international. Paris 1873. — Bluntschli, Das Beuterecht im Kriege und das Seebeuterecht insbesondere. Nördlingen 1878.

² Nach der Ansicht der römischen Juristen waren die Feinde rechtlos und deren Sachen res nullius. Unbewegliche Sachen wurden durch

Gegenstände der Kriegsbeute sind daher insbesondere die Kriegscassen, Waffen und Waffenvorräthe und überhaupt alles der Kriegführung unmittelbar dienstbare bewegliche Vermögen.³ Die siegende Kriegspartei hat außerdem die Befugnis, sich der öffentlichen Gebäude und Grundstücke in Feindesland zu den Zwecken der Kriegführung und zur Verwaltung der einstweiligen Staatsgewalt zu bemächtigen und die entsprechenden Einkünfte zu benützen,⁴ sowie sie auch ein Gebrauchsrecht an den Eisenbahnen und Telegraphen des occupierten Gebietes erlangt.⁵

Eroberung Eigenthum des Staates; ebenso bewegliche Sachen, die man im Dienste des Staates erbeutet hatte. Außerdem fiel die Beute demjenigen zu, der sie machte. Beute zu machen war aber nicht nur ein Recht des Soldaten, sondern auch des feindlichen Bürgers, — andererseits nicht nur gegen den feindlichen Soldaten, sondern auch gegen jeden Angehörigen des feindlichen Staates erlaubt. Vergl. Berners Art. „Kriegsrecht“ in Bluntschlis Staatswörterbuch, VI. S. 115.

³ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 50: „Der Occupierende kann wegnehmen: das dem Staate gehörige Bargeld, die dem Staate eigenthümlich angehörigen eintreibbaren oder umsetzbaren Werte (*les fonds et les valeurs exigibles ou négociables appartenant en propre à l'État*), die Waffendepôts, den Proviant und überhaupt das bewegliche Eigenthum des Staates, welches den Kriegsoperationen dienen kann.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 18.

⁴ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 52: „Der Occupierende kann bezüglich der Immobilien (wie Gebäude, Wälder und landwirtschaftliche Anlagen), welche dem feindlichen Staate angehören, nur als provisorischer Verwalter handeln. Er muss die Substanz dieser Besitzthümer schützen und auf ihre Erhaltung achten“. Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 18.

⁵ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 51: „Das Transportmaterial (Eisenbahnen, Schiffe u. s. w.), sowie die Landtelegraphen und die Landungs-Kabel können nur für den Gebrauch des Occupierenden sequestriert werden. Ihre Zerstörung ist untersagt, soweit sie nicht durch die Kriegsnothwendigkeit geboten wird. Sie werden im Frieden in dem Zustande restituirt, in welchem sie sich befinden.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 18. — Der Occupierende gewinnt auch das Gebrauchsrecht an denjenigen Eisenbahnen und Telegraphen, welche Eigenthum privater Personen oder Gesellschaften sind, weil die betreffenden Anstalten Mittel der Kriegführung darstellen. Den betreffenden Privaten bleibt es überlassen, bezüglich einer Entschädigung sich im Frieden mit dem Staate auseinanderzusetzen, in dessen Gebiete die Eisenbahnen und Telegraphen verbleiben. — Vergl. „Gesetze für den Landkrieg“, Art. 55 (Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 18).

Der Sieger kann die Steuern, welche in dem eingenommenen Gebiete erhoben werden, für sich verwenden; er muss jedoch aus den Steuern und den anderweitigen öffentlichen Einkünften die regelmäßigen und unvermeidlichen Verwaltungsausgaben bestreiten.⁶

Als befriedet gelten Archive, Bibliotheken, Kunstsammlungen, Kirchen und Wohlthätigkeitsanstalten. Da derartiges Eigenthum nicht zum öffentlichen Eigenthume im Sinne des Kriegsrechtes gehört, so muss namentlich jede muthwillige Schädigung desselben vermieden werden. Rechtswidrig ist insbesondere die Wegschleppung ganzer Sammlungen oder einzelner Gegenstände derselben.⁷

§ 38.

Im Gegensatze zu den nach dem vorigen Paragraphen der Erbeutung unzweifelhaft unterliegenden Objecten ist der Erbeutung unzweifelhaft nicht unterliegend das mit dem Kriegszwecke nicht zusammenhängende Privateigenthum feindlicher Unterthanen.⁸

Zwischen den Fällen der unzweifelhaft rechtmäßigen und denjenigen der unzweifelhaft unrechtmäßigen Kriegsbeute liegt in der Mitte „ein streitiges Gebiet, auf welchem die alte härtere Kriegspraxis und die moderne Idee des Völkerrechtes um Geltung

⁶ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 57: „Der Occupierende kann nur diejenigen Staatseinkünfte und Steuern in Anspruch nehmen, welche bereits zu Gunsten des Staates festgesetzt worden sind. Diese Einkünfte hat er für die Kosten der Landesverwaltung zu verwenden, wie die rechtmäßige Regierung sie zu verwenden verpflichtet gewesen wäre.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 19.

⁷ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 53: „Die Güter der Gemeinden und derjenigen Anstalten, welche dem Cultus, der Wohlthätigkeit, dem Unterrichte, den Künsten und Wissenschaften dienen, sind unantastbar. Jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von ähnlichen Anstalten, von historischen Denkmälern, von Archiven, von Werken der Kunst oder der Wissenschaft, ist ausdrücklich untersagt, wenn sie nicht unbedingt durch die Kriegsnothwendigkeit geboten wird.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 18—19.

⁸ Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 54: „Das individuelle oder collective Privateigenthum muss respectiert und kann nicht confisciert werden.“ Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 19.

ringen“. Zu den Fällen dieses streitigen Gebietes gehören namentlich: 1. die Aneignung des beweglichen Eigenthumes der kämpfenden Soldaten (Kostbarkeiten und Geld); 2. die Preisgabe des in erstürmten Plätzen befindlichen Mobiliar-Eigenthumes der Bürgerschaft an die Soldaten; 3. die Wegnahme von Naturalien, welche sowohl im Wege der Requisition gegen Empfangsbescheinigung, als auch von einzelnen Soldaten zu ihrem Unterhalte in Nothfällen geschehen kann. Die unter 1 bezeichnete Aneignung beweglichen Eigenthumes wird durch die neuere europäische Kriegspraxis missbilligt; die unter 2 bezeichnete Preisgabe ist eine barbarische, jedoch durch Engländer und Franzosen noch im chinesischen Kriege vom Jahre 1860 geübte Sitte; bei den unter 3 bezeichneten Gegenständen sind nicht sowohl die Grundsätze des Beuterechtes, als vielmehr diejenigen des Nothstandes und der Expropriation unter Vorbehalt der Entschädigung anzuwenden.⁹

Contributionen oder Auflagen bestimmter Geldsummen auf locale Verbände sind nicht mehr als Mittel des Loskaufes einer Ortschaft von der Plünderung oder Zerstörung, sondern nur mehr als Äquivalent von Steuern oder Naturalleistungen oder — ausnahmsweise — als Form berechtigter Bestrafung zulässig.¹⁰

⁹ Sieh Holtzendorffs Art. „Beute“ im Rechtslexikon. — Vergl. Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 284—285. — Die „Gesetze für den Landkrieg“ erklären im Art. 56: „Die Requisitionen, welche von den Gemeinden oder den Einwohnern beansprucht werden, müssen mit den wirklich allgemein anerkannten Kriegsbedürfnissen zusammenhängen und im Verhältnisse zu den Hilfsquellen des Landes stehen. Requisitionen können nur ausgeführt werden auf Verfügung des Befehlshabers der Truppen in der occupierten Ortschaft.“ Der Art. 60 derselben bestimmt, „dass für jede ausgeführte Requisition entweder Entschädigung geleistet oder eine formulierte Quittung ertheilt werde“. Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 19—20.

¹⁰ Bezüglich der Geldcontributionen sieh „Gesetze für den Landkrieg“, Art. 58—60. Im Art. 58 wird namentlich vorgeschrieben, „dass die Erhebung von Geldcontributionen ausschließlich auf Befehl der höchsten im occupierten Lande eingesetzten Militär- oder Civilobrigkeit geschehen dürfe, und dass der Feind hiebei die Ordnung zu befolgen habe, welche im occupierten Lande rücksichtlich der Repartition und Erhebung von Steuern besteht“; Art. 59 gebietet, „dass bei der Vertheilung der Kriegskontributionen besondere Rücksicht zu nehmen sei auf den von den Einwohnern bezeugten Wohlthätigkeitseifer gegen die Verwundeten“. Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 19—20.

§ 39.

Bezüglich des Überganges öffentlicher Habe in das Eigenthum des Feindes ist zwischen Immobilien und Mobilien zu unterscheiden.

Ob das Eigenthum an liegenden Gütern auf die siegende Kriegspartei übergehe, ist von dem Friedensschlusse und namentlich davon abhängig, ob der siegende Staat die dauernde Hoheit über denjenigen Gebietstheil erwerbe, in welchem die betreffenden Güter gelegen sind.

In Ansehung der Mobilien, welche als öffentliche Habe dem Beuterechte unterliegen, gilt der Grundsatz, dass dieselben sofort nach der Wegnahme zum Eigenthume des Siegers werden.¹¹ — Was die Person des Erwerbers anbelangt, so wird Eigenthümer der Kriegsbeute — von verzehrbaren Sachen abgesehen — nicht der einzelne apprehendierende Soldat, sondern dessen Kriegsherr, beziehungsweise der Staat. Die unterlassene Ablieferung rechtmäßiger Kriegsbeute fällt daher unter den Begriff der Unterschlagung. Der Kriegsherr kann jedoch im vorhinein über die Vertheilung der Kriegsbeute unter die Mannschaft und Truppentheile verfügen.¹² — Die Landbeute bedarf im Unterschiede von der Seebeute keiner gerichtlichen Anerkennung.¹³

¹¹ Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 286. — Berner bemerkt bezüglich der Frage, mit welchem Zeitpunkte die Beute als erobert gelte, in seinem Art. „Kriegsbeute“ in Bluntschlis Staatswörterbuch, II. S. 117—118: „Nach der einfachen Natur der Sache kommt es bei der Beute wesentlich auf die Thatsache an, ob man die Sache vollkommen in seiner Gewalt habe. Das römische Recht hält daher das Eigenthum erst dann für verloren, wenn der Beuterer die Sache in Sicherheit gebracht hat; dies wurde nach dem Zeugnisse des Grotius zur Praxis der europäischen Völker. Grotius selbst berichtet aber schon daneben, dass das europäische Völkerrecht erbeutete Gegenstände als erworben betrachte, sobald sie der Beuterer 24 Stunden in seiner Gewalt habe; und dieser Satz hat jedenfalls für den Landkrieg eine ziemlich weitverbreitete Anerkennung erlangt.“

¹² „Bello parta cedunt reipublicae!“ — Vergl. Holtzendorff, Rechtslexikon, S. 349—350. Sieh auch Heffter, Völkerrecht, S. 283—285. — Als Curiosum mag hier der frühere Kriegsgebrauch erwähnt werden, wonach die Glocken eines eroberten Platzes, wenn sie während der Belagerung in Benützung geblieben waren, dem Chef der Belagerungs-Artillerie verfielen. Vergl. Moser, Versuch des europäischen Völkerrechts, IX. 2. 109.

¹³ Wildmann bezeugt in Ansehung der englischen Praxis, dass kein einziger Fall gerichtlicher Verhandlung über Beute aus Landkriegen bekannt sei. Vgl. jedoch hiezu die Bemerkung Holtzendorffs im Rechtslexikon, S. 349.

III. Die Rechte der Kriegsparteien in Ansehung der Sachen des Feindes im Seekriege.¹

A. Das Recht der Appropriation im Seekriege oder das Recht der Seebeute im allgemeinen.²

§ 40.

Feindliche Kriegsschiffe können auf offener See und innerhalb der Eigengewässer der kriegführenden Staaten zu jeder Zeit genommen werden. Im Unterschiede vom Landkriege gilt jedoch für den Seekrieg der Grundsatz, dass auch Privateigenthum auf See der Wegnahme durch die feindliche Kriegsmacht unterworfen ist. Objecte dieses „Seebeuterechtes“ sind die Kauffarteschiffe der feindlichen Nation, beziehungsweise die an Bord von Kauffarteschiffen geladenen und in Feindeseigenthum befindlichen Güter und Waren.

Das Seebeuterecht kann ausgeübt werden: 1. durch Kriegsschiffe; 2. durch Kaper; 3. durch Landstreitkräfte mittelst Action vom Ufer aus.

Das Gebiet, innerhalb dessen die Ausübung des Seebeuterechtes zulässig ist, entspricht in seinem Umfange den Grenzen des Kriegsgebietes und dehnt sich demgemäß insbesondere nicht auf das Territorialmeer eines Neutralen aus.³

¹ Vergleiche im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 287—295; Bluntschli, Völkerrecht, S. 374—380, und Martens, Völkerrecht, II. S. 520 u. f. — Aus der neueren Literatur sind namentlich hervorzuheben: A. de Pistoye et C. de Duverdy, *Traité des prises maritimes*, dans lequel on a refondu en partie le traité de Valin (Paris 1855); Cauchy, *Le droit maritime international* (Paris 1862); Ercole Vidari, *Del rispetto della proprietà privata dei popoli belligerenti* (Milano 1865); H. Tecklenborg, *Die Freiheit des Meeres* (Bremen 1870). — Die Geschichte der Frage behandelt vorzüglich Aegidi, *Frei Schiff unter Feindesflagge*. Hamburg 1866. Vergl. auch Hautefeuille, *Histoire du droit maritime international*. Paris 1858.

² Sieh insbesondere Perels, *Seerecht*, S. 202—214. — Vergl. auch (neben den schon früher angeführten Monographien von Martens und Bluntschli) Klobukowski, *Die Seebeute oder das feindliche Privateigenthum zur See*. Bonn 1877.

³ Die 1792 von der Pariser Constituante angeregte Idee, nicht nur die Kaperei abzuschaffen, sondern überhaupt die Freiheit des Privateigen-

§ 41.

Das Seebeuterecht oder das Prisenrecht beginnt mit dem Ausbruche des Krieges und zwar sogar gegen solche Schiffe, welche von der Eröffnung des Kriegszustandes noch nicht unterrichtet sind. Die sofortige Ausübung des Seebeuterechtes nach erfolgter Kriegserklärung ist jedoch seit der Mitte des laufenden Jahrhunderts nicht mehr üblich. Man gewährt den feindlichen Kauffarteschiffen einen nach den jeweiligen Umständen bemessenen Aufschub.⁴

thumes auf See in demselben Umfange anzuerkennen, wie die principielle Unverletzlichkeit des Privateigenthumes auf dem Lande bereits ein feststehender völkerrechtlicher Satz war, ist auch heute noch nicht ihrer Verwirklichung theilhaftig geworden. Seit dem Pariser Friedenscongresse vom Jahre 1856 hat sich eine lebhafte Agitation für die Beseitigung des Seebeuterechtes Bahn gebrochen: wir erinnern z. B. an die Beschlüsse des Bremer Handelsstandes vom 2. December 1859, an die Erklärung der Handelskammer von Marseille vom 30. December 1859 und an die Kundgebung des internationalen maritimen Congresses zu Neapel vom Jahre 1871. Besonders bemerkenswert ist der in der Sitzung des Reichstages des Norddeutschen Bundes vom 18. April 1868 einstimmig gefasste Beschluss, „den Bundeskanzler aufzufordern, zu veranlassen, dass bei dem gegenwärtigen friedlichen Einvernehmen mit den auswärtigen Mächten Verhandlungen eingeleitet werden, welche zum Zwecke haben, durch Übereinkunft von Staat zu Staat die Freiheit des Privateigenthumes zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundsatz des Völkerrechtes zu erheben“. — Nur England widersetzte sich von jeher in egoistischer Beharrlichkeit der Beseitigung des Seebeuterechtes. Abgeordnete des britischen Handelsstandes empfahlen allerdings im Jahre 1860 die Bremer Resolution zur Annahme von Seiten Englands. Lord Palmerston erklärte jedoch, „seines Erachtens hänge die Existenz Englands davon ab, dass es die Herrschaft über die See besitze; und zu diesem Zwecke sei es nothwendig, die Gewalt, die Schiffe fremder Mächte abzufassen und die auf solchen Schiffen dienenden Matrosen gefangen zu nehmen, nicht aus den Händen zu geben“. — Das „Institut für Völkerrecht“ hat im Jahre 1877 die folgenden Resolutionen angenommen: 1. das Privateigenthum, neutrales oder feindliches, ist unverletzlich unter neutraler oder feindlicher Flagge; 2. indessen sind der Beschlagnahme unterworfen die für den Krieg unmittelbar dienlichen oder bestimmten Sachen und solche Handelsschiffe, welche an den Feindseligkeiten Antheil genommen haben oder für diese Theilnahme unmittelbar bestimmt sind oder die eine wirkliche Blockade verletzt haben. Sieh auch die scharfsinnigen Auseinandersetzungen von Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 293—295.

⁴ Von besonderer Bedeutung waren diesfalls die beim Ausbruche

Hinsichtlich des Zeitpunktes, mit welchem die Prise „als gemacht anzusehen“ ist, d. h. in das Eigenthum des Nehmestaates — beziehungsweise des Nehmers — übergeht, knüpft die moderne Praxis den Eigenthumserwerb an die doppelte Voraussetzung einerseits: 1. der geschehenen Verbringung des genommenen Schiffes oder Gutes in Sicherheit; andererseits: 2. der erfolgten Adjudication desselben, d. h. der erfolgten Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Nehmung durch Urtheil des competenten Prisengerichtes.⁵

Im Zusammenhange mit der Frage nach dem Zeitpunkte des Eigenthumserwerbes, beziehungsweise des Eigenthumsüberganges, steht das Recht der Reprise oder das unmittelbare Wiederaufleben des ursprünglichen Rechtsverhältnisses nach Wiedewegnahme eines genommenen Schiffes oder genommener Güter.⁶

§ 42.

Was die Voraussetzung des Rechtes der Reprise anbelangt, so befolgt ohne Zweifel den richtigen Grundsatz die neueste Praxis der Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche das Recht der Reprise in Unabhängigkeit von jeder Dauer des Besitzstandes bis zur erfolgten rechtskräftigen Condemnierung in Wirksamkeit treten lässt. Diese Praxis bedeutet aber noch nicht einen allgemein anerkannten Satz des positiven Völkerrechtes. Gemeinhin erachtet man das Recht der Reprise als ausgeschlossen mit einem vierundzwanzigstündigen oder anderweitig der Zeit nach limitierten Besitzstande auf Seiten des Nehmers.

Durch die Wiedewegnahme eines genommenen Schiffes des Krimkrieges ergangenen französischen und englischen Erlässe. Vergl. z. B. die französische Declaration vom 27. März 1854. — Ein Erlass des französischen Marineministers vom 25. Juli 1870 bestimmte, dass deutsche Kauffarteschiffe, welche vor der Kriegserklärung Fracht für Frankreich oder für französische Rechnung geladen hatten, keine Prisen seien, sondern dass sie ihre Ladung löschen dürfen und mit Geleitschein nach der Heimat entlassen werden sollen. — Ebenso setzte die deutsche Verordnung vom 19. Jänner 1871, betreffend die Aufbringung und Wegnahme französischer Handelsschiffe, einen Aufschub bis zum 10. Februar fest.

⁵ Sieh Perels, Seerecht, S. 209—210.

⁶ Heffter behandelt die Frage der Reprise oder das „Recht der Wiedernahme bei Schiffen“ im Zusammenhange mit der Lehre vom Postliminium. Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 403—406.

oder Gutes nach der für das Recht der Reprise festgesetzten Frist wird eine neue Prise begründet.

Die neue Prise kommt dem Nehmer zugute und bedarf einer Adjudication; die Reprise wird dem bisherigen Eigenthümer zurückerworben und ist einer Adjudication nicht bedürftig.⁷

B. Die Einschränkungen des seekriegsrechtlichen Appropriationsrechtes oder des Rechtes der Seebeute.¹

§ 43.

Das Recht der Seebeute kann zunächst durch besondere Staatsverträge ausgeschlossen werden. Ein diesfalliges Beispiel aus neuester Zeit bietet der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Italien vom 26. Februar 1871, welcher im Art. 12 den Grundsatz der Freiheit des feindlichen Privateigenthumes für den Fall eines Seekrieges sanctioniert.²

Es kann sodann die Ausübung des Seebeuterechtes einseitig untersagt werden, und zwar unter der Voraussetzung der Reciprocität oder ohne diese Voraussetzung.

Die einseitige Untersagung der Ausübung des Seebeuterechtes unter der Voraussetzung der Reciprocität erfolgte im preußisch-italienisch-österreichischen Kriege vom Jahre 1866;³

⁷ Ehedem bestand die Voraussetzung des Rechtes der Reprise darin, dass das genommene feindliche Schiff oder Gut noch nicht derartig in Sicherheit gebracht war, um nicht unmittelbar, d. h. bei Gelegenheit derselben Action oder im Anschlusse an dieselbe, wiedergenommen werden zu können. Vergl. Perels, Seerecht, S. 210 u. f.

¹ Sieh insbesondere Perels, Seerecht, S. 212 u. f.

² Art. 12 des Vertrages bestimmt: „Les hautes parties contractantes stipulent que, en cas de guerre entre elles, la propriété privée de leurs citoyens ou sujets respectifs, à l'exception de la contrebande de guerre, ne pourra être prise ni saisie, en pleine mer ou ailleurs, par les bâtimens armés ou les forces militaires de l'autre partie, étant bien entendu que cette exemption ne s'étend pas aux bâtimens et à leur cargaison qui tenteraient d'entrer dans un port bloqué par les forces navales de l'autre partie.“

³ Für Österreich erging unter dem 13. Mai 1866 eine kaiserliche Verordnung, dahin lautend: „Mit Bezug auf die Declaration der am Friedenscongresse in Paris vertretenen Mächte vom 16. April 1856, womit über die Abschaffung der Kaperei und über die Rechte der Neutralen inter-

einen Fall der einseitigen Untersagung der Ausübung des Seebeuterechtes ohne Voraussetzung der Reciprocität repräsentiert die Verordnung des Präsidiums des Norddeutschen Bundes vom 18. Juli 1870, wonach „französische Handelsschiffe der Aufbringung und Wegnahme durch die Fahrzeuge der Bundes-Kriegsmarine nicht unterliegen sollen“.⁴

§ 44.

Die Bewilligung besonderer Lizenzen ist von dem Ermessen der Kriegsparteien abhängig.⁵

nationale Grundsätze vereinbart wurden, welche zum Zwecke haben, die durch die Unsicherheit des öffentlichen Rechtes gesteigerten nachtheiligen Einwirkungen eines Krieges auf den Handel zur See nach Thunlichkeit zu mildern, und in der Absicht, zur weiteren Verwirklichung dieses Zweckes, soweit dies von Österreich abhängig ist, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, beizutragen, finde Ich, nach Anhörung meines Ministerrathes, zu verordnen: Art. 1. Handelsschiffe und ihre Ladungen können aus dem Grunde, dass dieselben einem Lande angehören, mit welchem Österreich im Kriege ist, von österreichischen Kriegsfahrzeugen zur See nicht aufgebracht, noch von österreichischen Prisengerichten als gute Prise erklärt werden, wenn die feindliche Macht den österreichischen Handelsschiffen gegenüber die Gegenseitigkeit beobachtet. Die Beobachtung der Gegenseitigkeit wird bis zum Nachweise des Gegentheils angenommen, wenn eine gleich günstige Behandlung der österreichischen Handelsschiffe von Seite der feindlichen Macht durch die bekannten Grundsätze ihrer Gesetzgebung oder durch die vor dem Beginne der Feindseligkeiten von ihr verkündeten Erklärungen verbürgt ist. Art. 2. Auf Handelsschiffe, welche Kriegscontrebände führen oder rechtsverbindliche Blockaden brechen, findet die Bestimmung des Art. 1 keine Anwendung.“ — Im Anschlusse an diese Verordnung erfolgte ein gleichinhaltlicher Erlass der Krone Preußen vom 19. Mai 1866. — Für Italien hatten bereits die Art. 211 und 212 des Seegesetzbuches vom 21. Juli 1865 die Vorschrift eingeführt, dass, unter dem Voraussetzen der reciproken Behandlung, die Wegnahme feindlicher Handelsschiffe durch italienische Kriegsschiffe abgeschafft sein soll, ausgenommen wegen Kriegscontrebände und Blockadebruches. Auf Grund dieser Vorschrift erfolgte beim Ausbruche des Krieges die Instruction vom 20. Juni 1866.

⁴ Die Verordnung vom 18. Juli 1870 ist allerdings durch die Verordnung vom 19. Jänner 1871 außer Wirksamkeit gesetzt worden, — jedoch nur zu dem Zwecke, um Repressalien zu nehmen wegen Verletzungen des Völkerrechtes, welche von dem französischen Kriegsdampfer „Desaix“ gegen deutsche Schiffe begangen worden waren. Sieh die Circulardepesche des Kanzlers des Norddeutschen Bundes vom 9. Jänner 1871.

⁵ Vergl. Art. 3 der französischen Instruction vom 31. März 1854.

Allgemein üblich war von jeher die Exemption der auf wissenschaftlichen Reisen begriffenen Fahrzeuge, sofern und soweit diese sich nur mit ihrer friedlichen culturellen Aufgabe befassen.⁶

Einer besonderen Exemption von dem Seebeuterechte erfreut sich auch heute noch nach positivem europäischem Völkerrechte das Seefischereigewerbe. Die Exemption erstreckt sich: 1. auf die Fischereifahrzeuge und die Fischereigeräthschaften jeder Art, 2. auf den Fang, 3. auf die mit dem Seefischereibetriebe beschäftigten feindlichen Unterthanen. Eine Controverse besteht darüber, ob sich die Exemption des Seefischereigewerbes auch auf die Großseefischerei („navires, qui se livrent à la grande pêche“) erstrecke.⁷

§ 45.

Zwar rechtlich gestattet, jedoch inhuman ist die Wegnahme und Aufbringung der in Seenoth befindlichen oder an der feindlichen Küste gescheiterten oder aus Noth in feindliche Häfen eingelaufenen Kauffarteischiffe.⁸

Eine weitere Einschränkung des Seebeuterechtes ergibt sich aus dem Grundsatz: „Frei Schiff — frei Gut“.⁹

Schließlich sei noch erwähnt die Exemption von Fahrzeugen in Gemäßheit der auf die Marine bezüglichen Additional-Artikel (6—14) zur Genfer Convention vom 20. October 1868.¹⁰

⁶ Auch das russische Reglement vom Jahre 1869 verfügt im § 16, dass die für wissenschaftliche Expeditionen bestimmten feindlichen Schiffe, falls sie die Gesetze der Neutralität beobachten, wie neutrale Schiffe angesehen und behandelt werden sollen.

⁷ Die Exemption hat zur selbstverständlichen Voraussetzung die Nichtbetheiligung der Fischer an den Feindseligkeiten und hört demgemäß auf, sobald der Verdacht einer entsprechenden Betheiligung begründet erscheint.

⁸ Die seerechtliche Praxis pflegt in neuerer Zeit nicht mehr an dem starren Rechtsstandpunkte festzuhalten.

⁹ Hierüber ist in den Auseinandersetzungen über die Stellung der Neutralen das Nähere zu erörtern.

¹⁰ Die Additional-Artikel zur Genfer Convention sind allerdings, wie schon früher erwähnt, nicht ratificiert worden; gleichwohl haben z. B. beim Ausbruche des deutsch-französischen Krieges im Jahre 1870 beide Theile sich bereit erklärt, die betreffenden Artikel für die Dauer des Krieges in Anwendung zu bringen.

C. Prisengerichtsbarkeit.¹

§ 46.

Der Nehmer eines Schiffes ist verpflichtet, sich bei einem competenten Prisengerichte über die Rechtmäßigkeit der gemachten Prise auszuweisen: während die Landbeute, soweit sie überhaupt eine rechtmäßige ist, durch Besitzergreifung erworben wird, erfolgt die Übertragung des Eigenthumes an der Prise erst durch Urtheil des Gerichtes.²

Der Befehlshaber des Nehmers hat daher für die Erhaltung von Schiff und Ladung thunlichst Sorge zu tragen und jede willkürliche Verfügung darüber zu unterlassen; er soll insbesondere (eventuell durch einen Officier mit der zureichenden Mannschaft) die Prise nach einem heimatlichen Hafen oder nach demjenigen einer verbündeten Macht dirigieren.³

Die Vernichtung der Prise ist nur im Nothfalle und sohin insbesondere dann gestattet, wenn die Überführung der Prise nach einem sicheren Platze nicht ohne erhebliche Gefahr sich ermöglichen oder durch die Erhaltung der Prise die eigene Sicherheit des Nehmers gefährdet würde.⁴

¹ Vergleiche im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 289 u. f., und Bluntschli, Völkerrecht, S. 379—380 und S. 448—465, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 535—539. — Sieh insbesondere Perels, Seerecht, S. 310—327. — Wir berücksichtigen vorerst nur die Prisengerichtsbarkeit, soweit es sich um genommene feindliche Schiffe handelt; die Prisengerichtsbarkeit gegen Neutrale werden wir im folgenden Theile erörtern.

² Die im Texte constatierte Verpflichtung gilt nicht nur für Kaper, sondern auch für Staatskriegsschiffe.

³ Die Prisen fahren in der Regel unter der Kriegsflagge des Nehmerstaates. Das österreichische Reglement bestimmt: „Auf einem aufgebrachtten Schiffe feindlicher Flagge ist sofort die k. k. Flagge und unter dieser die feindliche an der Gaffel zu hissen. Ein aufgebrachttes Schiff neutraler Flagge hingegen behält die eigene Flagge insolange, bis es auf gesetzlichem Wege zur guten Prise erklärt wurde: als Zeichen jedoch, dass sich dasselbe in den Händen der k. k. Kriegsmarine befindet, kann am Vortop die k. k. Flagge gehisst werden.“

⁴ Ohne eine der im Texte erwähnten Voraussetzungen hat der französische Avisodampfer „Desaix“ am 14. October 1870 das deutsche Kaufarteschiff „Charlotte“ und am 21. October desselben Jahres die deutschen Kauffarteschiffe „Vorwärts“ und „Ludwig“ auf offener See in Brand ge-

§ 47.

Als zuständig gelten die Prisengerichte des Staates, zu dessen Seemacht der Nehmer gehört. Die Gerichtsbarkeit selbst wird nicht und nirgends einem gewöhnlichen bürgerlichen Gerichtshofe überwiesen. Das Tribunal wird vielmehr ad hoc aus Männern gebildet, welche vermöge ihrer speciellen Kenntnisse und persönlichen Eigenschaften ein sachkundiges und unparteiisches Urtheil verbürgen.⁵

Für die in der Wissenschaft in neuerer Zeit mehrfach empfohlene Einsetzung internationaler Prisengerichte bestehen nur vereinzelte Vorgänge der Praxis.⁶

Da die Einsetzung von Prisengerichten eine Handlung des Kriegsrechtes ist, so sind die neutralen Staaten nicht befugt, Prisengerichte einzusetzen oder zu gestatten, dass ein kriegführender Staat durch Consuln oder Gesandte auf ihrem neutralen Gebiete Prisengerichtsbarkeit ausübe.⁷

steckt. Die Kaper der Conföderierten zerstörten 1861—1865 fast alle genommenen Schiffe der Nordstaaten, weil ihre eigenen Häfen blockiert waren. Eine prisengerichtliche Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Aufbringung ist übrigens auch nach Vernichtung der Prise erforderlich, weil infolge freisprechenden Urtheiles der Nehmestaats zur Schadloshaltung verpflichtet wird. Vergl. Perels, Seerecht, S. 312.

⁵ Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 290. — Die Prisengerichte werden entweder aus Personen richterlichen Standes (England, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Niederlande) zusammengesetzt oder als gerichtlich-administrative Instanzen (Frankreich, Deutschland, Russland, Österreich, Dänemark, Spanien) organisiert. — In der Regel constituiert man Prisengerichte erster und zweiter Instanz, wobei die zweite Instanz als Berufungs- oder als Cassationsinstanz fungiert.

⁶ Vergl. namentlich die Ausführungen von Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 370—372. — Nach einem Vorschlage Westlakes soll die Einrichtung der Gerichte erster Instanz den Kriegführenden vorbehalten bleiben, während bei den Gerichten zweiter Instanz neben den Vertretern der kriegführenden Staaten auch noch solche Mitglieder fungieren sollen, welche durch die neutralen Mächte ernannt werden. — Bulmerincq empfiehlt ständige Prisengerichte, welche aus Mitgliedern bestehen, die von den Kriegführenden und den neutralen Mächten zu ernennen wären. Sieh *Annuaire de l'Institut de droit international*, 1878 (pag. 114 et suiv.), *Projet de règlement international des prises maritimes*, § 92 et suiv. (*Annuaire* 1882—1883, pag. 122, 171).

⁷ Über eine Ausnahme von der Competenz des kriegführenden Staates,

§ 48.

Dem Führer eines feindlichen Schiffes gegenüber ist das Verfahren der Prisengerichte ein äußerst summarisches, welches jede Vertheidigung ausschließt und nur die Rechtfertigung des Fanges von Seiten des Nehmers bezweckt. Ein „Reclameverfahren“ oder ein Streitverfahren über die Giltigkeit der Prise wird dasselbe nur dann, wenn der Weggenommene die feindliche Nationalität seines Schiffes bestreitet oder sich auf ein besonderes Schutzprivilegium beruft und als Kläger die Herausgabe des Schiffes begehrt. Im Falle der Bestreitung der feindlichen Nationalität des Schiffes entscheidet in der Regel die legitime Flaggenführung.⁸

Die Prisengerichte haben diejenigen prisengerichtlichen Grundsätze in Anwendung zu bringen, welche von der Staatsgewalt festgesetzt sind, unter deren Autorität sie fungieren.⁹

Auch die Vertheilung des erbeuteten Gutes ist von den Gesetzen und Reglements des Nehmestaates abhängig.¹⁰

für welchen der Fang gemacht ist, wird in der Lehre von der Stellung der Neutralen, beziehungsweise von der Prisengerichtsbarkeit gegen Neutrale, die Rede sein.

⁸ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 289—290.

⁹ In Ermangelung prisengerichtlicher Landesvorschriften dienen den Prisengerichten die „sonstigen völkerrechtlichen Grundsätze“ zur Richtschnur. Vergl. die preußischen „Bestimmungen über das Verfahren in Prisensachen“, § 29.

¹⁰ Vergl. Perels, Seerecht, S. 327.

Drittes Capitel.

Verkehr und Verhandlungen unter den Kriegsparteien.¹

§ 49.

Wird von den Verträgen abgesehen, welche in der Regel schon zur Friedenszeit eigens für den Kriegsfall abgeschlossen werden,² so gibt es außerdem Conventionen, welche im Kriege selbst noch vorkommen und dazu dienen, den nothwendigen Verkehr und die wünschenswerten Verhandlungen unter den Kriegsparteien während des Krieges zu regeln.³

Die hienach fraglichen Conventionen zerfallen in zwei Kategorien, nämlich in allgemeine Kriegsconventionen und in specielle Kriegsconventionen. Die allgemeinen Kriegsconventionen enthalten die rechtliche Normierung eines dauernden Verhältnisses. Die speciellen Kriegsconventionen regeln nur bestimmte vorübergehende Leistungen.

Hauptarten der allgemeinen Kriegsconventionen sind theils: 1. die Kartells bezüglich des Postverkehrs, der Parlamentäre, der Couriere und Pässe, der Kriegsgefangenen u. s. w.; theils: 2. die Neutralitätsverträge, durch welche gewisse Bestandtheile und Personen eines Territoriums aus dem Kriegszustande ausgeschieden und mit den Wirkungen der Neutralität ausgestattet werden. Hauptarten der speciellen Kriegsconventionen sind:

¹ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 297—302, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 380 u. f., sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 539—542.

² Beispiele von Verträgen, welche in der Regel schon zur Friedenszeit eigens für den Kriegsfall geschlossen werden, sind z. B. die Verträge über die Beschränkung der Contrebande, über die Gestattung des freien Handels während des Krieges, über die Neutralisierung eines Gebietstheiles, über den Schutz gewisser Anstalten gegen die Kriegsgefahren, über die Prisengerichtsbarkeit.

³ „Conventions militaires faites par les belligérants entre eux pendant la durée de la guerre“. Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, Seite 8.

Schutzbriefertheilungen, Contributions- und Requisitionsverträge, Loslassungs- oder Ranzionierungsverträge, Auswechselungsverträge in Ansehung der Gefangenen, Capitulationen und Waffenstillstandsverträge. Nur die Hauptarten der speciellen Kriegskonventionen beanspruchen (in den §§ 50 und 51) noch eine nähere Erörterung.⁴

§ 50.

Zu den Schutzbriefen gehören namentlich militärische Sicherheitspässe für Personen und Geleitscheine für Waren. Derartige von dem Befehlshaber der Truppen ausgestellte Pässe und Geleitscheine sichern das Recht der betreffenden Personen zu ungefährdeter Passierung der militärischen Linien und das Recht der Frachtführer zu unbehinderter Durchfuhr der betreffenden Waren. Während der Sicherheitspass unübertragbar und lediglich für die darin genannte Person giltig ist, sind Geleitscheine für den Warentransport übertragbar, falls nicht die Person des Frachtführers zu Bedenken veranlasst.⁵

Contributions- und Requisitionsverträge werden abgeschlossen mit den Unterthanen des feindlichen Staates, welche sich hiedurch zur Zahlung bestimmter Geldsummen oder zur Übernahme gewisser Lieferungen verpflichten.⁶

Loslassungs- oder Ranzionierungsverträge (*contrats de rachat, billets de rançon*) haben die Freilassung einer Prise gegen ein bestimmtes Lösegeld zum Inhalte. Ein Ranzionierungsvertrag begründet theils: 1. die Verpflichtung zur Zahlung des Lösegeldes durch den Eigenthümer der Prise, theils: 2. den Anspruch des losgelassenen Schiffes auf Schutz gegen fernere Nehmung bis zum Ende der im Vertrage bezeichneten Reise. Der Abschluss von Ranzionierungsverträgen ist, soweit diesfalls kein ausdrückliches Verbot besteht, den Kreuzern und Kapern gestattet.⁷

⁴ Vergl. namentlich Heffter, Völkerrecht, S. 298—302.

⁵ Hieher gehören auch die sogenannten Lizenzen (Erlaubnisscheine) für Schiffe und Schiffsgüter.

⁶ Der Unterschied zwischen Contributionen und Requisitionen ist schon im § 38 präzisiert worden.

⁷ Über diese gegen das Ende des XVII. Jahrhunderts in Gebrauch gekommenen Verträge vergl. Perels, Seerecht, S. 312—314.

§ 51.

Zur Gewährung einer Auswechsellung von Gefangenen ist ein Staat nur im Grunde eines vorausgegangenen Vertrages verpflichtet. Derartige Auswechsellungsverträge kamen erst in in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts in lebendigeren Gebrauch. Die Auswechsellung erfolgt in der Regel Mann für Mann, Rang für Rang, Verwundete für Verwundete; für Gefangene eines höheren Ranges werden, falls gegnerische Gefangene des gleichen Ranges fehlen, Gefangene eines niedrigeren Ranges in jeweilig zu verabredender Anzahl ausgewechselt.⁸

Capitulation ist die Ergebung eines Truppenkörpers oder Waffenplatzes oder Kriegsschiffes. Dieselbe erfolgt entweder als eine bedingte oder als eine unbedingte; die bedingungslose Capitulation wird als „Übergabe auf Gnade und Ungnade“ bezeichnet. Die Absicht der Capitulation pflegt man dem Gegner anzuzeigen durch das Aufstecken einer weißen Fahne oder durch das Aufhissen einer weißen Flagge; die Vertragsform besteht meistens in der schriftlichen Proposition der Bedingungen von Seiten des Capitulierenwollenden und in der schriftlichen Erklärung des anderen Theiles auf jene Proposition.⁹

Der Waffenstillstand ist entweder ein allgemeiner (*trêve*) oder ein besonderer (beschränkter, localer, = *armistice*), je nachdem derselbe alle Kriegsoperationen auf dem ganzen Kriegsschauplatze oder aber nur die Feindseligkeiten zwischen bestimmten Truppentheilen eines bestimmten Gebietes suspendiert.¹⁰ Der Waffenstillstand hemmt die kriegerische Action,

⁸ Vergl. die Auseinandersetzungen über die Kriegsgefangenschaft im § 33.

⁹ In Ansehung der Bedingungen, unter welchen Festungen oder Kriegsschiffe capitulieren dürfen, sind die heimischen Militärgesetze maßgebend. Als völkerrechtliche Regel gilt, dass die den Besiegten auferlegten Capitulationsbedingungen die militärische Ehre nicht beeinträchtigen dürfen. Der Commandant einer capitulierenden Festung oder der Befehlshaber der sich ergebenden Truppen ist nicht berechtigt, sich für seine Staatsgewalt zu verpflichten oder irgendwelche politische Verbindlichkeiten zu übernehmen. Vergl. die Brüsseler Declaration, Art. 46—52.

¹⁰ Der allgemeine Waffenstillstand ist in der Regel der Verbote des Friedensschlusses, weshalb denn auch der betreffende Vertrag gewöhnlich neben dem auf die Einstellung der militärischen Operationen bezüglichen

d. h. es muss inzwischen jeder Angriff unterlassen und jeder Vorwärtsmarsch auf feindlichem Gebiete eingestellt werden.¹¹ Die Aufnahme und Fortsetzung der Feindseligkeiten kann sofort erfolgen, sobald die für den Waffenstillstand vereinbarte Frist ohne Waffenstillstands-Erneuerung oder Friedensschluss abgelaufen ist.¹²

Punkte auch noch die Bedingungen eines Präliminarfriedens enthält (wie z. B. der Versailler Vorfrieden von 1871 und der Präliminarfrieden von San Stefano aus dem Jahre 1878). Ein besonderer Waffenstillstand (locale Waffenruhe) wird meistens vereinbart behufs Bergung der Verwundeten und Bestattung der Gefallenen nach einer Schlacht. Einen allgemeinen Waffenstillstand kann nur der Oberbefehlshaber eingehen, während ein besonderer Waffenstillstand auch vom Commandierenden des betreffenden Truppencorps eingegangen werden kann.

¹¹ Zur Befestigung und Sicherung seiner bisherigen kriegerischen Stellung kann während des Waffenstillstandes jeder Theil beliebige Maßregeln ergreifen, ausgenommen solche auf die Kriegführung bezügliche Maßregeln, welche der Feind, wenn der Kampf fort dauerte, zu verhindern veranlasst wäre. Besondere Schwierigkeiten verursacht nicht selten die Frage der Verproviantierung von Festungen. Preußen genehmigte in Nikolsburg die Verproviantierung der böhmischen Festungen, während im October 1870 die Verproviantierung von Paris verweigert wurde, weil Graf Bismarck nach dem Aufstande vom 30. October die Regierung als noch nicht ausreichend stark erachtete, die Ausführung des Friedens zu sichern.

¹² Wurde der Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit eingegangen, so muss selbstverständlich die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten durch vorherige Aufkündigung desselben angezeigt werden.

Dritter Abschnitt.

Die Beendigung des Krieges.

Erstes Capitel.

Die Beendigung des Krieges im allgemeinen.¹

§ 52.

Der Krieg kann im allgemeinen auf dreifache Weise beendet werden, und zwar: 1. durch allseitige Einstellung der Feindseligkeiten und Wiederbeginn des friedlichen Verkehrs; 2. durch vollständige und unbedingte Unterwerfung des Besiegten unter den Sieger; 3. durch Abschluss eines förmlichen Friedens unter den bisherigen Gegnern.

Die Beendigung des Krieges durch Friedensschluss bildet die Regel.²

Wohl zu unterscheiden von den unter 1—3 verzeichneten Beendigungsarten des Krieges sind die Usurpation und das Postliminium, obwohl die Usurpation eine Beseitigung des Widerstandes der feindlichen Staatsgewalt voraussetzt und das Postliminium eine Wiederkehr von Rechtsverhältnissen bedeutet, welche durch den Krieg thatsächlich gestört worden sind.³

§ 53.

Beispiele einer Kriegsbeendigung ohne Friedensvertrag und sohin eines rein thatsächlichen Überganges in den Friedenszustand hat auch unser Jahrhundert noch aufzuweisen.⁴

¹ Vergl. im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 378 u. f., und Bluntschli, Völkerrecht, S. 393 u. f., sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 543 u. f.

² Hievon wird im zweiten Capitel gesondert die Rede sein.

³ Hievon wird im dritten Capitel gesondert die Rede sein.

⁴ Im vorigen Jahrhunderte endigten der Krieg zwischen Polen und

Als Grundlage des Friedenszustandes ist hiebei der Status anzusehen, bei welchem sich beide Theile seit Einstellung der Feindseligkeiten beruhigt haben.

Im übrigen behält sich jede Partei ihre ursprüngliche Rechtsbehauptung vor, soweit der Streit nicht durch die That-sachen des Krieges seine factische Erledigung gefunden hat.⁵

§ 54.

Die Kriegsbeendigung durch vollständige und unbedingte Unterwerfung des Besiegten unter den Sieger ist auch heute noch unvermeidlich, sobald es sich als unmöglich herausstellt, mit dem Besiegten einen dem Staatsinteresse entsprechenden Frieden abzuschließen.⁶

Solchen Falles geht auf den Sieger lediglich nur die Staatsgewalt über. Der Sieger erhält kein Recht auf die Person und das Eigenthum der Unterthanen des besiegten Staates. Die debellatio des heutigen Völkerrechtes oder die Vernichtung der politischen Existenz des Gegners ist nicht die deditio im römischen Sinne.⁷

Schweden 1716 mit einer gänzlichen Intermission der Feindseligkeiten und auch der spanisch-französische Krieg 1720 ohne Friedensschluss. In unserem Jahrhunderte brach Kaiser Paul von Russland bei seiner Thronbesteigung den von Katharina begonnenen Krieg mit Persien ab. Ähnlich endete der Krieg zwischen Frankreich und Mexiko (vergl. *Revue de droit international*, 1872, p. 465).

⁵ Bluntschli erklärt (Völkerrecht, S. 393): „Soweit eine thatsächliche Umgestaltung der Dinge unangefochten fort dauert, soweit gilt der ‚status quo post bellum res sunt‘; abgesehen davon aber ist der ‚status quo ante bellum res fuerunt‘ als maßgebend zu betrachten.“

⁶ Fall Hannovers, Kurhessens und Nassaus im Jahre 1866!

⁷ Sieh die altrömische Deditioformel bei Livius (I, 38): „Rex interrogavit: Estisne vos legati oratoresque missi a populo Collatino, ut vos populumque Collatinum dederetis? Sumus. Estne populus Collatinus in sua potestate? Est. Deditisne vos populumque Collatinum, urbem, agros, aquam, terminos, delubra, utensilia, divina humanaque omnia in meam populi Romani deditioem? Dedimus. At ego recipio.“ — Im Gegensatze zwischen antiker deditio und moderner debellatio spiegelt sich so recht eigentlich der Gegensatz zwischen antiker und moderner Auffassung des Staates. Der antike Staatsbegriff ist, wie Bluntschli sich ausdrückt, „allumfassend und absolut“; der moderne Staatsbegriff bedeutet nicht un-

In der Regel wird der besiegte Staat mit dem siegenden Staate vereinigt.⁸

beschränkte Gewalt über Personen und Eigenthum, sondern nur „öffentlich-rechtliche und insofern verfassungsmäßige“ Gewalt. — Treffend bemerkt Geffcken, dass unter civilisierten Staaten die Eroberung im Sinne der Vernichtung der politischen Existenz der wenigst wünschenswerte Besitztitel sei, da er auf bloßer Gewalt beruhe; nichtsdestoweniger anerkennt jedoch auch Geffcken, dass es heute noch Fälle gibt und stets geben wird, wo eine *debellatio* als die einzig mögliche Lösung eines obschwebenden Conflictes erscheint.

⁸ Nicht selten hat jedoch der siegende Souverän (z. B. Napoleon I.) über eroberte Länder auch zu fremden Gunsten, und zwar insbesondere zu Gunsten seiner Familienmitglieder disponiert.

Zweites Capitel.

Die Kriegsbeendigung durch Friedensschluss.¹

§ 55.

Der Friedensschluss ist diejenige völkerrechtliche Rechtshandlung, durch welche der Kriegszustand beendet und der Friedenszustand erneuert wird. Der Friedensvertrag, neben den Bündnissen die älteste Art der internationalen Verträge, enthält demgemäß die Bedingungen der Kriegsbeendigung und der Friedenserneuerung. Nach seinem Inhalte kann derselbe entweder als reiner und einfacher Friedensschluss (*paix pure et simple*) auf die bloße Erneuerung des Friedenszustandes gerichtet oder als bedingter Friedensschluss in Verbindung mit Stipulationen anderer Art eingegangen sein.²

Da der Friedensschluss den bisherigen Kriegszustand definitiv beseitigt, so ergibt sich hieraus von selbst und auch ohne besondere ausdrückliche Clausel die Nothwendigkeit einer gegenseitigen Amnestie oder der Niederschlagung aller Klagen und Ansprüche wegen Unbill oder Schädigung, welche die An-

¹ Vergl. im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 380—390, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 393—405, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 543—545. — Den Gegenstand der textlichen Erörterung bildet selbstverständlich nicht der Präliminarfrieden, sondern der definitive Frieden. — Die Präliminarfrieden haben gegenwärtig, wie Martens sich ausdrückt, „die Bedeutung von Probeversuchen, um zu erfahren, inwieweit die stipulierten Bedingungen etwa Widerspruch oder Zustimmung von Seiten dritter neutraler Mächte finden dürften.“ So begegnete z. B. der vorläufige Friedenstractat von San Stefano einem englisch-österreichischen Proteste und wurde durch den Berliner Congress von 1878 modificiert. Für die Contrahenten ist allerdings jeder Präliminarfrieden verbindlich.

² Derartige Stipulationen pflegen sich namentlich auf Veränderungen des Besitzstandes zu beziehen.

gehörigen der einen Kriegspartei durch Angehörige der anderen Kriegspartei während des Krieges erlitten haben.³

Vorbehalte ermöglichen sich selbstverständlich bei jeder Amnestie für jede Partei.⁴

§ 56.

Die Giltigkeit des Friedensschlusses wird durch die Übermacht des Siegers nicht tangiert, wohl aber behindert durch einen äußeren Zwang, welcher gegen den bevollmächtigten Vertreter der über den Frieden unterhandelnden Kriegspartei ausgeübt wird.⁵

Durch den Friedensschluss wird mit dem Kriege auch der bisherige Rechtsstreit unter den kriegführenden Staaten beendet: nach dem Friedensschlusse hat daher auch die Ausübung aller weiteren Feindseligkeiten aufzuhören. Die Basis der erneuerten Friedensordnung bildet der öffentliche Besitzstand zur Zeit des Friedensschlusses, soweit nicht in dem Friedensschlusse abweichende Bestimmungen enthalten sind. Vertragsverhältnisse unter den Staaten, deren Wirksamkeit während des Krieges suspendiert war, treten von rechtswegen wieder in Wirksamkeit, soweit dieselben nicht entweder durch den Friedensschluss abgeändert werden oder Angelegenheiten betreffen, welche durch den Krieg aufgelöst oder umgewandelt worden sind.⁶

³ In der Regel findet sich die sogenannte Amnestieclausel ausdrücklich in den Friedensverträgen. Da der Grund der Amnestie nur in Rücksicht auf die exceptionelle Natur des Krieges und in den allgemeinen Friedensbedürfnissen liegt, so darf dieselbe nicht darüber hinaus auch auf die Zerstörung solcher Klagen wirken, welche mit dem Kriege nichts zu schaffen haben und deren Durchführung den Frieden nicht gefährdet. — Über die drei Classen der hierher gehörigen privatrechtlichen Klagen vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 381, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 399.

⁴ Im Frankfurter Frieden wurde z. B. von Seite Deutschlands ein Vorbehalt gemacht bezüglich der von französischen Gefangenen verübten gemeinen Verbrechen.

⁵ Über die zum Abschlusse des Friedensvertrages competenten Autoritäten entscheidet nicht das Völkerrecht, sondern das Staatsverfassungsrecht der einzelnen Staaten.

⁶ Mit dem Eintritte des Friedens dürfen in dem bisher feindlichen Lande insbesondere keine Kriegsbeiträge mehr eingefordert werden. Wenn einzelne Truppenkörper, ohne von dem Friedensschlusse unterrichtet zu

Nebenwirkungen eines Friedensschlusses betreffen die Unterthanen der kriegführenden Staaten und die Neutralen. Die Unterthanen der kriegführenden Staaten haben sich den Friedensclauseln zu unterwerfen ungeachtet der damit verbundenen Opfer und Änderungen von Privatrechten. Die Neutralen werden von den Beschränkungen entbunden, welche ihnen das Recht des fremden Krieges auferlegt hat; sie behalten jedoch, weil die Amnestie in ihren Rechtskreis nicht eingreift, alle Ansprüche wegen verletzter Neutralität.⁷

§ 57.

Der Friedensvertrag tritt in Wirksamkeit mit dem Tage seiner Ratification durch die betreffenden Staatsgewalten. In der Regel wird jedoch verabredet, dass sofort nach Unterzeich-

sein, noch eine Stadt oder eine Festung einnehmen, so müssen sie dieselbe wieder räumen. Ebenso sind Schiffe, welche nach Abschluss des Friedens genommen wurden, wieder frei zu lassen. — Mitunter wird wohl auch nicht der „status, quo bellum res reliquit“, als Grundlage der erneuerten Friedensordnung angenommen, sondern auf den „status quo ante bellum“ (sc. res fuerunt) zurückgegriffen. — Die Annahme einzelner Publicisten, dass die früheren Verträge überhaupt nur insofern wieder wirksam werden, als sie ausdrücklich neu bekräftigt worden seien, hängt mit dem Irrthume zusammen, wonach der Krieg alle älteren Rechtsverhältnisse unter den Staaten gänzlich auflösen soll.

⁷ Besondere Friedensclauseln mit eigenthümlicher Bedeutung betreffen namentlich die Restitution einer Sache aus dem Besitze des einen Theiles an den anderen Theil und die Abtretung eines bestimmten Landes- oder Gebietstheiles. — Was speciell die Abtretung eines Territoriums anbelangt, so ist die Zulässigkeit derselben keineswegs abhängig von der Zustimmung der Bevölkerung des abgetretenen Territoriums. Dagegen empfiehlt es sich, der hier fraglichen Bevölkerung die Wahl darüber freizugeben, welchem Staate sie in Zukunft angehören will. Diese Wahl erfolgt ausdrücklich in der Regel nur durch diejenigen Personen, welche das abgetretene Territorium verlassen, während bei den anderen Personen der Verbleib als concludente Thatsache für die Unterwerfung unter die neue Staatsgewalt zu gelten hat. — Die Zustimmung zur Abtretung durch Plebiscit wurde im Falle Savoyens komödienhaft in Scene gesetzt. Beispiele des Optionsrechtes lassen sich mehrfach nachweisen seit dem Hubertusburger Frieden von 1763, wo dasselbe zuerst erscheint, bis zum Art. 2 des Frankfurter Friedens. Vergl. Holtzendorff, Eroberungen und Eroberungsrecht (1872), sowie Störk, Option und Plebiscit (1879).

nung des Vertrages oder nach einem bestimmten demnächstigen Zeitpunkte die kriegesischen Operationen und alle Acte der Feindseligkeit überhaupt aufzuhören haben.⁸

Ein Bruch des Friedensschlusses vor dessen wirklichem und vollständigem Vollzuge berechtigt die verletzte Partei, den ganzen Frieden als unverbindlich zu betrachten, den Krieg ohne weiteres fortzusetzen und so zu handeln, wie wenn gar kein Friedensvertrag abgeschlossen worden wäre.⁹

Falls jedoch die Ausführung einer Bestimmung des Friedensvertrages unmöglich ist, so kann von einem Bruche des Friedensschlusses nicht die Rede sein.¹⁰

⁸ Erst die Ratification macht den Vertrag perfect, d. h. erst vom Tage der Ratification an kann der Vollzug rechtlich gefordert werden.

⁹ Man erinnere sich z. B. an die Vorgänge, welche sich während der Züricher Unterhandlungen über die Ausführung der Präliminarien von Villafranca unter Mitwirkung Sardiniens in Italien zutrug. Da diese Vorgänge die Ausführung des Friedensvertrages a priori unmöglich machten, so war Österreich berechtigt, den Vertrag, der stets ein Ganzes bildet, als null und nichtig anzusehen und den Krieg zu erneuern. „That es dies nicht, so war das Sache politischer Convenienz.“ Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 388.

¹⁰ Auch von der Nichtausführung einzelner Friedensartikel gilt das „Ultra posse nemo tenetur“. Wenn z. B. der Prager Frieden zwischen Österreich und Preußen vom 23. August 1866 dem „Vereine der süddeutschen Staaten“ eine „internationale unabhängige Existenz“ zuschrieb, so konnten doch die betreffenden Staaten nicht gezwungen werden, einen Verein zu bilden. Sieh Bluntschli, Völkerrecht, S. 405.

Drittes Capitel.

Das Postliminium.¹

§ 58.

Unter Postliminium versteht man die ohne Friedensschluss nach factischer Befreiung von der feindlichen Gewalt eintretende Wiederkehr der durch den Krieg thatsächlich gestörten Rechtsverhältnisse.²

Man unterscheidet zunächst das Postliminium der Völker und Staatsgewalten und das Postliminium der Privatpersonen und Privatverhältnisse.³

Was sodann das Postliminium der Völker und Staatsgewalten im besonderen anbelangt, so sind zwei Fälle auseinanderzuhalten, nämlich: 1. der Fall, in welchem der Feind zwischenzeitlich innerhalb des besetzten Gebietes bloß Kriegs-

¹ Vergl. im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 393—406, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 406—412, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 545—548. Sieh auch Störk, Das Postliminium im Völkerrecht. Wien 1881.

² Der Ausdruck „Postliminium“ ist dem römischen Rechte entnommen, hat aber im heutigen Völkerrechte eine andere Bedeutung, als das antike Postliminium. — Die Römer nahmen an, dass durch die feindliche Gefangenschaft für deren Dauer der römische Bürger seine bürgerlichen Rechte verliere, — dass er aber sofort sein früheres Recht wieder erlange, wenn er sich der Gefangenschaft zu entziehen vermöge; sie fingierten dann, dass der Bürger niemals gefangen worden sei und sein Recht fortwährend erhalten habe. Diese Fiction bezeichneten die Römer als „postliminium“. § 5. J. Quib. mod. jus post. solv. (I. 12): „Dictum autem postliminium a limine et post, ut eum, qui ab hostibus captus in fines nostros postea pervenit, postliminio reversum recte dicimus; nam limina sicut in domibus finem quemdam faciunt, sic et imperii finem limen esse veteres voluerunt.“ — Vergl. namentlich Hase, Das jus postliminii (Halle 1851), und H. E. Young, De jure postliminii (Berol. 1854).

³ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 395 u. f. und S. 398 u. f.

recht geübt hat, und 2. der Fall, in welchem der Feind eine wirkliche Landesherrschaft sich angemaßt und zwischenzeitlich behauptet hat, ohne dass dieselbe durch einen Friedensschluss bestätigt und zu anerkanntem Rechtszustande geworden ist.⁴

§ 59.

• Mit der freiwilligen Räumung eines vom Feinde bislang besetzten Gebietstheiles oder mit der Verdrängung desselben durch die befreundete Kriegsgewalt hört das feindliche Kriegerrecht sofort auf, das frühere Rechtsverhältnis wird erneuert und die vormalige Staatsgewalt tritt wieder in ihre Rechte und Pflichten ein. Erfolgt die Austreibung des Feindes durch eine weder die rechtmäßige Staatsgewalt des befreiten Landes, noch einen Bundesgenossen desselben repräsentierende, wohl aber im Kriege mit dem Landesfeinde befindliche Kriegsmacht, so ist die befreiende Kriegsmacht, welche inzwischen die Kriegsgewalt handhabt, zur Mitwirkung bei der neuen Regulierung der öffentlichen Zustände berechtigt. Wird der Feind durch die Bevölkerung des besetzten Gebietes vertrieben, so ist die Restauration von der Bevölkerung abhängig und kann die frühere Regierung nur mit Zustimmung derselben in den Besitz eintreten.⁵

Anders, als in dem hiemit vorausgesetzten Falle der temporären Occupation gestaltet sich die Rechtslage im Falle der dauernden Usurpation.⁶

⁴ Der unter 1 bezeichnete Fall ist derjenige der temporären Occupation; der unter 2 bezeichnete Fall ist derjenige der dauernden Usurpation.

⁵ Sieh Martens, Völkerrecht, II. S. 546. — Was insbesondere den Fall einer Vertreibung des Feindes durch eine dritte Macht anbelangt, so kam in diese Lage z. B. die Republik Genua, die von Napoleon I. erobert und zum Vicekönigreiche Italien geschlagen worden war. Im Jahre 1804 befreite eine englische Flotte Genua, worauf der englische Admiral Bentinck eine Proclamation erließ, wonach Genua als selbständige Republik wieder hergestellt wurde. Es war daher völkerrechtswidrig, wenn die Verbündeten ohne vorherige Einholung der englischen Erlaubnis 1814 Genua mit dem Königreiche Sardinien vereinigten. — Vergl. Martens, Völkerrecht, II. S. 546—547.

⁶ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 395—398, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 408—410, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 547—548.

Regierungsacte des Usurpators, welche bloße Verwaltungs- und Gerichtsacte sind oder eine privatrechtliche Bedeutung haben, bleiben in der Regel in Kraft; Regierungsacte des Usurpators, welche einen wesentlich politischen Charakter an sich tragen, können dagegen von der restaurierten Staatsgewalt für unwirksam erklärt werden. Die restaurierte Regierung ist nicht verpflichtet, die von der feindlichen Zwischenregierung vorgenommene Veräußerung von Staatsdomänen oder Renten oder die durch den feindlichen Usurpator für das besetzte Land contrahierten Staatsschulden als rechtsverbindlich anzuerkennen. Anders verhält sich aber die Sache, wenn die Eroberung durch die Anerkennung im Frieden vollzogen wird, beziehungsweise wenn einmal der Frieden die Eroberung bestätigt hat: der Eroberer ist dann berechtigt, die Staatshoheit auszuüben und auch dritten Personen gegenüber für das Land zu handeln.⁷

§ 60.

Das Postliminium der Privatpersonen bedeutet, dass die persönlichen Rechte, an deren Ausübung dieselben durch die Kriegsgefangenschaft gehindert waren, nunmehr von ihnen wieder ausgeübt werden können. Die Vormundschaft z. B., die inzwischen für die Kriegsgefangenen bestellt wurde, gelangt in Wegfall. Die aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Personen treten in den persönlichen durch keine Feindesgewalt behinderten Genuss ihres Vermögens wieder ein.⁸

Das Postliminium lässt sodann das Eigenthum an Immobilien wieder wirksam werden, wenn letztere dem Eigenthümer während des Krieges durch die feindliche Kriegsgewalt entzogen wurden und jetzt wiederum unter die Autorität des befreundeten Staates zurückgekommen sind.⁹

⁷ Nach Auflösung des Königreiches Westphalen wollte der Kurfürst von Hessen, dessen Land einen Bestandtheil jenes Königreiches gebildet hatte, die Staatsschulden der Zwischenregierung nicht bezahlen; er konnte aber solchen Standpunkt nicht aufrecht erhalten, nachdem das Königreich Westphalen im Frieden von Tilsit anerkannt worden war.

⁸ Das Recht der Kriegsgefangenen war auch während der Gefangenschaft nicht aufgehoben. Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 411—412.

⁹ Die von der feindlichen Kriegsgewalt veräußerten Häuser und

Nicht minder können die von dem Feinde weggenommenen beweglichen Sachen nach Verdrängung der feindlichen Gewalt bis zum Friedensschlusse von dem verletzten Eigenthümer zurückgenommen werden, und zwar auch dann, wenn die feindliche Wegnahme durch das Kriegsrecht legitimiert war.¹⁰

Grundstücke sind durch die Eigenthümer vindicierbar, d. h. die geschehene und nicht im Frieden ausdrücklich oder stillschweigend bestätigte Veräußerung ist ungiltig.

¹⁰ Des vom Feinde weggenommenen und weggetriebenen Viehes kann sich — beispielsweise — der Eigenthümer wieder bemächtigen, sobald der Feind während des Marsches oder Kampfes den Besitz der betreffenden Viehstücke einbüßt. — Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 412. — Die Zulässigkeit der Wiedernahme eines als Prise von dem Feinde weggenommenen Schiffes vor der prisengerichtlichen Zusprechung ist schon im § 42 constatirt worden.

ZWEITER THEIL.

DAS RECHT DER NEUTRALITÄT.

DAS RECHT DER NEUTRALITÄT

ZWITTER THEIL

Erster Abschnitt.

Die Neutralität im allgemeinen.¹

Erstes Capitel.

Das Wesen und die Bedingungen der Neutralität, sowie die Verletzung der Neutralitätsbedingungen.²

§ 61.

Unter Neutralität versteht man die Nichtbetheiligung am Kriege Dritter, d. h. neutral sind diejenigen Staaten, welche weder selbst am Kampfe sich betheiligen, noch zum Vortheile oder Nachtheile eines der kämpfenden Theile sich bethätigen.³

¹ Vergl. im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 303—377, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 413—482, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 549—582. — Aus der neueren Literatur sind, abgesehen von den allgemeinen Systemen des Völkerrechtes, namentlich hervorzuheben: Leschkof, *Des principes de la neutralité et du commerce neutre* (Moscou 1841); Hautefeuille, *Droit des nations neutres en temps de guerre maritime* (Paris 1848); Gessner, *Le droit des neutres sur mer* (2. éd., Berlin 1876).

² In einem zweiten Capitel des ersten Abschnittes erörtern wir die Pflichten der Neutralen im einzelnen. Ein drittes Capitel des ersten Abschnittes bringt die Rechte der Neutralen mit Ausschluss des Rechtes des neutralen Handels zur Erörterung. Der Frage nach den Rechten der Neutralen in Ansehung des Handels, welche „seit Jahrhunderten ein Eris-Apfel für die Staaten gewesen ist“, widmen wir den ganzen zweiten Abschnitt. — Ähnlich verfährt in systematischer Beziehung Heffter. — Martens unterscheidet (Völkerrecht, II. S. 559) drei Gruppen von Rechten und Pflichten der Neutralen, nämlich: 1. Rechte und Pflichten in territorialer Hinsicht, 2. Rechte und Pflichten in persönlicher Hinsicht, 3. Rechte und Pflichten hinsichtlich des Handels.

³ Der neutrale Staat ist am Kriege nicht activ, wohl aber passiv insofern betheiligt, als er gewisse Wirkungen des Kriegszustandes über sich ergehen lassen muss. Vergl. Berners Artikel „Neutralität“ in Bluntschlis Staatswörterbuch, VII. S. 252.

Ein neutraler Staat ist, wie Klüber sagt, weder Richter, noch Partei. Der neutrale Staat behauptet den Frieden inmitten des Kampfes der Kriegsparteien.⁴

Es ist hienach unzutreffend, von einer Neutralität als einer sogenannten „unvollständigen“ Neutralität dann zu reden, wenn ein Staat allen kriegführenden Theilen die gleichen Begünstigungen wirklich gewährt oder aber nur einen Theil begünstigt, jedoch vermöge früherer Verträge. Abgesehen davon, dass der Neutrale grundsätzlich gar keine Begünstigung des Krieges vornehmen soll, so ist eine vollkommen gleiche Begünstigung beider Parteien thatsächlich unmöglich infolge der Verschiedenheit der geographischen Lage und der beiderseitigen Bedürfnisse. Die Begünstigung einer Kriegspartei mag sodann durch frühere Verträge rechtlich geboten sein, enthält jedoch nichtsdestoweniger thatsächlich eine Verletzung der Neutralität.⁵

Man unterscheidet eine nothwendige und eine freiwillige Neutralität: erstere wird durch völkerrechtliche Acte und Verträge garantiert; letztere beruht auf dem freien Entschlusse der Staaten. Die dauernde vertragsmäßige Neutralität bezeichnet man gewöhnlich als „ewige“ Neutralität.⁶ Die Neutralität heißt

⁴ Der Begriff der Neutralität ist ein wesentlich moderner. Hugo Grotius bezeichnet die Neutralen noch als „*medii*“; Bynkershoek erklärt: „*Non hostes, qui neutrarum partium sunt*“. Vergl. Danewski, Geschichtliche Skizze der Neutralität und Kritik der Pariser Declaration von 1856. Charjkow 1879.

⁵ Die vom Grafen Bernstorff 1870 in seiner Correspondenz mit Lord Granville über den Waffenhandel gewünschte „*neutralité bienveillante*“ ist keine Neutralität mehr. In dem Maße, in welchem eine solche Neutralität sich für den einen Theil als eine wohlwollende erweist, muss dieselbe für den anderen Theil eine übelwollende werden. Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 304.

⁶ Die Wiener Congressacte (Art. 84 und 92) und eine besondere Beurkundung der Mächte vom 20. November 1815 anerkennen, dass die fortwährende Neutralität der Schweiz in den europäischen Interessen begründet sei. Der Londoner Vertrag vom 15. November 1831 stipulierte die immerwährende Neutralität des Königreiches Belgien. Der Londoner Vertrag vom 18. Mai 1867 erklärte die Neutralität des Großherzogthumes Luxemburg. — Mit Unrecht behauptet Bluntschli (Völkerrecht, S. 415) eine Neutralität Serbiens nach dem Pariser Frieden von 1856; dagegen stipu-

eine „bewaffnete“, wenn der neutrale Staat zum Schutze seiner Neutralität gewaffnet oder gerüstet auftritt.⁷

§ 62.

Die drei Bedingungen der Neutralität, auf deren Erfüllung sich alle einzelnen Pflichten der Neutralen zurückführen lassen, bestehen: 1. in der Nichtduldung dessen, dass eine Kriegspartei im Gebiete des neutralen Staates unmittelbar feindselige Handlungen gegen die andere Kriegspartei vornehme; 2. darin, dass der neutrale Staat jeder Störung einer Kriegspartei in deren rechtmäßigen Kriegsoperationen außerhalb des neutralen Gebietes sich enthalte; 3. darin, dass der neutrale Staat jede positive Unterstützung einer Kriegspartei zu Kriegszwecken unterlasse.⁸

§ 63.

Die Verletzung der Neutralitätsbedingungen durch einen neutralen Staat berechtigt die geschädigte Kriegspartei, die Neutralität des betreffenden Staates als erloschen anzusehen und entweder Repressalien anzuwenden oder zur Kriegserklärung zu schreiten⁹

lierte derselbe Vertrag die 1871 wieder beseitigte Neutralität des Schwarzen Meeres. — Der Clayton-Bulwer Vertrag vom 19. April 1850 neutralisierte den projectierten Panama-Canal.

⁷ Vergleiche Bergbohm, Die bewaffnete Neutralität 1780—1783. Berlin 1884.

⁸ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 307.

⁹ Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 437—440, und Martens, Völkerrecht, II. S. 581—582.

Zweites Capitel.

Die Pflichten der Neutralen im einzelnen.¹

§ 64.

Der neutrale Staat muss nach Maßgabe seiner im § 62 unter 1 bezeichneten Verpflichtung es verhindern, dass innerhalb des neutralen Staatsgebietes eine Kriegspartei gegen die andere Kriegspartei unmittelbar feindselige Handlungen vornehme. Vermag der neutrale Staat die Vornahme derartiger Handlungen nicht zu verhindern, so hat er die Maßregeln der geschädigten Kriegspartei zu tragen. Hierbei ist die Berufung des Neutralen auf die Unzulänglichkeit der Gesetze seines Staates zur Aufrechthaltung der Neutralität unzulässig, weil jeder Staat verpflichtet ist, seine Gesetzgebung in derjenigen Weise einzurichten, welche die Erfüllung der völkerrechtlichen Verbindlichkeiten gestattet.² — Der neutrale Staat soll daher namentlich der Eventualität vorbeugen, dass eine Truppen- oder Schiffsmacht, welche im neutralen Staatsgebiete ein Asyl gefunden hat, das Asyl zu einem Angriffspunkte gegen die feindliche Kriegspartei missbrauche.³ — Ebenso ist der neutrale

¹ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 308—313.

² Sieh Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 310—311.

³ Der neutrale Staat muss die auf das neutrale Territorium übertretenden Truppen einer Kriegspartei entwaffnen und möglichst weit vom Kriegsschauplatze internieren. — Der General Bourbaki zog sich, nachdem er im Kriege von 1870 von der Hauptarmee durch die Deutschen abgeschnitten worden war, mit 80.000 Mann auf schweizerisches Gebiet zurück. Über die Bedingungen, unter welchen dieser Armee der Eintritt in die Schweiz gestattet wurde, schlossen der französische General Clinchamp und der schweizerische General Herzog eine Special-Convention ab, in welcher vereinbart wurde, dass die Franzosen die Waffen abzulegen haben. Die Auslagen für den Unterhalt der internierten Truppen stellte die Schweiz Frankreich in Rechnung. — Die „Gesetze für den Landkrieg“ bestimmen in den Art. 79—81: „Der neutrale Staat, auf dessen Boden sich Truppen oder Individuen flüchten, welche zu den Streitmächten der Kriegführenden gehören, muss dieselben möglichst weit vom Kriegsschauplatze internieren. Er muss ebenso gegen

Staat verbunden, die innerhalb seiner Eigengewässer gemachten Prisen zu befreien und der Errichtung von Prisengerichten sowie dem Verkaufe von Prisen durch einen Kriegführenden innerhalb des neutralen Staatsgebietes entgegenzutreten.⁴

Nach Maßgabe seiner im § 62 unter 2 bezeichneten Verpflichtung muss sodann der neutrale Staat namentlich eine rechtmäßige Blockade und alle anderweitigen gesetzmäßigen Anordnungen der kriegführenden Mächte respectieren.⁵

Nach Maßgabe seiner im § 62 unter 3 bezeichneten Verpflichtung ist es dem neutralen Staate untersagt: 1. einer Kriegs-

diejenigen handeln, welche sich seines Territoriums behufs militärischer Operationen oder Dienstleistungen bedienen“ (Art. 79). „Die Internierten können in Lagern bewacht oder selbst in Festungen oder anderen Orten eingeschlossen werden. Der neutrale Staat entscheidet, ob die Officiere auf Ehrenwort freigelassen werden können, wenn sie die Verpflichtung übernehmen, das neutrale Gebiet ohne Ermächtigung nicht zu verlassen“ (Art. 80). „In Ermangelung einer speciellen Übereinkunft bezüglich des Unterhaltes der Internierten beschafft ihnen der neutrale Staat die Nahrung, die Bekleidung und die durch die Humanität gebotenen Hilfsmittel. Er wacht auch über die Erhaltung des von den Internierten mitgebrachten Materiales. Im Frieden oder, wenn möglich, noch früher werden die durch die Internierung verursachten Kosten dem neutralen Staate wieder ersetzt durch diejenigen Kriegführenden, welchem die Internierten angehörten“ (Art. 81). Sieh Handbuch des „Institut für Völkerrecht“, S. 23—25.

⁴ Von besonderem Interesse ist diesfalls die amtliche Correspondenz über die Wegnahme der norddeutschen Barke „Frey“ durch den französischen Kriegsdampfer „Dessaix“ am 28. October 1870 in der Nähe der englischen Küste Dungeness. — Wollte man zugeben, dass der Staat, dessen Kreuzer eine Prise nach einem neutralen Hafen gebracht hat, die letztere durch eine von ihm daselbst einzusetzende Behörde oder durch sein etwa daselbst eingesetztes Consulargericht aburtheilen lassen darf, so würden die neutralen Häfen sich aus einem einfachen Asyle in einen Ort verwandeln, wo feindselige Handlungen der Kriegführenden zum Abschlusse gebracht werden. — Die österreichische Regierung hat — beispielsweise — durch die Verordnung vom 25. Mai 1854 den Verkauf nicht condemnierter Prisen in österreichischen Häfen ausdrücklich untersagt.

⁵ Von der Blockade wird im folgenden Abschnitte ausführlich die Rede sein. — Mit der im Texte aufgestellten Regel hängt es zusammen, dass die Neutralen keinen Anspruch auf Ersatz des Schadens haben, der ihnen aus gesetzmäßigen Anordnungen der Kriegführenden erwächst. — Derartige Anordnungen sind z. B. die Sperrung von Häfen durch Minen und die Unterdrückung der Leuchtfeuer an den Küsten der kriegführenden Staaten.

partei Truppen oder Kriegsschiffe oder anderweitiges Kriegsmateriale zur Verfügung zu stellen;⁶ 2. einer Kriegspartei Subsidien für die Kriegführung zu bezahlen oder ein Gelddarlehen für Kriegszwecke zu gewähren;⁷ 3. einer Kriegspartei die irgendwie beschaffene Benützung des neutralen Staatsgebietes für Kriegszwecke zu gestatten.⁸

§ 65.

Wesentlich verschieden von der Frage nach den Grenzen, innerhalb deren sich die Unparteilichkeit der neutralen Staatsregierungen selbst — den Kriegsparteien gegenüber — zu halten hat, ist die Frage, inwiefern und inwieweit die neutralen Staatsregierungen für Handlungen ihrer Unterthanen verantwortlich gemacht werden können.⁹

⁶ Ehedem war die Vermiethung („Seelenverkäuferei“) von Truppen an einen kriegführenden Staat ein usuelles fürstliches Erwerbsmittel. Gegenwärtig kann eine solche Schändlichkeit nicht mehr vorkommen. Dagegen kommt auch heute noch die Lieferung von Waffen durch neutrale Staaten an Kriegführende vor, wie denn z. B. die nordamerikanische Regierung im deutsch-französischen Kriege Waffen und eigens dafür fabricierte Munition an die französischen Agenten geliefert und hierüber direct mit der Regierung der Nationalvertheidigung verhandelt hat!

⁷ Die Bezahlung von Subsidien und die Gewährung von Gelddarlehen charakterisieren sich im Unterschiede von der bewaffneten unmittelbaren Beihilfe zur Kriegführung als mittelbare Unterstützung der Kriegführung.

⁸ Der neutrale Staat darf keiner Kriegspartei den Durchmarsch durch das neutrale Gebiet gestatten. In die Eigengewässer darf der neutrale Staat die Kriegsschiffe nicht einlaufen lassen außer zu offenbar friedlichen Zwecken oder im Nothstande. Der neutrale Staat darf sein Gebiet nicht hergeben für Waffenplätze, Schiffsstationen oder Magazine für Kriegsvorräthe. — Bestritten ist die Zulässigkeit der Durchfuhr von Gefangenen und Verwundeten durch neutrales Gebiet. — Die französische Regierung protestierte im Jahre 1859 dagegen, dass Baiern den Transport der von den Österreichern gefangenen Franzosen durch bairisches Gebiet gestattete. Belgien verweigerte auf französischen Protest sogar den von Deutschland beantragten Durchzug Verwundeter nach der Schlacht von Sedan. Die englische Regierung handelte correct, als sie die Landung eines Telegraphenkabels verbot, welches Frankreich im Jahre 1870 von Dünkirchen nach dem Norden mit Benützung des englischen Gebietes legen wollte, indem die Umstände ergaben, dass das Telegraphenkabel Kriegszwecken dienen sollte.

⁹ Heffter behandelt diese Frage unter dem etwas seltsamen Titel „Ausdehnung (der Neutralitätspflichten) auf die Unterthanen“. Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 313—318.

Einleuchtend ist, dass keine Regierung unbedingt für jede Handlung ihrer Unterthanen verantwortlich gemacht werden kann (beziehungsweise dass in einer Mehrzahl von Fällen ein Landesgesetz eine gewisse Theilnahme am Kriege Dritter verbieten mag, während jedoch die Verantwortlichkeit für die Nichtbefolgung dieses Landesgesetzes lediglich nur auf die schuldigen Individuen selbst entfällt), — dass es aber daneben Fälle gibt, in welchen in der That die neutrale Staatsgewalt für Handlungen ihrer Unterthanen aus dem Grunde verantwortlich zu machen ist, weil sie die Sorge um ihre Neutralität offenbar vernachlässigt und den Neutralitätsbruch durch ihre Unterthanen absichtlich begünstigt hat.¹⁰

Die praktischen Hauptfälle, in welchen die Frage entsteht, ob eine neutrale Staatsregierung für neutralitätswidrige Handlungen ihrer Unterthanen verantwortlich gemacht werden kann, beziehen sich namentlich auf: 1. die Betheiligung der dem neutralen Staate angehörigen Staatsunterthanen am Kriege; 2. die Ausrüstung von Kapern oder Kriegsschiffen für Kriegsparteien innerhalb des neutralen Staatsgebietes; 3. die Darlehensgewährungen und Waffenlieferungen neutraler Unterthanen an Kriegführende.¹¹

§ 66.

Was zunächst den im § 65 unter 1 bezeichneten Fall anbelangt, so ist es Pflicht der neutralen Staatsgewalt, die Errichtung von Werbebureaux und alle Truppenwerbung durch eine Kriegspartei auf neutralem Boden zu verbieten und den massenhaften Zuzug von Freiwilligen aus dem neutralen Staatsgebiete zu einer Kriegspartei zu verhindern.¹²

¹⁰ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 313—318.

¹¹ Die hienach fraglichen Regeln betreffen also lediglich das völkerrechtliche Verhalten des neutralen Staates gegenüber Handlungen seiner eigenen Unterthanen.

¹² Als im Jahre 1870 in Genfer Zeitungen eine Aufforderung an die Franzosen zur Bildung von Franc-tireurs-Corps gegen die Preußen erschien, beauftragte der Bundesrath der Schweiz die Genfer Behörden, die Organisation und Bewaffnung derartiger Corps zu verhindern und die Publication eines jeden auf die Bildung solcher Corps abzielenden Aufrufes zu inhibieren. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika beschwerten sich zur Zeit des Krimkrieges energisch über englische Werbungen innerhalb des Unionsgebietes. Der massenhafte Zuzug russischer Freiwilliger zur

Was sodann den im § 65 unter 2 bezeichneten Fall betrifft, so ist die Ausrüstung von Kapern und Kriegsschiffen für Kriegsparteien in den Häfen neutraler Staaten untersagt. Eine neutrale Macht muss ausreichende Sorgfalt anwenden, um die Ausrüstung eines solchen Schiffes innerhalb ihres Jurisdictionsgebietes oder das Auslaufen desselben aus ihrem Jurisdictionsgebiete zu verhindern. Eine Vernachlässigung dieser Pflicht macht den Neutralen der hiedurch benachtheiligten Kriegspartei verantwortlich, welche namentlich vollen Schadenersatz beanspruchen kann.¹³

serbischen Armee im serbisch-türkischen Feldzuge vom Jahre 1876 war eine flagrante Verletzung der Neutralitätspflichten. — Im Jahre 1870 theilte sich Garibaldi mit 13.000 Freiwilligen auf französischer Seite am Kriege. Martens nimmt an, dass die italienische Regierung für diese Theilung in keiner Weise verantwortlich war, weil sie die Ermächtigung zu dem Unternehmen nicht ertheilt hatte. Als Bismarck von der Gefangennahme der Garibaldianer benachrichtigt wurde, rief er aus: „Warum erschießt man sie nicht!“ — Absolut haltlos war der Protest Frankreichs gegen die nordamerikanische Zulassung der Abreise derjenigen deutschen Unterthanen aus dem Unionsgebiete, welche 1870 von ihren heimatlichen Regierungen aufgefordert worden waren, sich als Reservisten oder Landwehrmänner der activen Armee zu stellen.

¹³ Schon das Neutralitätsgesetz der Vereinigten Staaten von Nordamerika vom Jahre 1794 (revidiert im Jahre 1818) enthält im Art. 3 eine Strafbestimmung gegen alle Personen, welche „Schiffe ausrüsten und bewaffnen in der Absicht, für einen fremden Staat zu feindlichen Handlungen gegen einen anderen Staat verwendet zu werden, der mit den Vereinigten Staaten in Frieden ist“. — Das englische Gesetz vom Jahre 1819 enthält ein ähnliches Verbot. — In dem zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika am 8. Mai 1871 zu Washington abgeschlossenen Vertrage, insbesondere betreffend die Erledigung der „Alabama“-Angelegenheit durch ein Schiedsgericht, werden durch Art. VI drei Regeln festgesetzt, welche der schiedsrichterlichen Entscheidung als rechtliche Grundlage dienen und auch in Zukunft für die contrahierenden Theile verbindlich sein sollen. Eine neutrale Macht ist hienach verbunden: 1. hinreichende Sorgfalt anzuwenden, um innerhalb ihrer Jurisdiction die Ausrüstung, Bewaffnung und Equipierung irgend eines Schiffes zu verhindern, von dem sie mit ausreichendem Grunde glauben kann, dass es bestimmt sei, gegen eine Macht, mit der sie im Frieden lebt, zu kreuzen oder Krieg zu führen; und ebenso gleiche Sorgfalt anzuwenden, um das Auslaufen eines solchen Schiffes aus ihrem Jurisdictionsbezirke zu verhindern, sofern ein solches Schiff ausdrücklich ganz oder zum Theile innerhalb des neutralen Gebietes zu kriegerischem Zwecke hergestellt ist; 2. nicht zu er-

Was schließlich den im § 65 unter 3 bezeichneten Fall anbelangt, so ist der neutrale Staat nicht verpflichtet, die Eröffnung von Anleihen für eine Kriegspartei zu verbieten¹⁴ oder Waffenlieferungen neutraler Unterthanen an Kriegführende zu verhindern.¹⁵

lauben oder zu dulden, dass einer der Kriegführenden sich ihrer Häfen oder Gewässer als Basis maritimer Operationen gegen den anderen Kriegführenden bediene oder dazu benütze, seine Kriegsvorräthe und Waffen zu erneuern oder zu vermehren, oder dass einer der Kriegführenden innerhalb des neutralen Gebietes Mannschaften anwerbe; 3. hinreichende Sorgfalt in ihren eigenen Häfen und Gewässern, sowie in Bezug auf alle Personen innerhalb ihrer Jurisdiction zu verwenden, um jede Verletzung der vorbenannten Verpflichtungen zu verhindern.

¹⁴ Nach Bluntschli (Völkerrecht, S. 429) widerstreitet es der Neutralitätspflicht, wenn ein neutraler Staat gestattet, dass im Lande eine Anleihe für eine Kriegspartei ausgeschrieben werde. — Diese Behauptung entspricht jedoch keineswegs der neueren Praxis. So wies Preußen im Jahre 1854 das französische Ansinnen des Verbotes der Notierung einer russischen Anleihe zurück und bestritt die Analogie von Privatanleihen mit Subsidien. Kein neutraler Staat untersagte seinen Unterthanen die Theiligung an den russischen Orientanleihen. — Vergl. Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 315.

¹⁵ Als die deutsche Regierung im Jahre 1870 in London dagegen remonstrierte, dass englische Fabrikanten der französischen Regierung der Nationalvertheidigung Waffen liefern, erwiderte das englische Cabinet, es gebe allerdings ein englisches Gesetz, welches den britischen Staatsangehörigen die Theilnahme am Kriege Dritter und den Vertrieb von Contrebandewaren verbiete; die Verantwortung für die Nichtbefolgung dieses Gesetzes falle jedoch auf die schuldigen Individuen, die, wenn sie abgefasst werden, ihr Eigenthum verlieren. Im gleichen Sinne äußerte sich die englische Regierung im Juni 1877 über den russischen Antrag, die Absendung von 50 Millionen Patronen zu inhibieren, welche von der türkischen Regierung in Birmingham bestellt worden waren und nach Constantinopel befördert werden sollten. Im übrigen ist während des nordamerikanischen Bürgerkrieges auch von deutschen Häfen aus der Waffenhandel schwunghaft betrieben worden, ohne dass ein Protest erfolgte; und die Krupp'schen Geschützlieferungen an die Pforte wie an Russland während des jüngsten orientalischen Krieges sind von keiner Seite beanständet worden. Vergl. Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 315—316. — Sieh dagegen Gessner, Kriegführende und neutrale Mächte. Berlin 1877. — Die Annahme Bluntschlis (Völkerrecht, S. 427), dass nur „Waffensendungen im Großen“ möglichst zu verhindern seien, begegnet — abgesehen von ihrer inneren Unhaltbarkeit — der Schwierigkeit, eine richtige Grenze zwischen Groß und Klein zu ziehen.

Drittes Capitel.

Die Rechte der Neutralen mit Ausschluss des Rechtes des neutralen Handels.¹

§ 67.

Der für die Ausmessung der Rechte der Neutralen im allgemeinen maßgebende Grundsatz geht dahin, dass der neutrale Staat alle jene Rechte anzusprechen hat, welche ihm sonst im Friedenszustande zukommen, soweit nicht Verträge oder die nothwendigen Bedingungen der Neutralität eine Ausnahme bewirken.²

Aus diesem allgemeinen Grundsatz ergeben sich specielle Regeln, welche — bei vorläufiger Absehung vom Rechte des neutralen Handels — hauptsächlich betreffen: 1. die Gebiets-hoheit des neutralen Staates; 2. den Anspruch des neutralen Staates auf Achtung seiner Persönlichkeit, sowie seiner Handlungen und Erklärungen; 3. die Behandlung der neutralen Personen und Güter innerhalb und außerhalb des neutralen Staatsgebietes.³

¹ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 318—321, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 440—448.

² Über das Verhältnis zwischen den Rechten und Pflichten der Neutralen macht Trendelenburg die treffende Bemerkung: „Der Begriff der Neutralität lässt sich nach zwei Seiten wenden. Von den Kriegführenden wird er so aufgefasst, wie es ihren Interessen zusagt; sie verlangen, dass von dem Neutralen, weil er neutral ist, dem Feinde keinerlei Vortheil erwachse. Von dem Neutralen wird derselbe Begriff so aufgefasst, wie es demjenigen entspricht, den überhaupt der Krieg nichts angeht, und der daher in seinen freien Bewegungen nicht will beschränkt sein. So entspringen aus dem Begriffe der Neutralität Ansprüche von entgegengesetzter Richtung, Ansprüche der Kriegführenden auf Beschränkungen und Ansprüche der Neutralen auf ungehinderte Bewegung des Verkehrs.“

³ Als besondere Regel führt Heffter (Völkerrecht, S. 320) noch die Regel an, dass kein Neutraler von einem Kriegführenden in Beziehung

Als selbstverständlich erscheint, dass die neutralen Staaten ihren diplomatischen Friedensverkehr mit den kriegführenden Staaten fortsetzen, den Kriegsparteien zur Vermittlung von Unterhandlungen während des Krieges dienen und die diplomatische Vertretung der einen Kriegspartei im Lande der anderen Kriegspartei übernehmen können.⁴

§ 68.

Die Kriegführenden haben die Gebietshoheit der neutralen Staaten auch während des Krieges zu respectieren und zwar ohne jede Rücksicht auf die etwaigen Interessen der Kriegführung. Das neutrale Gebiet darf unter keinen Umständen zum Tummelplatze kriegerischer Actionen gemacht werden. Das neutrale Land- und Seegebiet ist daher auch ein Asyl, wo die auf der Flucht begriffenen feindlichen Truppen und Schiffe vor jeder weiteren Verfolgung durch den Gegner geschützt sind. — Die hiebei für die Kriegsschiffe der Kriegführenden geltende Abweichung von der allgemeinen Kriegsrechtsregel, wonach Streitkräfte der Kriegführenden neutrales Gebiet nicht betreten dürfen bei Vermeidung der Entwaffnung und Internierung, erklärt sich theils aus den eigenthümlichen Verhältnissen des

auf sein Verhalten Gesetzen oder einer Gerichtsbarkeit unterworfen werden könne, welche nicht in Verträgen mit ihm oder in allgemein giltigen Grundsätzen des Völkerrechtes ihre Stütze finden.

⁴ Die Fortsetzung des diplomatischen Friedensverkehrs mit den kriegführenden Staaten mag allerdings vorübergehenden Hemmnissen begegnen, welche aus den militärischen Maßregeln entspringen. — Derartigem Übel müssen sich auch die neutralen Staaten unterwerfen. — Während des deutsch-französischen Krieges verblieben die meisten diplomatischen und consularischen Vertreter in dem belagerten Paris und ersuchten gleich im Anfange der Belagerung den Grafen Bismarck, sie vom Beginne des Bombardementes zu benachrichtigen und ihnen zu gestatten, dass sie wöchentlich einmal ihren Regierungen Depeschen zukommen lassen. Die erstere Bitte wurde einfach abgeschlagen; die zweite Bitte wollte Bismarck nur unter der Bedingung gewähren, dass die Depeschen unverschlossen expediert werden, worauf die Diplomaten nicht eingiengen. Als das Bombardement der Stadt begonnen hatte, forderte das diplomatische Corps die Erlaubnis, dass die neutralen Staatsangehörigen Paris jetzt verlassen dürfen; allein Bismarck antwortete, nunmehr sei es zu spät und könne bloß die Übergabe der Stadt den neutralen Staatsangehörigen helfen: nur dem diplomatischen Corps wurde „aus Courtoisie“ die Entfernung aus Paris gestattet.

Seeverkehrs, theils aus dem Umstande, dass Kriegsschiffe allezeit und überall einen integrierenden Bestandtheil des Territoriums ihres Heimatsstaates repräsentieren. Keineswegs darf jedoch im neutralen Küstengewässer ein Kriegsschiff eines Kriegführenden sich auf die Lauer zur Action gegen feindliche Schiffe legen. Wenn in einem neutralen Hafen Kriegsschiffe zweier Gegner zusammentreffen, so darf bei Abfahrt des einen Schiffes das andere ihm erst in bestimmter Frist nachfolgen; Kriegsschiffe, welche Prisen mit sich führen, müssen in thunlichster Bälde wieder auslaufen. — Wenn das neutrale Gebiet wirklich zu einem Gefechte zu Lande oder zu Wasser missbraucht wird, so hat die neutrale Staatsgewalt das unbestrittene Recht des thatsächlichen Einschreitens behufs Hintanhaltung einer Verletzung ihrer Gebietshoheit. In diesem Sinne bestimmt z. B. § 15 der österreichischen Vorschriften über die Zulassung fremder Kriegsschiffe: „In österreichischen Häfen ist es nicht gestattet, dass zwei oder mehrere Schiffe fremder Nationen thätliche Feindseligkeiten gegeneinander unternehmen, und diejenigen, welche zuerst den Frieden brechen, sind nach vorausgegangenem und fruchtlos gebliebenem schriftlichem Proteste wie feindliche Schiffe zu behandeln.“ Die neutrale Staatsgewalt ist solchen Falles namentlich auch berechtigt, dem Sieger die Errungenschaften des illegalen Kampfes wieder zu entziehen und sohin Gefangene und Beute wieder frei zu machen.⁵

Da jeder neutrale Staat Anspruch hat auf die ihm auch im Frieden gebührende Achtung seiner Persönlichkeit, sowie seiner Erklärungen und Handlungen, so müssen namentlich die von den Neutralen ausgestellten Pässe und anderweitigen Urkunden, sowie die mündlichen Versicherungen des neutralen Staates und seiner Organe auch von den Kriegführenden respectiert werden.⁶

⁵ Ein berühmter Fall diesfallsiger eclatanter Neutralitätsverletzung war der Überfall und die Wegnahme der Corvette der conföderierten Staaten von Nordamerika „Florida“ durch den Unionsdampfer „Wachusets“ im Hafen von Bahia am 7. October 1864.

⁶ Dieser Grundsatz ist insbesondere maßgebend für die Entscheidung der später zu erörternden Frage nach dem pflichtgemäßen Verhalten einer kriegführenden Macht gegenüber den Legitimationen und Declarationen eines Convoi-Befehlshabers.

Neutrale Personen und Eigenthum der Unterthanen eines neutralen Staates sind unantastbar. Völkerrechtswidrig ist daher insbesondere die Pressung neutraler Personen zum Kriegsdienste zur See oder zu Lande durch einen kriegführenden Staat. Grundstücke eines neutralen Staates oder seiner Unterthanen, welche im Gebiete einer Kriegspartei liegen, bleiben allerdings den Kriegslasten unterworfen; dagegen darf eine Kriegspartei nur im äußersten Nothfalle und gegen volle Entschädigung neutrale Sachen, z. B. Schiffe, in Beschlag nehmen und für ihre Zwecke verwenden (*jus angariae*).⁷

§ 69.

Mitunter haben die Kriegsparteien wohl auch schon Maßregeln getroffen, durch welche die sonst gemeinhin anerkannte Rechtssphäre der Neutralen in außerordentlicher Weise willkürlich und ohne zwingende Gründe eingeengt wurde.⁸

Beharrt eine Kriegspartei den Vorstellungen und Beschwerden der Neutralen gegenüber bei der getroffenen außerordentlichen Maßregel, so stellt dieselbe den Neutralen die Wahl zwischen Nachgiebigkeit und Kriegserklärung.⁹

Keinem Zweifel unterliegt das Recht eines jeden neutralen Staates, in Vereinzelung oder in Verbindung mit anderen neutralen Staaten zur Handhabung der Grundsätze der Neutralität eine bewaffnete Macht aufzustellen. Bekanntlich ist z. B. die

⁷ Die Wegnahme neutraler Sachen und deren Verwendung für die Zwecke der Kriegsparteien rechtfertigt sich daher außer dem Falle der Noth auch nicht gegen Vergütung des Wertes vermittelt eines sogenannten Vorkaufes (*droit de préemption*). — Von der Wegnahme neutraler Güter, welche zur Kriegscontrebande gehören, sowie von der Confiscation neutralen Eigenthumes als einer Folge des Blockadebruches wird im folgenden Abschnitte die Rede sein. — Das Gleiche gilt vom Schutze neutraler Sachen auf feindlichen Schiffen.

⁸ Man erinnere sich z. B. an die Consequenzen aus dem sogenannten Aushungerungssysteme der Coalition gegen das revolutionäre Frankreich (1793) oder aus dem allgemeinen Blockadesysteme Englands gegen Frankreich und seine Alliirten ohne effectiven Blockadezustand (1806) oder aus dem Napoleonischen Continental-System!

⁹ Insoferne hat Heffter Recht, wenn er (*Völkerrecht*, S. 374) behauptet, dass es im Felde des Völkerrechtes keine traurigere Gestalt gebe, als die eines Neutralen den größeren Seemächten gegenüber.

bewaffnete nordische Neutralität oder die bewaffnete Neutralität unter den nordischen Mächten zu dem Zwecke abgeschlossen worden, um die Rechte der Neutralen gegenüber einer zuweit getriebenen Beschränkung von Seiten der im Kriege befindlichen Parteien zu schützen und diese Beschränkung abzuweisen. Die bewaffnete Neutralität suchte sogar eine den Neutralen günstige Entscheidung über die sogenannten „zweifelhaften Fälle eines erlaubten neutralen Handelsverkehrs“ durchzusetzen und — beispielsweise — den Grundsatz der Erlaubtheit des neutralen Handels von Hafen zu Hafen oder längs der Küsten eines feindlichen Staates (Cabotage, coasting trade, Küstenhandel) als einen „sich von selbst verstehenden“ Grundsatz in den Codex des Völkerrechtes einzuschreiben.¹⁰

¹⁰ Auf die einzelnen Grundsätze des Systemes der bewaffneten Neutralität kann erst im folgenden Abschnitte des näheren eingegangen werden.

Zweiter Abschnitt.

Die Rechte der Neutralen in Ansehung des Handels.¹

Erstes Capitel.

Die Beschränkungen des neutralen Handels durch das Blockaderecht.²

I. Die Blockade im allgemeinen.³

§ 70.

Der Verkehr der neutralen Staaten untereinander erleidet durch den Krieg an sich keine Beeinträchtigung. Insbesondere

¹ Über die Geschichte des ganzen Verhältnisses sieh: J. Reddie, *Researches in maritime international law* (Edinb. 1844—1845. II. Vols); L. B. Hautefeuille, *Histoire du droit international maritime* (Ed. 2. Paris 1869).

Unter den Monographien enthält die beste Vertheidigung der strengen Ansichten Englands: Ch. Jenkinson (nachmals Lord Liverpool), *Discourse on the conduct of Great Britain in respect to neutral nations during the present war*. London 1757. — Von den Schriften für die Rechte der Neutralen sind namentlich zu erwähnen: M. Hübner, *De la saisie des bâtimens neutres etc.* (A la Haye 1759); Totze, *La liberté de la navigation* (London et Amsterdam 1780); J. G. Büsch, *Über das Bestreben der Völker, einander in ihrem Seehandel recht weh zu thun* (Hamburg 1800); Jouffroy, *Le droit des gens maritime* (Berlin 1806); Biedermann, *Manuel diplomatique sur le dernier état de la controverse concernant les droits des neutres* (Leipzig 1814); L. B. Hautefeuille, *Des droits et des devoirs des nations neutres en temps de guerre maritime* (Ed. 3. I—IV. Paris 1868).

Vergl. auch: E. W. Asher, *Beiträge zu einigen Fragen über die Verhältnisse des Seehandels in Kriegszeiten* (Hamburg 1854); L. Gessner, *Das Recht des neutralen Seehandels* (Bremen 1855); Deppisch, *Das Recht des neutralen Seehandels* (Dorpat 1855); Weiss, *Code du droit maritime international* (Paris 1858); Hall, *Rights and duties of neutrals* (London 1874); Gessner, *Le droit des neutres sur mer* (2. Auflage. Berlin 1876).

² Vergl. im allgemeinen Heffter, *Völkerrecht*, S. 328—337, und Bluntschli, *Völkerrecht*, S. 448—454, sowie Martens, *Völkerrecht*, II. S. 525—533. — Sieh auch Perels, *Seerecht*, S. 271—290.

³ Vergl. J. G. Deane, *The law of Blockade* (London 1855); J. G. Deane,

darf der freie Handelsverkehr zwischen den Angehörigen der neutralen Staaten durch die Kriegsparteien nicht gestört werden. Ein gewaltiger Streit besteht jedoch seit Jahrhunderten in der Staatenpraxis wie in der Völkerrechtstheorie bezüglich der Frage nach Art und Ausmaß der Beschränkungen des neutralen Handelsverkehrs mit den Kriegsparteien selbst.

Eine derartige Beschränkung involviert zunächst das Recht der Kriegsparteien zur Verhängung einer Blockade.

Neutrale Schiffe, welche sich einer Störung der Blockade schuldig machen und sohin ein den Kriegsparteien zustehendes Recht verletzen, werden wegen dieser Rechtsverletzung der verletzten Kriegspartei verantwortlich.⁴

§ 71.

Die hier fragliche Kriegsblockade ist, wie schon in der Anmerkung 11 zu § 9 hervorgehoben wurde, entweder eine Landblockade oder eine Seeblockade. Eine Blockade kann nämlich auch auf dem Festlande ausgeübt werden und zwar namentlich im Wege der Absperrung von Festungen gegen allen Verkehr nach außen durch einen geschlossenen Truppencordon. Zu bedeutsamen Streitfragen hat übrigens in der Praxis wesentlich nur die Seeblockade geführt, welche wir demgemäß auch in den folgenden Betrachtungen ausschließlich ins Auge fassen.⁵

Die Behauptung, dass im Falle der Seeblockade nur die Blockierung von Kriegshäfen zulässig sei, widerspricht dem positiven Völkerrechte der Vergangenheit und der Gegenwart.⁶

The law of Blockade (London 1870); Fauchille, Du blocus maritime (Paris 1882).

⁴ Über die Unterscheidung zwischen Kriegsblockade und Friedensblockade siehe oben § 9.

⁵ Beispiele einer Blockade auf dem Festlande waren die Absperrungen von Kars durch die Russen im Krimkriege und von Paris durch die Deutschen im deutsch-französischen Kriege.

⁶ Napoleon I., der von der Blockierung den missbräuchlich ausgedehntesten Gebrauch machte, erklärte im Decret vom 21. November 1806: „Le droit de blocus, d'après la raison et l'usage de tous les peuples policés, n'est applicable qu'aux places fortes.“ Über die Aussichtslosigkeit der auf die Beseitigung der commerciellen Blockaden gerichteten Bestrebungen vergl. Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 329–330.

Eine Blockade von Flussmündungen darf nur stattfinden, wenn der Fluss seinem ganzen Laufe nach dem feindlichen Gebiete angehört.⁷

§ 72.

Zur Verhängung einer Blockade ist nur die souveräne Staatsgewalt eines kriegführenden Staates befugt.

Im übrigen wird eine Delegation als zulässig anerkannt.

Unter allen Umständen hat derjenige Befehlshaber, welcher ohne Specialauftrag seiner Regierung eine Blockade verhängt, hievon der souveränen Kriegsgewalt die sofortige Anzeige zu erstatten.⁸

II. Die Effectivität und Notification der Blockade.¹

§ 73.

Existiert kein Zweifel über das Recht der Kriegführenden, eine Blockade zu verhängen, und über die Pflicht der Neutralen, die verhängte Blockade zu respectieren, so erweist sich als umso dringlicher die Frage nach den Voraussetzungen des Bestandes einer legalen Blockade und ihrer Rechtsverbindlichkeit für die Neutralen.

In dieser Beziehung führte aber namentlich das Bestreben

⁷ Die Anwendung des Blockaderechtes auf internationale Ströme würde die Rechte der neutralen Uferstaaten direct verletzen. — Vergl. Martens, Völkerrecht, II. S. 530. — Der Vice-Admiral Fourichon handelte correct, als er während des letzten deutsch-französischen Krieges die Blockade der deutschen Nordseeküste nicht auf die Emsmündung ausdehnte, weil eine solche Ausdehnung ohne Verletzung der niederländischen Neutralität nicht durchzuführen war.

⁸ Während des Krimkrieges nahmen die englischen Prisengerichte an, dass eine stillschweigende Delegation in der Übertragung der Leitung der maritimen Operationen an einen Befehlshaber enthalten sei; während des jüngsten deutsch-französischen Krieges verhängten die Befehlshaber der französischen Seestreitkräfte in der Nord- und Ostsee die Blockade der deutschen Küsten „kraft der ihnen verliehenen Vollmachten“.

¹ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 330—332, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 465—468, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 526—531. Sieh auch Perels, Seerecht, S. 274—281.

der Kriegsparteien, die weitestgehenden Vortheile des Blockaderechtes mit den beschränktesten Opfern sich anzueignen, zur sogenannten fictiven oder Cabinets- oder Papier-Blockade (*blocus sur papier*). Die fictive Blockade ist nämlich eine bloß erklärte, aber nicht auch thatsächlich durch ausreichende Hilfsmittel unterhaltene Blockade. Die hiemit bezeichnete Blockierungsmethode wurde durch die Niederländer erfunden, welche 1584 alle noch im spanischen Besitze verbliebenen Plätze Flanderns für blockiert erklärten, jedoch zur Durchführung dieser Anordnung nur etliche Kreuzer aufstellten. — Nachdem alsbald auch England der neuen Praktik sich bemächtigt hatte, schlossen die nicht im Kriege befindlichen Mächte behufs Vertheidigung ihrer Interessen gegen die Willküracte Englands im Jahre 1780 den Bund der „bewaffneten Neutralität“ und definierten als einen blockierten Hafen einen solchen, in welchen vermöge der Dispositionen der angreifenden Macht und der in hinreichender Nähe stationierten Schiffe nicht ohne offenbare Gefahr eingelaufen werden kann („on n'accorde cette détermination [d'un port bloqué] qu'à celui où il y a, par la disposition de la puissance qui l'attaque avec des vaisseaux arrêtés et suffisamment proches, un danger évident d'entrer“). Auf gleiche Weise wurde die Blockade im Jahre 1800 in dem Vertragsinstrumente der „zweiten bewaffneten Neutralität“ definiert. Allein schon in der englisch-russischen Convention vom Jahre 1801 gelang es der englischen Diplomatie, das Erfordernis der „vaisseaux arrêtés et suffisamment proches“ für eine rechtsverbindliche Blockade dahin zu modificieren, dass an Stelle des verbindenden Wortes „et“ das trennende Wort „ou“ gesetzt wurde.² — Nachdem hiedurch das System der fictiven (oder Schein-)Blockade wiedererweckt worden war, erfolgte alsbald die schrankenlose Ausnützung desselben von Seiten Englands und Frankreichs gegeneinander wie gegen dritte Staaten. Napoleon I. erklärte „les îles britanniques en état de blocus“, während Frankreich kein Schiff auf hoher See hatte. England trieb die Kreuzerblockade auf die Spitze, indem es im Jahre 1807 sämtliche Häfen aller mit Frankreich verbündeten Staaten des Continentes

² Auf solche Weise entstand der Begriff des „*blocus par croisière*“.

in Blockadezustand erklärte und die dahin fahrenden Schiffe confiscierte.³

Erst die Pariser Declaration vom 16. April 1856 brachte das Erfordernis der Effectivität der Blockade wieder zur allgemeinen Anerkennung durch die Sanction des Satzes: „Die Blockaden müssen, um verbindlich zu sein, effectiv, d. h. durch eine Kriegsmacht unterhalten sein, welche hinreicht, um den Zugang zur feindlichen Küste thatsächlich zu verhindern“ („Les blocus, pour être obligatoires, doivent être effectifs, c'est à dire maintenus par une force suffisant pour interdire réellement l'accès du littoral de l'ennemi“). Es muss also, wenn die Blockade effectiv sein soll, jeder Verkehr zwischen dem blockierten Küstendistricte und der offenen See factisch verhindert werden können. Trifft diese Voraussetzung zu, so ist eine Kriegspartei auch nicht behindert, die Blockade auf das ganze Küstengebiet des feindlichen Staates auszudehnen.⁴

§ 74.

Über die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Absperrung als eine im Sinne der Pariser Declaration „effective“ anzusehen sei, und insbesondere darüber, welche Zahl von Schiffen diesfalls erfordert werde und in welcher Entfernung von dem blockierten Districte die Schiffe stationiert sein müssen, kann nur jeweilig nach den besonderen Verhältnissen des einzelnen Falles geurtheilt werden.

Das für die Beurtheilung der Frage entscheidende Moment wird stets darin liegen, dass jedes Ein- und Auslaufen mit dringender und augenscheinlicher Gefahr der Aufbringung verbunden ist.

In denjenigen Fällen, in welchen die Effectivität vor dem Prisengerichte bestritten wird, genügt nach neuerer und zwar insbesondere englischer Praxis die dienstliche und eidliche Er-

³ Die englische Jurisprudenz hat übrigens stets anerkannt, dass sich die Maßregel nur als Repressalie rechtfertigen lasse.

⁴ Die englische Regierung anerkannte im Jahre 1861 die Blockade als ordnungsmäßig constituirt, welche die Nordstaaten der Union über die ganze Küste der Südstaaten, d. h. auf eine Ausdehnung von 2500 Seemeilen verhängt hatten, da die Washingtoner Regierung den Nachweis erbrachte, dass sie imstande sei, eine solche Blockade zu unterhalten.

klärung des commandierenden Officiers der Blockade-Station, „dass die Blockade durch eine hinreichende Macht ausgeübt worden sei“, vollständig, um alle Einwendungen gegen die Effectivität zurückzuweisen.⁵

§ 75.

Die bloße Thatsache der Absperrung eines Küstendistrictes vermag jedoch die Rechtsverbindlichkeit einer Blockade für die Neutralen noch nicht zu begründen. Es muss vielmehr mit der Thatsache der Absperrung eine Benachrichtigung oder eine entsprechende Notification an die Neutralen verbunden werden. Die Benachrichtigung ergeht: 1. auf diplomatischem Wege an die neutralen Mächte; 2. durch den Commandanten der blockierenden Streitkräfte an die Repräsentanten der neutralen Staaten in dem Districte seiner Wirksamkeit und — je nach den Umständen — auch an die Localbehörden in den blockierten Hafenplätzen; 3. nach neuerer Praxis außerdem an diejenigen

⁵ Im allgemeinen ist bisher die Bestimmung der Pariser Declaration durch die Seemächte befolgt worden. Außerhalb Europas erließ der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika am 17. August 1866 einen Protest gegen die Schließung des mexikanischen Hafens von Matamoros durch Decret des Kaisers Maximilian vom 9. Juli 1866 „in Erwägung, dass die Verhängung einer Kriegsblockade, welche nicht effectiv durch militärische oder maritime Streitkräfte aufrechterhalten wird, die Rechte der neutralen Vereinigten Staaten verletze“. Was die europäischen Staaten anbelangt, so sind seit der Pariser Declaration vom Jahre 1856 nur zwei einschlagende Klagen verlaublich worden, und zwar die eine gegen die dänische Regierung und die andere gegen die Pforte. — Im Kriege vom Jahre 1864 erklärte Dänemark alle preussischen Ostseehäfen für blockiert, während es doch nur wenige Kreuzer dahin entsandte. — Die Pforte erklärte durch Verfügung vom 3. Mai 1877 alle russischen Häfen am Schwarzen Meere in Blockadezustand, ohne auch nur ein Schiff zum Kreuzen zu beordern. Als im November des Jahres 1877 zwei italienische Schiffe, die aus dem Schwarzen Meere in Constantinopel anlangten, hier sequestriert wurden, protestierte der italienische Gesandte gegen die Beschlagnahme und wies nach, dass vorher schon mehr als 45 Schiffe die angebliche türkische Blockadelinie durchbrochen hatten und dass im Schwarzen Meere sich überhaupt keine türkische Flotte befinde. Die italienischen Schiffe wurden hierauf freigelassen, während die türkische Regierung bei der Behauptung, dass ihre Blockade der Küsten des Schwarzen Meeres eine Effectivblockade sei, bis zum Ende des Krieges verharrete.

in See betroffenen neutralen Handelsschiffe, bei welchen man zu der Annahme der Unbekanntschaft mit der Existenz der Blockade berechtigt ist.⁶

Nach erfolgter Notification der Blockade wird diese auch dann noch als verbindlich erachtet, wenn die Blockademacht durch Unwetter sich zu momentaner Entfernung genöthigt sieht.⁷

Die notificierte Blockade verliert dagegen ihre Verbindlichkeit, sobald sie (durch absichtliche oder verschuldete Entfernung oder durch Vertreibung des Blockadegeschwaders) wirklich aufgehört hat, effectiv zu sein. Eine Notification dieses Aufhörens an die Neutralen ist nicht geboten. Die Neutralen haben daher das Recht, durch ihre Kriegsschiffe die continuierliche Unterhaltung einer effectiven Blockade zu überwachen und, sobald die Effectivität entfällt, die Blockade als unverbindlich zu erklären.⁸

III. Der Blockadebruch.¹

§ 76.

Ein neutrales Schiff macht sich des Blockadebruches schuldig, wenn dasselbe ungeachtet seiner Bekanntschaft mit dem Bestande einer legalen Blockade die Blockadelinie zu passieren versucht.

⁶ Die unter 3 angeführte Special-Notification kann die allgemeine Benachrichtigung nicht ersetzen. Letztere muss die Angabe darüber enthalten, auf welche Küstenstriche oder Plätze sich die Blockade erstrecken und an welchem Tage sie in Kraft treten soll. Vergl. Perels, Seerecht, S. 281.

⁷ In der russischen Verordnung vom Jahre 1869 wird (Art. 99) erklärt, dass die Blockade für unwirksam gehalten werde, „sobald sich die Blockadeschiffe aus irgend welchem Grunde entfernen“. Ungleich richtiger bestimmt das 1880er Project einer neuen Verordnung (Art. 57), „dass die Blockade auch dann als effectiv anzusehen sei, wenn das Blockadegeschwader durch Unwetter sich zu entfernen veranlasst werde“. Vergl. Martens, Völkerrecht, II. S. 531.

⁸ Auf solche Weise verfahren die Vereinigten Staaten im Jahre 1870 bei der französischen Blockade der Elbe.

¹ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 333—336, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 470—473, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 531—533. — Sieh auch Perels, Seerecht, S. 282—288.

Das betreffende Schiff muss jedoch, wenn es als Blockadebrecher behandelt werden soll, bei der thatsächlichen Ausführung des Versuches, die Blockadelinie zu passieren, angehalten worden sein.²

Die bloße Thatsache, dass ein Handelsschiff nach einem blockierten Hafen dirigiert ist, oder die Verfrachtung nach einem solchen Hafen rechtfertigen die Beschlagnahme wegen Blockadebruches ebensowenig, als durch die Voraussetzung der Continuität der Reise oder der „zusammenhängenden Reise“ (voyage continué) eines Schiffes, wonach mehrere Reisen für eine einzige Reise anzusehen sind, die Verurtheilung wegen Blockadebruches gerechtfertigt werden kann.³

§ 77.

In Beantwortung der Frage, ob und inwiefern das Hinauskommen eines Neutralen aus einem blockierten Orte als Blockadebruch anzusehen sei, muss zwischen neutralen Handelsschiffen und neutralen Staatsschiffen unterschieden werden.

Für neutrale Handelsschiffe gelten folgende drei Grundsätze: 1. Schiffe, welche schon vor der Blockade im Hafen lagen, müssen eine angemessene Frist erhalten, um frei hinausgehen zu können; 2. Schiffe, welche mit Lizenz in den Hafen hineingelassen worden sind, müssen auch wieder frei hinausgelassen werden; 3. Schiffe, welche durch Noth in den

² Der Thatbestand des Blockadebruches pflegt angenommen zu werden, wenn ein nach dem blockierten Platze bestimmtes Schiff außerhalb der Blockadelinie in der Nähe zu Anker geht, beidreht oder kreuzt, weil in solchen Fällen sich die Vermuthung rechtfertigt, dass das Schiff die nächstbeste Gelegenheit benützen will, um die Linie zu durchbrechen. Vergl. Perels, Seerecht, S. 284.

³ Vergl. Travers-Twiss, La theorie de la continuité du voyage. Paris 1877. — Fall des „Springbok“! — Das englische Schiff „Springbok“ war zur Zeit des Secessionskrieges möglicherweise nach einem Hafen der Südstaaten bestimmt, fuhr jedoch zunächst, ohne einen Blockadebruch versucht zu haben, nach dem Hafen von Nassau in Canada. Während dieser Fahrt wurde der „Springbok“ von nordamerikanischen Kreuzern arretiert und nachher für gute Prise erklärt mit der Begründung, dass ein Schiff, wohin immer es zunächst fahren möge, sobald sein Endziel ein blockierter Hafen ist, als während der ganzen Reise verbrecherisch handelnd angesehen werden müsse.

blockierten Hafen getrieben wurden, verletzen die Blockade nicht und dürfen frei hinausgehen, haben sich aber aller Handelsoperationen im Hafen zu enthalten.

Neutrale Staatsschiffe können nie weggenommen und müssen frei ein- und ausgelassen werden, um eventuell den Verkehr ihrer Regierungen mit ihren dortigen Gesandten zu vermitteln oder ihre Unterthanen zu schützen.⁴

§ 78.

Die unmittelbare Folge des Blockadebruches besteht in der Wegnahme des schuldigen Fahrzeuges und der Abführung desselben in einen Hafen der blockierenden Macht behufs seiner Aburtheilung durch ein Prisengericht.

Wenn die Wegnahme für legal erklärt wird, so verfällt das Schiff der Confiscation. Die Confiscation der Ladung wird stets eintreten: 1. wenn und soweit der Eigenthümer des Schiffes zugleich Eigenthümer der Ladung ist; 2. wenn angenommen werden muss, dass der Eigenthümer der Ladung zur Zeit der Bestimmung derselben nach dem blockierten Platze von der Existenz der Blockade Kenntniss hatte; 3. wenn und soweit die Ladung aus Kriegscontrebände besteht. Die Mannschaft des genommenen neutralen Schiffes darf, sofern dieselbe nicht feindlicher Nationalität ist, der Kriegsgefangenschaft nicht unterworfen werden.

Nach Aufhebung der Blockade kann selbst ein beabsichtigter Blockadebruch nicht mehr bestraft werden und ist auch die Wegnahme wegen früher begangenen Blockadebruches nicht mehr zulässig.⁵

⁴ Vergl. Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 335—336.

⁵ Dieser Grundsatz beruht darauf, dass mit Beendigung der Blockade alle aus dem Blockaderecht hervorgehenden Befugnisse der blockierenden Macht, soweit sie nicht bereits thatsächlich geltend gemacht worden sind, von selbst wegfallen. Vergl. Perels, Seerecht, S. 285.

Zweites Capitel.

Die Beschränkungen des neutralen Handels durch das Verbot der Zufuhr von Kriegscontrebande.¹

I. Begriff und Gegenstände der Kriegscontrebande.²

§ 79.

Der Ausdruck „Contrebande“ (contra bannum = gegen das Verbot) stammt aus dem Mittelalter, wo die Päpste unter der Strafe des Bannes (Excommunication) den Christen verboten, den bekriegten Ungläubigen Waffen zuzuführen.

In der Folge wandte man den gleichen Ausdruck auf diejenigen Waren an, deren Zufuhr in die Hände von Kriegsparteien den Neutralen untersagt sein sollte.

Eine bestimmte Formel für die Zusammenfassung der zur Kriegscontrebande gehörigen und sohin durch die Neutralen den Kriegsparteien nicht zuzuführenden Gegenstände hat bisher noch keine allgemeine Anerkennung gefunden. Auch in der Pariser Declaration ist kein Versuch einer Definition gemacht worden. Die einschlagenden Verträge stimmen in der Aufzählung der Artikel nicht überein.³

¹ Vergl. im allgemeinen Heffter, Völkerrecht, S. 337—350, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 448—458, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 574—578. — Sieh auch Perels, Seerecht, S. 253—271. — Gute Monographie: Lehmann, Die Zufuhr von Kriegscontrebandewaren nach kriegführenden Ländern seitens Neutralen. Kiel 1877.

² Vergl. Kantakusin-Speranski, Begriffsbestimmung der Kriegscontrebande. Odessa 1875.

³ So hat z. B. Deutschland seit dem Jahre 1869 mit drei amerikanischen Freistaaten (1869 mit San Salvador, 1870 mit Mexiko und 1875 mit Costa-Rika) Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge abgeschlossen und in jedem dieser Verträge ist der Umfang des Begriffes der Kriegscontrebande ein anderer!

§ 80.

In der Gegenwart pflegen die neutralen Staaten beim Ausbruche eines Krieges bekanntzumachen, welche Gegenstände als Kriegscontrebande gelten und den Kriegsparteien von ihren Unterthanen nicht zugeführt werden dürfen.

Die betreffenden Instructionen und Verordnungen weisen jedoch keinerlei Übereinstimmung auf, beziehungsweise stimmen nur überein (geradeso, wie die allfälligen Declarationen der Kriegsparteien selbst) in der zunehmenden Hinneigung zur allgemeinen Qualificierung der Kriegscontrebande-Gegenstände.⁴

Ungleich wichtiger wäre es, wenn die Kriegsparteien selbst dem unlöblichen Gebrauch entsagen wollten, diejenigen Gegenstände nicht besonders aufzuzählen, welche sie als Kriegscontrebande anzusehen und zu behandeln gewillt sind.⁵

§ 81.

Angesichts solcher Sachlage erübrigt nur, dass die Neutralen — in Ermangelung von entgegenstehenden Verträgen oder Verordnungen der neutralen Staaten oder Erklärungen der Kriegsparteien — dasjenige als Kriegscontrebande ansehen, was zu allen Zeiten von allen Völkern gleichmäßig als Contre-

⁴ Die französische Instruction besagt z. B., dass die Contrebande aus bestimmten besonders namhaft gemachten Gegenständen bestehe und aus allen zum Gebrauche im Kriege angefertigten Werkzeugen (instruments). Das dänische Reglement vom 16. Februar 1864 zählt einzelne Gegenstände auf und fügt dann alle zum Kriege verwendbaren Artikel hinzu; auf demselben Standpunkte steht die dänische Verordnung vom 25. Juli 1870. Auch die österreichische Ministerial-Verordnung vom 3. März 1864 und die kaiserliche Verordnung vom 9. Juli 1866 machen die Gegenstände der Kriegscontrebande einzeln namhaft und rechnen dann dahin „überhaupt alle Gegenstände, welche unmittelbar zum Kriegsgebrauche verwendet werden können“. — Das preußische Reglement vom 20. Juli 1864 zählt gleichfalls einzelne Gegenstände auf und fügt dann hinzu „alle Gegenstände, welche sich unmittelbar für den Krieg verwenden lassen“. — In gleicher Weise schließt die italienische Instruction vom 20. Juni 1866 den aufgezählten Gegenständen der Kriegscontrebande alles dasjenige an, was ohne Umarbeitung zur unmittelbaren Ausrüstung zur See oder auf dem Lande dienen kann.

⁵ Nur Russland hat während des letzten Türkenkrieges ausreichend bestimmt erklärt, was in diesem Kriege als Kriegscontrebande betrachtet werden würde. Vergl. den Senats-Ukas vom 12. Mai 1877, Art. VI.

bande der Neutralen behandelt worden ist, d. h. jede militärische Angriffs- und Schutzwaffe nebst Kriegsmunition.⁶

Die hiemit bezeichneten Gegenstände constituieren den Begriff der absoluten Kriegscontrebände, während die Gegenstände, welche sowohl im Frieden als auch im Kriege dienen können und brauchbar sind, den Begriff der relativen Kriegscontrebände begründen.⁷

In der Praxis der jüngsten Kriege sind namentlich Streitigkeiten entstanden hinsichtlich der Steinkohlen, der Dampfmaschinen für Kriegsschiffe, der Pferde und Eisenbahnschienen. Lebensmittel und Geld werden, abgesehen von deren directer Zufuhr zu einer feindlichen Flotte, kaum mehr zur möglichen Contrebände gerechnet. Soweit es sich überhaupt um Gegenstände der relativen Kriegscontrebände handelt, hat man die jeweiligen Umstände in Betracht zu ziehen; und ob die betreffenden Gegenstände dann als Contrebände anzusehen sind, ist eine Frage des concreten Falles.⁸

II. Thatbestand und Folgen der Zufuhr von Kriegscontrebände.¹

§ 82.

Der Neutrale wird einer Kriegspartei wegen Kriegscontre-

⁶ In diesem Sinne bezeichnete ganz richtig der russische Senats-Ukas von 1877 als Gegenstände der Kriegscontrebände: Waffen aller Art, Theile von Schusswaffen, Schießbedarf, Sprengmaschinen und Sprengstoffe (Minen, Torpedos, Dynamit); Zubehör zu Transportmitteln für die Armee, die Artillerie, die Maschinerien; Gegenstände der Ausrüstung und Bekleidung der Soldaten. — Bluntschli rechnet (Völkerrecht, S. 452) zur unzweifelhaften Kriegscontrebände: *a/* die Kriegswaffen, Kanonen, Flinten, Säbel, Kugeln, Pulver und ähnliche Kriegswerkzeuge; *b/* Salpeter und Schwefel, die zur Pulverfabrikation dienen; *c/* Kriegsfahrzeuge und Torpedos; *d/* feindliche Kriegsdepeschen, die im Interesse einer Kriegspartei transportiert werden. — Wir rechnen die feindlichen Kriegsdepeschen (im Gegensatze zu Bluntschli) zur sogenannten uneigentlichen Kriegscontrebände und die Kriegsfahrzeuge (mit Bluntschli und gegen Heffter [Völkerrecht, S. 348]) zur eigentlichen oder unzweifelhaften Kriegscontrebände.

⁷ „Res anticipis usus!“

⁸ Sieh Martens, Völkerrecht, II. S. 577.

¹ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 345—348, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 456—461, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 578. — Sieh auch Perels, Seerecht, S. 259—267.

bande verantwortlich und straffällig, sobald das neutrale Schiff den neutralen Hafen mit Bestimmung des rechtswidrigen Transportes für die andere Kriegspartei verlassen hat.

Zur Ermittlung der feindlichen Bestimmung dient in erster Linie der aus den Schiffspapieren sich ergebende Bestimmungsort. Die Angabe eines unverfänglichen Bestimmungsortes in den Schiffspapieren ist jedoch wenigstens dann nicht absolut maßgebend, wenn der Curs des betreffenden Schiffes ein anderer ist, als er nach dem Inhalte der Ladungspapiere und zwar insbesondere der Connossemente sein müsste. Befindet sich ein Schiff mit Waren, welche an und für sich den Charakter der Kriegscontrebande tragen, wirklich auf der Reise von einem neutralen Hafen nach einem anderen, so erwächst hieraus für den Neutralen nur die *praesumptio juris* der Unverfänglichkeit der Bestimmung, dergestalt, dass der Nehmer stricte den Beweis der feindlichen Bestimmung zu führen hat.²

Mit Beendigung der Reise, mittelst deren einer Kriegspartei Kriegscontrebande zugeführt wurde, ist das Delict consumiert und auf der Rückreise wie überhaupt auf weiteren Reisen nach Löschung der Contrebande die Inanspruchnahme des Schiffes aus jenem illegalen Acte ausgeschlossen.³

§ 83.

Die Folge der Betretung auf der Zufuhr von Kriegscontrebande war von jeher und ist heute noch die Wegnahme der verbotenen Gegenstände und die Confiscation derselben im Wege der Prisenjustiz, wobei jedoch von der Confiscation die-

² *Dolus circuitu non purgatur!* So wurde 1855 das hannoveranische Schiff „Vrow Howina“ verurtheilt, welches mit Salpeter von England nach Lissabon gieng, von wo aus die Ware nach Hamburg verschifft werden sollte, um dann weiter nach Russland zu gehen. Vergl. auch den Bescheid des englischen Foreign Office an den Eigenthümer des „Peterhoff“, den Handel mit Matamoros betreffend, vom 3. April 1863.

³ Mit Recht protestierte deshalb 1879 die deutsche Reichsregierung gegen die peruanische Beschlagnahme des deutschen Dampfers „Luxor“, der etliche Kisten Waffen nach Valparaiso gebracht hatte, da nicht ein peruanisches Kriegsschiff den „Luxor“ anhielt, — sondern das Schiff erst nach Ablieferung der Waffen nach Peru gekommen war.

jenige Menge von Waffen und Munition ausgenommen wird, deren das Schiff selbst bedarf.⁴

Bezüglich derjenigen Gegenstände, welche nicht primo visu als zu Kriegszwecken bestimmt erscheinen (wie z. B. Lebensmittel, Tuch, Bauholz u. s. w.), gilt ein Vorkaufsrecht (*le droit de préemption*) des Nehmestaates, indem die dem Feinde bestimmten Waren nur weggenommen, jedoch dem Eigenthümer vergütet werden.⁵

Die Frage, ob sich die Confiscation auch auf denjenigen Theil der Schiffsladung zu erstrecken habe, welcher nicht Contrebande ist, muss in verneinendem Sinne beantwortet werden. Man hat allerdings der Confiscation auch der unverfänglichen Ladung den Charakter einer Strafe für die Zufuhr von Contrebande vindicieren wollen. Die Kriegsparteien besitzen jedoch außerhalb ihres Gebietes keine Strafgerichtsbarkeit.⁶

§ 84.

Das Schiff wird nur dann confisciert, wenn anzunehmen ist, dass der Rheder oder der Capitän von dem rechtswidrigen Transporte Kenntnis besaß. Vielfach hat man in der Praxis dem Befehlshaber des Kreuzers die Befugnis ertheilt, gegen sofortige Herausgabe der Contrebande-Artikel das Schiff frei zu lassen. In manchen Verträgen findet sich die Confiscation der Schiffe ausdrücklich ausgeschlossen.

In der That rechtfertigt die Wissentlichkeit der Beförderung von Kriegscontrebande die strengsten Repressivmaßregeln.

Auch als Präventivmaßregel gegen künftige Neutralitätsverletzungen rechtfertigt sich die Beschlagnahme mindestens

⁴ Vergl. Martens, Völkerrecht, II. S. 578.

⁵ Sieh Martens, Völkerrecht, II. S. 578. — Vergl. jedoch Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 348.

⁶ Nach Ortolans Zeugnis wird die Confiscation der gesamten Ladung in der Praxis für gerechtfertigt erachtet: 1. wenn die Contrebande mindestens drei Viertel des Wertes der Ladung beträgt; 2. wenn auch die unverfängliche Ladung dem Eigenthümer der Contrebande gehört; 3. wenn falsche Schiffspapiere oder Declarationen concurren; 4. wenn in Gemäßheit eines Staatsvertrages der Eigenthümer verpflichtet ist, sich der Zufuhr von Contrebande zu enthalten.

derjenigen Schiffe, deren Eigenthümer die Beförderung von Kriegscontrebände als Geschäft betreiben.⁷

III. Die uneigentliche Contrebände (contrebande par accident).¹

§ 85.

Die neuere Praxis hat den Begriff von Kriegscontrebände auch auf die Truppen und die Depeschen der kriegführenden Staaten ausgedehnt.²

Durch die freiwillige Zufuhr solcher „uneigentlichen Kriegscontrebände“ („contrebande par accident“, auch „Quasi-Kriegscontrebände“ [„assimiles à la contrebande de guerre“] genannt) macht sich das neutrale Schiff unmittelbar zum Hilfsgenossen einer Kriegspartei und geht seines neutralen Charakters verlustig.

Die Frage, was einen Truppentransport constituire, ist wesentlich eine quaestio facti. Was die Depeschen an und für einen Kriegführenden anbelangt, so ist nicht der Inhalt, sondern nur die Bestimmung derselben für den Charakter der Operation maßgebend. Irrelevant bleibt es hiebei, ob die Depeschen in einem feindlichen Hafen oder in einem neutralen Platze an Bord genommen worden sind.³

§ 86.

Nicht zur uneigentlichen Kriegscontrebände gehören die diplomatischen Agenten eines kriegführenden Staates: die Kriegs-

⁷ Auf diesem Gebiete ist Strenge, wie Oppenheim bemerkt, Humanitätspflicht, weil dieselbe zur Abkürzung der Kriege beiträgt. Vergl. Perels, Seerecht, 264—266.

¹ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 348—350, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 459—460, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 578. — Sieh auch Perels, Seerecht, S. 267—271. — Lehrreiche Monographie: Marquardsen, Der Trentfall. Erlangen 1862.

² Zur uneigentlichen oder Quasi-Kriegscontrebände rechnen z. B.: die italienische Instruction — die Depeschen und die officielle Correspondenz; die französische Instruction — den Transport von Truppen und offiziellen Depeschen an den Feind; der russische Ukas vom 24. Mai 1877 — den Transport feindlicher Truppen, der Depeschen und der Correspondenz des Feindes und den Bedarf (la fourniture) für die Kriegsschiffe des feindlichen Staates.

³ Sieh namentlich Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 349—350.

partei kann wohl verhindern, dass ein diplomatischer Agent über ihr Gebiet reise, und ihn, wenn er es ohne ihre Erlaubnis thut, als eine politisch wichtige feindliche Person gefangen nehmen oder als Geisel behandeln; aber sie ist nicht berechtigt, gegen ein neutrales Schiff auf offener See oder in neutralen Gewässern deshalb Gewalt zu üben, weil es solche Personen an Bord hat.⁴

Nach dem entgegengesetzten Grundsatz verfahren die Vereinigten Staaten von Nordamerika in der sogenannten Trent-affaire.⁵

Gegen das Verfahren der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika protestierten jedoch nicht nur das hiebei zunächst interessierte England, sondern auch andere Großstaaten, wie Preußen, Österreich und Frankreich.⁶

§ 87.

Die Folge des Thatbestandes der Zufuhr von uneigentlicher Kriegscontrebande ist die Gefangennahme des Objectes und — je nach den Umständen — die Confiscation des Transportmittels.

Im Gegensatze zur britischen Praxis, welche auf den Einwand des Capitäns, dass er zu dem Transporte gezwungen oder

⁴ Vergl. Bluntschli, Völkerrecht, S. 459—460.

⁵ Am 7. November 1861 schifften sich die Commissäre der im Aufstande befindlichen Südstaaten der nordamerikanischen Union (Mason, Slidell, Eustis und Mac Farland) in Havannah auf dem englischen Postdampfer „Trent“ ein; ihre Bestimmung war, via St. Thomas nach Europa zu fahren und dort für die Südstaaten Unterstützung zu suchen. Der Capitän des „Trent“ und die Rheder hatten von dieser Mission Kenntnis. Der Commandant des Uniondampfers „San Jacinto“ fand sich deshalb veranlasst, auf eigene Hand den „Trent“ anzuhalten und gegen den Widerspruch des Capitäns die vier Commissäre als Gefangene zu sich an Bord zu nehmen. — In seinem Berichte erklärte der Commandant, er habe die Commissäre als verkörperte Depeschen angesehen und mithin auch Schiff und Ladung confiscieren können; jedoch hätte er der Prise entsagen wollen. — Gegenüber dem englischen Proteste nebst Forderung der Freigabe der Gefangenen und entsprechender Entschädigung hielt die Regierung in Washington an der Auffassung fest, dass die vier Personen Kriegscontrebande seien, bewilligte aber deren Freilassung, „weil kein Interesse an der Gefangenhaltung vorliege“.

⁶ Sieh namentlich die oben citierte Schrift von Marquardsen über den Trentfall.

hinterlistigerweise verleitet worden sei, keinerlei Rücksicht nimmt, hält die außerenglische Theorie an der Behauptung fest, dass nur die freiwillige Beförderung von Truppen und Depeschen die Confiscation des Transportmittels rechtfertige.

Schließlich sei noch constatirt, dass auch bei der uneigentlichen Kriegscontrebande sich der Grundsatz Bahn bricht, wonach die Confiscation des Transportmittels nur für den Fall des Betreffens in delicto als statthaft erscheint.⁷

⁷ Vergl. Perels, Seerecht, S. 269—271. — Vergl. Art. VII des russischen Erlasses vom 24. Mai 1877: „Les navires neutres pris en flagrant délit de semblable contrebande peuvent être, selon les circonstances, saisis et même confisqués.“ — Als ein Curiosum citirt Perels (Seerecht, S. 271) die in England vertretene Auffassung, dass auch im Falle der uneigentlichen Kriegscontrebande die unverfängliche Ladung der Confiscation zu unterwerfen sei, wenn der Eigenthümer der Ladung gleichzeitig Eigenthümer des Schiffes ist oder wenn derselbe von der Verletzung der Neutralitätspflicht Kenntniss hat.

Drittes Capitel.

Die Beschränkungen des neutralen Handels durch das Beuterecht der Kriegsparteien.¹

I. Das System des Consolato del mare.²

§ 88.

Die Frage nach den Beschränkungen des neutralen Handels durch das den Kriegsparteien zustehende Beuterecht im Seekriege gliedert sich des näheren in die Doppelfrage, inwieweit die Ausübung dieses Rechtes zulässig sei: 1. wenn nur das Schiff feindlicher Nationalität, die Ladung aber neutrales Eigenthum ist; 2. wenn nur die Ladung feindliches Eigenthum, das Schiff aber ein neutrales ist.

Die hiemit bezeichnete Doppelfrage hat folgende Lösungen gefunden: *a)* neutrales Gut auf feindlichem Schiffe ist der Wegnahme unterworfen („Unfrei Schiff — unfrei Gut“), beziehungsweise dasselbe ist der Wegnahme nicht unterworfen („Unfrei Schiff — frei Gut“); *b)* feindliches Gut auf neutralem Schiffe ist der Wegnahme unterworfen („Frei Schiff — unfrei Gut“), beziehungsweise dasselbe ist der Wegnahme nicht unterworfen („Frei Schiff — frei Gut“), beziehungsweise dasselbe ist nebst dem Schiffe der Wegnahme unterworfen („Unfrei Gut — unfrei Schiff“).

¹ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 350 – 355, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 374 – 376, sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 553 – 558 und S. 572 – 574. — Sieh auch Perels, Seerecht, S. 237 – 245.

² Consolato del mare = Zusammenstellung der Rechtsnormen, welche von den am Mittelmeerverkehre betheiligten Mittelmeerstaaten acceptiert wurden. Emanierung des Consolato del mare im XIII. oder XIV. Jahrhunderte. Der Name „Consolat“, welcher seit dem XV. Jahrhunderte die ursprüngliche Bezeichnung der Zusammenstellung (als der „Gesetze von Barcelona“) zu ersetzen begann, wird darauf zurückgeführt, dass die Consuln zuerst die Zusammenstellung als maßgebendes Gewohnheitsrecht anerkannten.

Diese Lösungen haben sich in drei verschiedenen Systemen entwickelt.³

§ 89.

Das älteste System ist das System des *Consolato del mare*, welches die Regel aufstellt, dass feindliches Gut auf neutralem Schiffe der Wegnahme unterworfen, dagegen neutrales Gut auf feindlichem Schiffe der Wegnahme nicht unterworfen sei.

Diese Regel fand die Anerkennung der Seestaaten weit hinaus über die Grenzen des ursprünglichen Geltungsgebietes des *Consolato del mare*.

England hielt an der Regel ein halbes Jahrtausend hindurch fest und brachte dieselbe bis in die neueste Zeit zu praktischer Anwendung.⁴

§ 90.

Die Regel des *Consolato del mare* entspricht denn auch dem starren Rechte des „*Suum cuique*“.

Der neutrale Handelsverkehr wurde jedoch durch die Durchführung der Regel schwer geschädigt.

Insbesondere ist ein Entschädigungsanspruch eines Neutralen für entgangenen Gewinn niemals anerkannt worden.⁵

II. Das französische System.¹

§ 91.

Ungleich weiter, als das System des *Consolato del mare*, gieng in Begünstigung der Kriegführenden das französische

³ Vergl. M. Furneaux, *Abridged history of the principal treatises of peace with reference to the question of the neutral flag protecting the property of the Enemy* (London 1837); Ferd. Conte Lucchesi-Palli, *Principi di diritto pubbl. maritimo* (Napoli 1841); Ägydi und Klauhold, *Frei Schiff unter Feindesflagge. Urkundliche Darstellung der Bestrebungen zur Fortbildung des Seerechtes seit 1856* (Hamburg 1866).

⁴ Wenn übrigens Heffter (*Völkerrecht*, S. 351) behauptet, dass Großbritannien die Regel „noch jetzt als die eigentliche Regel des gemeinsamen Völkerrechtes betrachte, wovon nur durch Vertrag eine Abweichung begründet werden könne“, so wird diese Behauptung seit Englands Theilnahme an der Pariser Declaration als hinfällig erscheinen müssen.

⁵ Vergl. Perels, *Seerecht*, S. 239—240.

¹ Vergl. Kaltenborns Art. „Seekrieg“ in Bluntschlis *Staatswörterbuch*, IX. S. 380.

System, welches seit ungefähr 1400 erklärte: „Ein feindliches Schiff wird mit allen darauf befindlichen und zwar auch den neutralen Gütern confisciert“ oder „Neutrales Gut auf feindlichem Schiffe ist der Wegnahme unterworfen“ („Unfrei Schiff — unfrei Gut“).²

§ 92.

Das Princip des französischen Systemes erhielt übrigens noch eine weitere Ausdehnung durch ein Edict Franz' II., welches die Regel aufstellte: „Wenn Schiff oder Ladung feindlich ist, so sind beide zu confiscieren.“

Diese Regel wurde durch die Marine-Ordonnanz vom Jahre 1681 adoptiert, indem hier festgesetzt wurde: „Tous les navires qui se trouveront chargés d'effets appartenans à nos ennemis et les marchandises de nos sujets ou alliés qui se trouveront dans un navire ennemi, seront pareillement de bonne prise.“

Auch die Ordonnanz vom Jahre 1704 enthält eine Bestätigung der Regel, dass ein neutrales Schiff verfalle, wenn es feindliches Gut geladen hat.³

§ 93.

Das in Rede stehende Princip „Unfrei Gut — unfrei Schiff“ beruht auf der Annahme, dass ein Neutraler, welcher sich zum Transporte feindlicher Waren hergibt, eine Neutralitätsverletzung begehe und demgemäß mit dem Verluste des Objectes, welches zur Begehung derselben dient, zu bestrafen sei.

Erst im Jahre 1744 wurde das Princip fallen gelassen unter Aufrechthaltung der Regel „Unfrei Schiff — unfrei Gut“.

Im übrigen interpretierte man von französischer Seite auch das Reglement vom Jahre 1744 dahin, dass es nur das Verhältnis zu denjenigen Staaten festsetze, mit welchen der Grundsatz „Frei Schiff — unfrei Gut“ vorher vereinbart gewesen sei.⁴

² Seine ausdrückliche Anerkennung fand das System in Art. 69 des Admiraltäts-Edictes Heinrichs III.

³ Der einschlagende Satz der Ordonnanz vom Jahre 1704 erklärt: „S'il se trouverait sur des vaisseaux neutres des effets appartenans aux ennemis de Sa Majesté, les vaisseaux et tous les chargements seraient de bonne prise.“

⁴ Sieh Perels, Seerecht, S. 241—242.

III. Das System der Pariser Declaration.¹

§ 94.

Die mit der Handhabung des Systemes des Consolato del mare wie mit der Durchführung des französischen Systemes verbundenen Schädigungen der neutralen Schiffahrtsinteressen hatten bereits im XVII. Jahrhunderte dahin geführt, dass man vertragsmäßig feindliches Gut (mit Ausnahme von Kriegscontrebande) an Bord neutraler Schiffe für frei erklärte, während man sich das Recht der Confiscation neutralen Gutes auf feindlichem Schiffe vorbehielt.

Die Beantwortung der Frage, ob die Confiscation zulässig sei oder nicht, wurde auf solche Weise lediglich von der Flagge abhängig gemacht.

Die Verträge, durch welche der Grundsatz „Frei Schiff — frei Gut“ oder „le pavillon couvre la marchandise“ zur Geltung gelangte, spielten eine bedeutsame Rolle namentlich in einem Conflict, der zwischen Preußen und England aus Veranlassung der Aufbringung einer größeren Anzahl preußischer Schiffe und Ladungen während des Seekrieges von 1744—1748 entstanden war.²

¹ Vergl. neben den früher citierten Schriften: Katchenowsky, Prize law: particularly with reference to the duties and obligations of belligerents and neutrals, transl. by Pratt. London 1867.

² Das britische Admiralitäts-Gericht hatte die betreffenden Ladungen condemnirt, soweit nicht der Nachweis der neutralen Qualität erbracht war. Die benachtheiligten Interessenten wandten sich mit ihren Beschwerden an den König von Preußen, welcher die einzelnen Fälle durch eine Commission untersuchen ließ. Die Beschwerden wurden von der Commission für begründet erachtet und, da dessenungeachtet die britische Regierung die Forderung auf Herbeiführung einer anderen Entscheidung ablehnte, so brachte der König seine Drohung, Repressalien auszuüben, zur Ausführung. — Der König von Preußen hatte nämlich im Breslauer und Dresdener Frieden mit Österreich die Bezahlung beträchtlicher Geldsummen übernommen, welche von Kaiser Karl VI. unter Verpfändung der Revenuen von Schlesien von englischen Privatleuten (1733—1736 auf 10 Jahre) geborgt und bis dahin dem größten Theile nach noch nicht bezahlt worden waren. Der König beschloss, diese Gelder so lange mit Arrest zu belegen, bis die britische Regierung seinen Unterthanen Genugthuung gegeben haben

§ 95.

Von nachhaltigem Einflusse war die Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit feindlichen Gutes unter neutraler Flagge in den Vereinbarungen der bewaffneten Neutralitäten vom Jahre 1780 und vom Jahre 1800.

In der berühmten Declaration vom 28. Februar 1780 stellte Kaiserin Katharina II. (im Anschlusse an den ersten Grundsatz: „que les vaisseaux neutres puissent naviguer librement de port en port sur les côtes des nations en guerre“) den weiteren Grundsatz auf: „que les effets appartenans aux sujets des dites puissances en guerre soient libres sur les vaisseaux neutres à l'exception des marchandises de contrebande“.

Ungeachtet der energischen Proteste Englands ward diese Februar-Declaration von der Mehrheit der continentalen Seemächte angenommen und zur Grundlage eines Bundes erhoben, der sie mit vereinten Kräften gegen jede Verletzung schützen sollte.³

§ 96.

Erst während des Krieges von 1854—1856 zeigte sich auch England, als Bundesgenosse Napoleons III., bereit, diejenigen Grundsätze zu befolgen, welche der Continent schon längst als die richtigen angesehen hatte, nämlich den Grundsatz, dass die neutrale Flagge das feindliche Gut decke („Frei Schiff — frei Gut“), und den Grundsatz, dass neutrales Gut auch unter Feindesflagge frei sei („Unfrei Schiff — frei Gut“), immer mit Ausnahme der Kriegscontrebande.⁴

würde. Der Conflict fand seine Erledigung im Jahre 1756. — England bewilligte 20.000 Pfund Sterling Entschädigung, worauf die zurückbehaltenen Capitalien sammt Zinsen an die englischen Gläubiger gezahlt wurden.

³ Sieh Martens, Völkerrecht, II. S. 555. — Das preußische Landrecht hat die Regel von der Freiheit feindlichen Gutes unter neutraler Flagge, gleichzeitig aber auch den Grundsatz der Freiheit neutralen Gutes an Bord feindlicher Schiffe adoptiert. Vergl. das allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten, I. § 213 und § 214, sowie (betreffend die Ausnahme im Falle der Kriegscontrebande) § 216. — Sieh auch Bluntschli, Völkerrecht, S. 445—446.

⁴ Sieh die beim Ausbruche des orientalischen Krieges von England und Frankreich abgegebenen Erklärungen vom 28., beziehungsweise 29. März.

Beide Grundsätze fanden ihre allgemeine Anerkennung auf dem Pariser Congresse vom Jahre 1856.

Die Pariser Declaration vom 16. April 1856, betreffend das Seekriegsrecht, enthält in ihrer zweiten und dritten Regel die folgenden Bestimmungen: „Le pavillon neutre couvre la marchandise ennemie, à l'exception de la contrebande de guerre“ (Regel 2), und „La marchandise neutre, à l'exception de la contrebande de guerre, n'est pas saisissable sous pavillon ennemi“ (Regel 3).⁵

⁵ In den jüngsten Kriegen sind diese Regeln der Pariser Seerechts-Declaration immer beobachtet und außerdem vielfach durch besondere Proclamationen bei Eröffnung des Krieges durch die Kriegsparteien bekräftigt worden. — Mit Recht bemerkt Perels (Seerecht, S. 245): „Da diese Grundsätze nicht nur für die Signatarmächte, sondern für die große Reihe von Staaten verbindlich sind, welche in der Folge der Seerechts-Declaration beitraten, und da dieselben auch von Spanien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche mit Rücksicht auf die Regel 1 (Abschaffung der Kaperei) den Beitritt zur Declaration selbst abgelehnt hatten, sowie von vielen anderen außereuropäischen Staaten, welche eine förmliche generelle Beitrittserklärung nicht abgegeben haben, in einer Zahl von Verträgen als maßgebend für die contrahierenden Theile anerkannt wurden, so stellen sie das für die seekriegsrechtliche Praxis fast allgemein, in Gemäßheit ausdrücklicher Annahme, geltende Recht dar.“ — Russland erklärte demgemäß in dem Ukas vom 24. Mai 1877, betreffend die Regeln der Kriegführung, die Regeln als anwendbar auf alle Mächte „sans en excepter les Etats-Unis de l'Amérique du Nord et l'Espagne, qui jusqu'à présent n'ont pas adhéré à cette déclaration (de Paris)“.

Dritter Abschnitt.

Die der Handhabung ihrer materiellen Rechte dienstbaren formalen Rechte der Kriegsparteien gegen die Neutralen.¹

Erstes Capitel.

Das Anhalte-, Visitations- und Durchsuchungsrecht.²

I. Das Anhalterecht.³

§ 97.

Das Anhalterecht (*droit d'arrêt*) ist das Recht der Kriegsschiffe eines kriegführenden Staates, neutrale Handelsschiffe außerhalb des neutralen Seegebietes, d. h. auf offener See und in den Territorialgewässern der Kriegführenden, anzuhalten.

Der Zweck des Anhalterechtes besteht in der Ausübung des unter II zu erörternden Visitationsrechtes.

Obwohl das Anhalterecht, gleich dem Visitationsrechte selbst, in Kriegszeiten auf der ganzen offenen See ausgeübt werden kann, empfiehlt sich doch die Ausübung desselben gegen neutrale Handelsschiffe in Meeren, welche dem engeren Kriegsschauplatze fernliegen, nur insoweit, als wirklich der begründete Verdacht einer Neutralitätsverletzung vorliegt.⁴

¹ Hieher gehören: 1. das Anhalte-, Visitations- und Durchsuchungsrecht; 2. das Recht der Beschlagnahme und Wegführung; 3. die Prisengerichtsbarkeit gegen Neutrale.

² In unzutreffender Weise werden alle drei Rechte mitunter zusammengefasst als Durchsuchungsrecht.

³ Vergl. Heffter, Völkerrecht, S. 359 u. f., und Bluntschli, Völkerrecht, S. 461 u. f., sowie Martens, Völkerrecht, II. S. 579–581. — Sieh auch Perels, Seerecht, S. 293–297, und Bulmerincq, „Durchsuchungsrecht“ (in Holtzendorffs Rechtslexikon), sowie Kaltenborn, „Durchsuchungsrecht“ (in Bluntschlis Staatswörterbuch, III. S. 183–187).

⁴ Es war daher ein Missbrauch des Anhalterechtes, als während

§ 98.

Das gewöhnliche Verfahren bei der Anhaltung besteht zunächst darin, dass das Kriegsschiff sich dem neutralen Handelsschiffe nähert und dem Schiffe durch einen blinden Schuss (*coup de canon de semonce à boulet perdu ou à poudre*) das Signal zum Beidrehen oder Stoppen, d. h. zum Innehalten seines Laufes, gibt. Dieser Schuss muss unter der Nationalflagge abgegeben werden, welche die Legitimation zur Ausübung des Visitationsrechtes anzeigt; bei Nacht ist über der Flagge eine Laterne zu setzen. Der Gebrauch einer falschen Flagge bei Abgabe des Signalschusses gilt als völkerrechtswidrig.⁵

Bezüglich des Abstandes, welcher zwischen dem Kriegsschiffe und dem neutralen Handelsschiffe eingehalten werden soll, bestand früher der Grundsatz, dass sich das Kriegsschiff dem zum Beidrehen oder Stoppen aufgeforderten Schiffe auf Kanonenschussweite zu nähern habe.⁶ Je mehr aber die militärische Technik fortschritt, umso augenfälliger musste es werden, dass die Kanonenschussweite eine sehr relative Entfernung bedeutet.⁷ In neueren Verträgen ist denn auch in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Praxis festgesetzt, dass die innezuhaltende Entfernung, unter Berücksichtigung des Zweckes der Anhaltung, einerseits von den nautischen und den Witterungsverhältnissen sowie andererseits von dem Grade des Verdachtes abhängig zu machen sei.⁸

des Krieges zwischen Russland und der Türkei am 25. Juli 1877 ein russisches Kanonenboot innerhalb Kanonenschussweite von der japanischen Küste die deutsche Brigg „Oceanus“ anhielt, weil, um hier von der Verletzung der japanischen Neutralität abzusehen, der russische Befehlshaber genau wusste, dass die ostasiatischen Gewässer von türkischen Schiffen, denen das deutsche Schiff einen Vorschub hätte leisten können, notorisch nicht besucht werden.

⁵ Von obigen Regeln wurde im Trentfall auch die auf das Anhaltensignal bezügliche Vorschrift verletzt, indem der nordamerikanische Capitän sofort scharf schießen ließ.

⁶ Über die vielfachen Abweichungen von diesem Grundsatz in den Conventionen und Reglements siehe Perels, Seerecht, S. 294.

⁷ Vergl. Attlmayr, Elemente des internationalen Seerechtes (Wien 1878), I. S. 85.

⁸ Das Preußische Prisen-Reglement beschränkt sich im § 11 auf die einfache Bestimmung: „Der Befehlshaber des Kreuzers gibt dem Schiffe

Auf das vom Kriegsschiffe gegebene Signal muss das neutrale Handelsschiff beidrehen oder stoppen, um die Visitation zu erwarten. Das Kriegsschiff sendet hierauf in der Regel zu dem angehaltenen Schiffe eine Schaluppe mit einem Officiere und hinreichender Mannschaft, von welcher letzterer sich jedoch nur zwei oder drei Köpfe mit dem Officiere an Bord des angehaltenen Schiffes begeben. Unhaltbar ist dagegen die (von Bulmerincq und anderen aufgestellte) Behauptung, dass das angehaltene Schiff niemals aufgefordert werden könne, an Bord des Kriegsschiffes seinen Capitän zu senden, damit dieser die Schiffspapiere vorweise.⁹

§ 99.

Wenn das neutrale Handelsschiff ungeachtet des Signales zum Beidrehen oder Stoppen nicht anhält, sondern seine Fahrt fortsetzt oder sich gar augenscheinlich durch Flucht der Anhaltung zu entziehen bestrebt, so ist scharf zu schießen.

Wird von Seite des neutralen Schiffes auch einem in die Takelage abgegebenen scharfen Schusse keine Folge geleistet, so darf jede zum Zwecke der Anhaltung dienliche Gewaltmaßregel ergriffen werden.

Schiffe, welche sich mit Gewalt der Anhaltung widersetzen, machen sich einer feindseligen Haltung schuldig und werden schon deshalb gute Prise.¹⁰

II. Das Visitationsrecht.¹

§ 100.

Das Visitationsrecht (*droit de visite*, *right of visite*) ist das Recht der Kriegsschiffe kriegführender Staaten, angehaltene neutrale Handelsschiffe zu besuchen oder heimzusuchen.

das Signal, beizulegen oder zu stoppen.“ Hienach genügt die Signalisierung. Der innezuhaltende Abstand ist nach den concreten Umständen des Einzelfalles zu bemessen.

⁹ Das Preußische Prisen-Reglement erklärt umgekehrt im § 11 ganz allgemein als Regel: „Der Befehlshaber lässt den Schiffer mit den Schiffspapieren zu sich an Bord kommen.“

¹⁰ Vergl. z. B. das Preußische Prisen-Reglement, § 4, Z. 2, und § 7, Z. 3.

¹ Sieh die zu § 97 citierte Literatur.

Die Ausübung des Visitationsrechtes bezweckt entweder:
1. die Feststellung der Nationalität des angehaltenen Schiffes
oder 2. die Constatierung eines verbotenen Transportes oder
3. den Nachweis eines Blockadebruches.

Das Visitationsrecht ist unzertrennlich von den legitimen Rechten der Kriegsparteien und wird auch dann nicht zu entbehren sein, wenn die Freiheit des Privateigenthumes im Seekriege ihre grundsätzliche Anerkennung gefunden hat.²

§ 101.

Die Visite beginnt mit einer Prüfung der Schiffspapiere des angehaltenen Schiffes.

Die für die Prüfung erforderlichen oder geeigneten Papiere gliedern sich aber in drei Kategorien, nämlich: 1. die Papiere, betreffend die Nationalität des Schiffes (Register-Certificat und Seepass oder Seebrief, — eventuell Flaggenattest, Bielbrief, Messbrief, Rhedereiverzeichnis und Musterrolle); 2. die Reisepapiere, insbesondere das Schiffstagebuch (Journal oder Logbuch); 3. die Ladungspapiere (Frachtverträge, Manifest und Connossemente).

Ergibt sich bei Prüfung der Papiere kein Bedenken, so kann das Schiff seine Fahrt fortsetzen.³

§ 102.

Das Visitationsrecht der Kriegsparteien erleidet eine Einschränkung durch die sogenannte Convoiierung, d. h. das Schutzgeleite neutraler Handelsschiffe durch neutrale Kriegsschiffe. Der Convoi neutraler Handelsschiffe soll den Kriegsparteien die Garantie dafür gewähren, dass auf den convoiierten Schiffen

² Auch dann muss die Contrebande weggenommen werden können, welche erst die Visitation (und eventuell die Durchsuchung) feststellen kann. Vergl. Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 360.

³ Die Prüfung der Papiere hat sich auf den Inhalt derselben, sowie darauf zu erstrecken, ob dieselben augenscheinlich oder wahrscheinlich falsch oder gefälscht und ob doppelte Papiere verschiedenen Inhaltes vorhanden sind. — Der Mangel einzelner Papiere der einen oder anderen Kategorie ist irrelevant, wenn nur die vorhandenen Papiere die neutrale Qualität des Schiffes und die Unverfänglichkeit von Ladung und Bestimmung mit Gewissheit ergeben. — Stets wird jedoch ein Schiff verdächtig durch den Mangel des Register-Certificates, des Schiffsjournals, der Musterrolle oder aller die Ladung betreffenden Papiere. Sieh Perels, Seerecht, S. 299.

sich keine Contrebande-Artikel befinden und dass die Bestimmung der Schiffe eine erlaubte sei. Mit der Gewährung solcher Garantie entfällt der Zweck der Visitation.⁴

Der Commandant des Convois ist verpflichtet, vor Antritt der Reise von der Unverfänglichkeit der Ladung und der Bestimmung der zu geleitenden Schiffe sich zu überzeugen. Die Ausübung des Visitationsrechtes beschränkt sich dann auf die Entgegennahme einer Erklärung des Convoi-Commandanten darüber: ob die betreffenden Fahrzeuge wirklich zu seinem Convoi gehören, welche Nationalität und Bestimmung die Fahrzeuge haben und ob die Fahrzeuge Kriegscontrebande an Bord führen. Zur Entgegennahme dieser Erklärung entsendet der Kreuzer einen Officier an Bord des Geleitschiffes.⁵

Wenn die geforderte Erklärung befriedigend ausfällt, so muss von jeder weiteren Ausübung des Visitationsrechtes Abstand genommen werden.⁶

III. Das Durchsuchungsrecht.¹

§ 103.

Das Durchsuchungsrecht (*droit de recherche*) ist das Recht der Kriegsschiffe kriegführender Staaten, neutrale Handelsschiffe zu durchsuchen.

⁴ Das Preußische Prisen-Reglement erklärt im § 12: „Neutrale Schiffe, welche unter Convoi von Kriegsschiffen einer neutralen Macht gehen, sind der Untersuchung nicht unterworfen; es genügt die Erklärung des Befehlshabers des Convoi, dass die Papiere der convoiierten Schiffe in Ordnung sind und dass dieselben keine Kriegscontrebande an Bord haben.“

⁵ Ein gänzlicher Ausschluss des Visitationsrechtes convoiierten Schiffen gegenüber hat jedoch niemals allgemeine Anerkennung gefunden. Der neutrale Staat selbst kann getäuscht worden sein. Noch eher ist es möglich, dass der neutrale Staat und der Kriegsstaat eine verschiedene Meinung über die Ausdehnung des Begriffes der Kriegscontrebande haben. Vergl. Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 365, und Bluntschli, Völkerrecht, S. 462—465, sowie Perels, Seerecht, S. 306.

⁶ Eine weitere Ausübung des Visitationsrechtes ist dagegen als gerechtfertigt anzusehen: 1. wenn der Convoi-Befehlshaber es ablehnt, die erforderte Erklärung abzugeben; 2. wenn er erklärt, dass das eine oder andere von den Schiffen überhaupt nicht zu seinem Convoi gehöre; 3. wenn sich aus der Erklärung ergibt, dass ein Schiff in einer Neutralitätsverletzung begriffen ist. Vergl. Perels, Seerecht, S. 397.

¹ Vergl. die oben bei Erörterung des Anhalterechtes citierte Literatur.

Zur Durchsuchung wird geschritten, wenn die Schiffspapiere nicht in Ordnung sind oder die stattgehabte Visitation einen begründeten Verdacht veranlasst hat, beziehungsweise wenn die geforderte Erklärung eines Convoi-Befehlshabers nicht abgegeben wird oder nicht befriedigend ist.

Das neutrale Handelsschiff darf sich der Durchsuchung nicht widersetzen.²

§ 104.

Ein begründeter Verdacht ist vorhanden (neben dem Falle, in welchem das angehaltene Schiff unter fremder Flagge fährt): 1. wenn das angehaltene Schiff nicht beigedreht oder gestoppt (oder aufgebrasst) hat; 2. wenn das angehaltene Schiff sich der Visite der Behälter widersetzt hat, bezüglich deren die Vermuthung besteht, dass sie Schiffspapiere oder Kriegscontrebande verbergen; 3. wenn doppelte oder falsche oder gefälschte oder geheime oder unzureichende oder gar keine Papiere vorhanden sind, beziehungsweise wenn die Papiere in das Wasser geworfen oder in einer anderen Weise vernichtet wurden (besonders dann, wenn diese Handlungen sich vollzogen, als das neutrale Schiff das Herannahen des Kriegsschiffes in Sicht bekommen konnte).³

§ 105.

Die Personen, welchen die Durchsuchung übertragen ist, dürfen weder Behälter (*armoires, réduits, caisses, cassettes, tonnes futailles ou autres cachettes*), welche einen Theil der Ladung enthalten könnten, öffnen oder aufbrechen, noch Theile der Ladung, welche lose im Schiffe umherliegen, nach willkürlichem Ermessen durchsuchen.

Der durchsuchende Officier muss vielmehr die Behälter durch den Capitän öffnen lassen.

Das *droit de recherche* entspricht dem *right of search*, während das *droit de visite* gleichbedeutend ist mit dem *right of visite*. Die Durchsuchung erfolgt jedoch nur nach dem Ergebnisse der Visitation.

² Widersetzt sich das Schiff, so kann die Durchsuchung zwangsweise durchgeführt werden. Sogar Geleitschiffe, welche sich im Falle des § 103 der Durchsuchung widersetzen, können mit dem ganzen Convoizuge aufgebracht werden. Dies geschah z. B. im Jahre 1798 mit einem schwedischen Convoi.

³ Vergl. z. B. Russische Prisenregeln, § 83 — § 87.

Auch die lose im Schiffe liegende Ladung ist unter Mitwirkung des Capitäns zu durchsuchen.⁴

⁴ Vergl. Turiner Reglement, §19 — §22. — In beinahe wörtlicher Übereinstimmung mit der Darlegung des Textes erklärt z. B. das Preußische Prisen-Reglement im § 11: „Bei dieser Ermittlung“ (der Umstände) „dürfen verschlossene Räumlichkeiten, Verschlüge, Schränke, Kisten, Tonnen, Fastagen oder sonstige Behälter nicht geöffnet oder erbrochen werden. Der mit der Ermittlung beauftragte Officier hat vielmehr die Räumlichkeiten u. s. w., deren Durchsuchung er für nothwendig erachtet, durch den Schiffer öffnen zu lassen. Nur unter Zuziehung des letzteren darf auch die lose im Schiffe liegende Ladung durchsucht werden.“ — Sieh auch die österreichische Verordnung vom Jahre 1874, § 5. — Verweigert der Schiffer seine Mitwirkung bei der Durchsuchung oder die verlangte Eröffnung verschlossener Räumlichkeiten oder Behältnisse, so setzt er sich der Aufbringung aus, weil ja der Verdacht begründet erscheint, dass darin unerlaubte Waren enthalten sind. Ein Zwang gegen den Schiffer ist weder statthaft, noch darnach erforderlich. Sieh Perels, Seerecht, S. 300.

Zweites Capitel.

Das Recht der Beschlagnahme und Wegführung.¹

§ 106.

Der Beschlagnahme (saisie) und Wegführung setzt sich ein neutrales Handelsschiff aus theils in allen denjenigen Fällen des Verdachtes, welche im § 104 aufgezählt worden sind,² theils: 1. wenn sich aus der Visitation oder Durchsuchung ergibt, dass das angehaltene Schiff verbotene Transporte für Rechnung und Destination an den Feind besorgt; 2. wenn das Schiff bei Verletzung einer Blockade genommen wurde; 3. wenn das Schiff an Feindseligkeiten theilgenommen hat oder dazu bestimmt ist.³

Von den weiteren Folgen kann sich das angehaltene Schiff, soweit nicht im Falle von Contrebande die Auslieferung der verbotenen Artikel als genügend befunden wird, demnächst nur durch Ranzionierung befreien, falls die Ranzionierung neutraler Schiffe den Kreuzern (und Kapern) der kriegführenden Staaten nicht ausdrücklich untersagt ist.⁴

¹ Vergl. namentlich Heffter, Völkerrecht, S. 365—367, und Perels, Seerecht, S. 300—301 und S. 310—314.

² Was den Verdachtsgrund anbelangt, dass das angehaltene Schiff unter einer falschen Flagge fährt, so ereignete sich im Jahre 1871 der folgende eigenthümliche Fall. Das unter deutscher Flagge fahrende Schiff „Palme“ wurde von einem französischen Kreuzer genommen; es stellte sich aber heraus, dass das Schiff bereits im Jahre 1866 an eine schweizerische Gesellschaft verkauft worden war und nur aus dem Grunde unter deutscher Flagge fuhr, weil die Schweiz keine Seeflagge besitzt und Frankreich auch die Anerkennung einer solchen im Jahre 1854 verweigert hatte. Die „Palme“ wurde daher freigegeben.

³ Vergl. Turiner Reglement, § 23.

⁴ Die Ranzionierungsverträge (contrats de rachat), deren Inhalt die Freilassung der Prise gegen ein bestimmtes Lösegeld ist, sind allerdings in neuerer Zeit minder üblich, als in früherer Periode (z. B. im XVIII. Jahrhundert), jedoch auch noch in der „Act for regulating naval prize of war“ vom Jahre 1864 vorbehalten.

Das ranzionierte neutrale Schiff hat dann Anspruch auf den Schutz des feindlichen Staates, dem das Lösegeld zufließen soll, bis zur Beendigung der im Ranzionierungsvertrage bezeichneten Reise. Eine willkürliche Abweichung vom Reiseziele lässt den Losgelassenen des Anspruches auf weiteren Schutz verlustig gehen. Das Lösegeld darf eingezogen werden ohne Rücksicht darauf, ob die Prise eine rechtmäßige war oder nicht.⁵

§ 107.

Mit dem Augenblicke der Beschlagnahme wird der Nehmer, abgesehen von dessen Verpflichtungen gegen den eigenen Staat, dem neutralen Schiffseigentümer und Befrachter für alle Schädigung durch ungerechtfertigte Beschlagnahme verantwortlich.

Der Befehlshaber eines Kreuzers (oder Kapers), welcher ein neutrales Handelsschiff in Beschlag genommen hat, muss daher strenge darüber wachen, dass von der Ladung oder dem Schiffszubehör nichts gelöscht, verkauft, vertauscht oder beseitigt wird oder sonst verloren geht; er hat unter Zuziehung des Schiffers oder Steuermannes des aufgebrachten Schiffes die Ladung, soweit thunlich, unter Siegel oder Verschluss zu legen.

Die Schiffspapiere sind von dem Befehlshaber des Kreuzers (oder Kapers) nebst einem von ihm und dem Schiffer des aufgebrachten Schiffes unterschriebenen Verzeichnisse mit dem Siegel des Kreuzers und mit dem Siegel des Schiffers in einem Convolut zu verschließen.⁶

§ 108.

Hinsichtlich der Wegführung neutraler Handelsschiffe ist geradeso zu verfahren, wie bei „offenklar feindlichen Schiffen“.⁷

⁵ Der Ranzionierungsvertrag tritt an die Stelle der prisengerichtlichen Entscheidung: erachtet der Capitän die Nehmung für illegal, so ist es ihm ja unbenommen, den Vorschlag des Nehmers auf Eingehung des Vertrages abzulehnen.

⁶ Vergl. z. B. das Preußische Prisen-Reglement, § 13. — Das französische Reglement verlangt auch die Aufnahme einer schriftlichen Verhandlung über die Anhaltung und deren Gründe. — Sieh auch den Erlass des Nordamerikanischen Marinedepartements wegen des „Montgomery“ in den Cubanischen Gewässern vom 18. August 1862.

⁷ Sieh Heffter, Völkerrecht, S. 366.

Es gelten demgemäß auch für die Wegführung neutraler Handelsschiffe insbesondere diejenigen Grundsätze, welche bezüglich der Wegführung feindlicher Schiffe in Ansehung der Hafendirection, der Flaggenführung und der Prisenvernichtung an früherer Stelle erörtert worden sind.⁸

Bis zur Verbringung des Schiffes in einen Hafen des Nehmestaates oder einen Hafen eines befreundeten neutralen Staates darf die Ladung nicht geöffnet werden, es sei denn, dass der Schiffer oder dessen Stellvertreter behufs Erhaltung der Ladung in die Öffnung einwilligt.⁹

⁸ Sieh oben S. 59.

⁹ Vergl. das Preußische Prisen-Reglement, § 14, welcher bestimmt: „Der Befehlshaber des Kreuzers hat die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, indem er erforderlichen Falles einen Officier mit der zureichenden Mannschaft an Bord des aufgebrachten Schiffes sendet, damit das letztere in einen Preußischen Hafen oder, wenn dies mit Schwierigkeiten verbunden ist, in den Hafen einer mit Preußen verbündeten Macht, wo militärischer Schutz in Aussicht steht, gebracht wird. Die Ladung darf bis dahin nicht geöffnet werden; es sei denn, dass der Schiffer oder dessen Stellvertreter behufs Erhaltung der Ladung in die Öffnung einwilligt.“

Drittes Capitel.

Die Prisengerichtsbarkheit gegen Neutrale.¹

I. Die Prisengerichte.²

§ 109.

Wie die Beschlag- oder Wegnahme feindlicher Schiffe, so ist auch diejenige der neutralen Schiffe und ihrer Ladung der Beurtheilung der Prisengerichte unterworfen.

Auch wenn das Schiff ein neutrales ist, gilt das Prisengericht des Nehmestaates als zuständig zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Prise und über die Folgen der Beschlag- oder Wegnahme.

Der neutrale Staat darf nur dann eine Entscheidung in Prisensachen durch seine Organe herbeiführen, wenn durch die Ausübung des Prisensrechtes die Souveränitätsrechte des neutralen Staates verletzt worden sind, wie namentlich im Falle der Wegnahme des Schiffes im neutralen Gebiete.³

§ 110.

Ein Staat, dessen Kreuzer eine Prise nach einem neutralen Hafen gebracht hat, darf dieselbe durch eine von ihm daselbst einzusetzende Behörde oder durch sein etwa dort eingesetztes

¹ Über die Prisengerichtsbarkheit gegen feindliche Schiffe siehe oben S. 59 u. f.

² Die meisten Schriftsteller (z. B. Bluntschli, Martens und Perels) behandeln die Prisengerichtsbarkheit ohne scharfe Auseinanderhaltung der Prisengerichtsbarkheit gegen feindliche und gegen neutrale Schiffe. Vergl. dagegen Heffter, Völkerrecht, S. 367 – 372, beziehungsweise S. 289 – 291.

³ Auch in dem oben berührten Falle hat der neutrale Staat nur die Frage zu prüfen, ob der kriegerische Act thatsächlich in seinem maritimen Hoheitsgebiete erfolgt sei; eines Urtheiles über die Legalität der Prise von anderen Gesichtspunkten aus hat er sich zu enthalten. Vergl. Perels, Seerecht, S. 315 u. f.

Consular-Gericht nur mit ausdrücklicher Genehmigung der betreffenden fremden Staatsgewalt aburtheilen lassen.

Wird diese Genehmigung nur der einen der beiden Kriegsparteien ertheilt, so macht sich der neutrale Staat durch solche einseitige Begünstigung einer Neutralitätsverletzung schuldig.

Eine Vereinbarung verbündeter Mächte über die Einsetzung von Prisengerichten des einen Theiles im Lande des anderen Theiles unterliegt keinem völkerrechtlichen Bedenken.⁴

§ 111.

Den Spruch des Prisengerichtes muss auch der Neutrale als formelles Recht gelten lassen.

Der Kriegsstaat wird jedoch dem neutralen Staate verantwortlich für offenes Unrecht, welches das Prisengericht dem neutralen Eigenthümer zugefügt hat.

Nach Erschöpfung des für das processuale Verfahren im Nehmestaate gebotenen Instanzenzuges kann daher der neutrale Staat für seine Angehörigen intervenieren und zwar zunächst durch Reclamation im diplomatischen Wege.⁵

II. Das Verfahren in Prisensachen.¹

§ 112.

Das Verfahren bei den Prisengerichten der Kriegsparteien ist auch den Neutralen gegenüber ein sogenannter Reclameprocess, wobei den reclamierenden Neutralen der Beweis der Unregelmäßigkeit der Nehmung aufgebürdet wird.

Aus dem Wesen des Reclameprocesses ergibt sich namentlich, dass für die Verurtheilung neutraler Schiffe der bloße Ver-

⁴ Vergl. die in Anmerkung 4 zu § 117 citierte österreichisch-preussische Convention vom 6. Juni 1864.

⁵ Die Einsetzung internationaler Prisentribunale wäre namentlich im Interesse der Neutralen wünschenswert. Über die praktischen Schwierigkeiten der Durchführung des Projectes vergl. jedoch Geffcken in Heffters Völkerrecht, S. 371. Für die Beschwerden der Neutralen werden daher vorläufig nur Commissionen und Schiedsgerichte übrig bleiben, welche die Entscheidungen der Prisengerichte revidieren.

¹ Über das Verfahren in Prisensachen gegen feindliche Schiffe siehe oben S. 61.

dacht genügt, d. h. die als verdächtig aufgebrachten Schiffe werden für gute Prise erklärt, sobald der gegen sie vorliegende Verdacht nicht beseitigt wird.

Die Form des Verfahrens, sowie die Grundsätze des Beweises und das Materielle der zu fällenden Entscheidung richten sich auch den Neutralen gegenüber nach den Gesetzen des Landes, dessen Behörden mit der Prisengerichtsbarkeit beauftragt sind.²

§ 113.

Der Spruch des Prisengerichtes kann lauten: 1. lediglich auf Lossprechung, 2. auf Lossprechung mit Schadloshaltung, 3. auf Condemnierung des ganzen Objectes oder aber auf partielle Condemnierung.

Ein Anspruch der Reclamanten auf Schadloshaltung im Falle der Lossprechung ist grundsätzlich dann anerkannt, wenn die Aufbringung ohne hinreichenden Grund erfolgt war.

In Ansehung der Frage, ob sich der Reclamant, dem ein Anspruch auf Entschädigung einzuräumen ist, an den Nehmer oder an den Nehmestaat zu halten habe, besteht weder in der Theorie noch in der Praxis irgendwelche Übereinstimmung.³

§ 114.

Das Verfahren muss mit dem Friedensschlusse eingestellt werden, weil mit dem Friedensschlusse — vermöge des *jus postliminii* — alle aus dem Kriege resultierenden Rechte ihren Abschluss finden.⁴

² Ein Anderes kann allerdings durch Verträge mit den Neutralen vereinbart sein. Die vorhandenen Verträge beschränken sich jedoch in der Regel darauf, eine unparteiische Justiz in Prisensachen zur gegenseitigen Pflicht zu machen oder unverdächtige Richter zu verlangen. Einzelne Verträge stipulieren wohl auch die Mittheilung der betreffenden Prisenurtheile (wie z. B. die Verträge der Nord-, Mittel- und Südamerikanischen Republiken untereinander).

³ Vergl. Perels, Seerecht, S. 323—325.

⁴ So bestimmte der deutsch-französische Friedensvertrag vom 10. Mai 1871 im Art. 13: „Die deutschen Schiffe, welche durch Prisengerichte vor dem 2. März 1871 (dem Tage des Austausches der Ratificationen der Friedenspräliminarien vom 26. Februar) condemnirt waren, sollen als endgiltig condemnirt angesehen werden. Diejenigen, welche am besagten Tage nicht

III. Die Vollstreckung des Urtheiles.¹

§ 115.

Die Vollstreckung eines condemnierenden Urtheiles geschieht durch öffentlichen Verkauf der Prise, beziehungsweise — wenn etwa schon vor der erflossenen Entscheidung ein Verkauf stattgefunden hat — durch definitive Einziehung des Erlöses.

Hat die erste Instanz auf Verurtheilung erkannt, so ist — nach landrechtlichen Bestimmungen — die Entscheidung vorläufig vollstreckbar.

Der Reclamant kann die Vollstreckung nur dadurch abwenden, dass er wegen der aus der Aussetzung der Vollstreckung entstehenden Kosten und Schäden Sicherheit leistet.²

§ 116.

Die durch ein rechtskräftiges Urtheil des zuständigen Prisengerichtes condemnirten Prisen können auch an einem neutralen Platze verkauft werden.

Der neutrale Staat ist jedoch berechtigt, den Verkauf von Prisen und Prisengütern in seinem Gebiete zu untersagen.

Eine Verletzung der Neutralitätspflicht würde unter allen Umständen dann vorliegen, wenn die neutrale Regierung den Verkauf von Prisen und Prisengütern vor deren rechtskräftiger Verurtheilung zulassen wollte.³

condemniert waren, sollen mit der Ladung, soweit solche noch vorhanden, zurückgegeben werden. Wenn die Rückgabe der Schiffe und Ladungen nicht mehr möglich ist, so soll ihr nach dem Verkaufspreise bemessener Wert ihren Eigenthümern erstattet werden.“

¹ Vergl. namentlich Perels, Seerecht, S. 326—327.

² Sieh z. B. die preußischen Bestimmungen über das Verfahren in Prisensachen, § 36 und § 37.

³ Eine einzige diesfallsige Ausnahme bildet nur der Fall, in welchem es sich um den Verkauf eines reparaturunfähigen Schiffes oder einer dem Verderben ausgesetzten Ladung handelt. In einem solchen Falle kann aber die neutrale Regierung Sicherstellung für den Wert verlangen. Mit dieser Einschränkung gestattet z. B. die österreichische Neutralitätserklärung vom 25. Mai 1854 den Verkauf verderblicher Güter in österreichischen Häfen vor der Condemnierung.

§ 117.

Von dem Erlöse der Prisen fließt der eine Theil in die Staatscasse, während der andere Theil der Besatzung des Nehmers, beziehungsweise dem Nehmer, zugute kommt.

Die Regeln über die Repartition entbehren eines völkerrechtlichen Charakters.

Mehrfach begegnet man der landrechtlichen Bestimmung, dass die Officiere und Mannschaften des Kriegsfahrzeuges, welches die Prise aufgebracht hat, Anspruch auf zwei Drittel des Reinerlöses haben.⁴

⁴ Sieh z. B. § 36 der preußischen Bestimmungen über das Verfahren in Prisensachen und das durch königliche Ordre vom 4. Jänner 1866 genehmigte Reglement vom 31. December 1865, sowie die Convention zwischen Österreich und Preußen vom 6. Juni 1864 (betreffend die Competenz zur Entscheidung über die von den Kriegsmarinen der beiden Staaten gemeinschaftlich aufbrachten Prisen und Vertheilung der Prisenerlöse).

ANHANG.

THE END

I.

Genfer Convention vom 22. August 1864.

Convention de Genève pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne.

Son Altesse Royale le Grand Duc de Bade; Sa Majesté le Roi des Belges, etc. etc., également animés du désir d'adoucir, autant qu'il dépend d'eux, les maux inséparables de la guerre, de supprimer les rigueurs inutiles et d'améliorer le sort des militaires blessés sur les champs de bataille, ont résolu de conclure une convention à cet effet, et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: Son Altesse Royale le Grand Duc de Bade le Sieur etc., Sa Majesté le Roi des Belges le Sieur etc., etc. etc., lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1.

Les ambulances et les hôpitaux militaires seront reconnus neutres, et, comme tels, protégés et respectés par les belligérants, aussi longtemps qu'il s'y trouvera des malades ou des blessés.

La neutralité cesserait si ces ambulances ou ces hôpitaux étaient gardés par une force militaire.

Genfer Convention, betreffend die Verbesserung des Loses der im Felddienste verwundeten Militärpersonen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden, Seine Majestät der König der Belgier u. s. w. u. s. w., von dem gleichen Wunsche beseelt, soweit es von ihnen abhängt, die vom Kriege unzertrennlichen Leiden zu mildern, unnöthige Härten zu beseitigen und das Los der auf dem Schlachtfelde verwundeten Soldaten zu verbessern, haben zu diesem Behufe beschlossen, eine Convention zu vereinbaren, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt: Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden den Herrn u. s. w., Seine Majestät der König der Belgier den Herrn u. s. w., u. s. w. u. s. w., welche nach Austausch ihrer in guter und vorschriftsmäßiger Form befundenen Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1.

Die leichten und die Haupt-Feldlazarethe sollen als neutral anerkannt und demgemäß von den Kriegführenden geschützt und geachtet werden, so lange sich Kranke oder Verwundete darin befinden.

Die Neutralität würde aufhören, wenn diese Feldlazarethe mit Militär besetzt würden.

Art. 2.

Le personnel des hôpitaux et des ambulances, comprenant l'intendance, les services de santé, d'administration, de transport des blessés, ainsi que les aumôniers, participera au bénéfice de la neutralité lorsqu'il fonctionnera, et tant qu'il restera des blessés à relever ou à secourir.

Art. 3.

Les personnes désignées dans l'article précédent pourront, même après l'occupation par l'ennemi, continuer à remplir leurs fonctions dans l'hôpital ou l'ambulance qu'elles desservent ou se retirer pour rejoindre le corps auquel elles appartiennent.

Dans ces circonstances, lorsque ces personnes cesseront leurs fonctions, elles seront remises aux avant-postes ennemis par les soins de l'armée occupante.

Art. 4.

Le matériel des hôpitaux militaires demeurant soumis aux lois de la guerre, les personnes attachées à ces hôpitaux ne pourront, en se retirant, emporter que les objets qui sont leur propriété particulière.

Dans les mêmes circonstances, au contraire, l'ambulance conservera son matériel.

Art. 5.

Les habitants du pays qui porteront secours aux blessés seront respectés et demeureront libres.

Les généraux des puissances belligérantes auront pour mission de prévenir les habitants de l'appel fait à

Art. 2.

Das Personal der leichten und der Haupt-Feldlazarethe, inbegriffen die mit der Aufsicht, der Gesundheitspflege, der Verwaltung, dem Transporte der Verwundeten beauftragten Personen, sowie die Feldprediger, soll so lange an der Wohlthat der Neutralität theilnehmen, als es seinen Verpflichtungen obliegt und als Verwundete aufzuheben oder zu verpflegen sind.

Art. 3.

Die im vorhergehenden Artikel bezeichneten Personen können selbst nach der feindlichen Besitznahme fortfahren, in den von ihnen bedienten leichten oder Haupt-Feldlazarethen ihrem Amte obzuliegen, oder sich zurückziehen, um sich den Truppen anzuschließen, zu denen sie gehören.

Wenn diese Personen unter solchen Umständen ihre Thätigkeit einstellen, wird die den Platz behauptende Armee dafür sorgen, dass sie den feindlichen Posten zugeführt werden.

Art. 4.

Das Material der Haupt-Feldlazarethe unterliegt den Kriegsgesetzen, und die zu diesen Lazarethen gehörigen Personen dürfen daher bei ihrem Rückzuge nur diejenigen Gegenstände mitnehmen, welche ihr Privateigenthum sind.

Das leichte Feldlazareth dagegen bleibt unter gleichen Umständen im Besitze seines Materials.

Art. 5.

Die Landesbewohner, welche den Verwundeten zuhilfe kommen, sollen geschont werden und frei bleiben.

Die Generale der kriegführenden Mächte haben die Aufgabe, die Einwohner von dem an ihre Mensch-

leur humanité, et de la neutralité qui en sera la conséquence.

Tout blessé recueilli et soigné dans une maison y servira de sauvegarde. L'habitant qui aura recueilli chez lui des blessés sera dispensé du logement des troupes, ainsi que d'une partie des contributions de guerre qui seraient imposées.

Art. 6.

Les militaires blessés ou malades seront recueillis et soignés, à quelque nation qu'ils appartiennent.

Les commandants en chef auront la faculté de remettre immédiatement aux avant-postes ennemis les militaires ennemis blessés pendant le combat, lorsque les circonstances le permettront et du consentement des deux parties.

Seront renvoyés dans leurs pays ceux qui, après guérison seront reconnus incapables de servir.

Les autres pourront être également renvoyés, à condition de ne pas reprendre les armes pendant la durée de la guerre.

Les évacuations, avec le personnel qui les dirige, seront couvertes par une neutralité absolue.

Art. 7.

Un drapeau distinctif et uniforme sera adopté pour les hôpitaux, les ambulances et les évacuations. Il devra être, en toute circonstance, accompagné du drapeau national.

Un brassard sera également admis pour le personnel neutralisé, mais

lichkeit ergehenden Rufe und der daraus sich ergebenden Neutralität in Kenntniss zu setzen.

Jeder in einem Hause aufgenommene und gepflegte Verwundete soll demselben als Schutz dienen. Der Einwohner, welcher Verwundete bei sich aufnimmt, soll mit Truppeneinquartierung, sowie mit einem Theil der etwa auferlegten Kriegscontributionen verschont werden.

Art. 6.

Die verwundeten oder erkrankten Militärs sollen ohne Unterschied der Nationalität aufgenommen und gepflegt werden.

Den Oberbefehlshabern soll es freistehen, die während des Gefechtes verwundeten feindlichen Militärs sofort den feindlichen Vorposten zu übergeben, wenn die Umstände dies gestatten und beide Parteien einverstanden sind.

Diejenigen, welche nach ihrer Heilung als dienstunfähig befunden worden sind, sollen in ihre Heimat zurückgeschickt werden.

Die Anderen können ebenfalls zurückgeschickt werden unter der Bedingung, während der Dauer des Krieges die Waffen nicht wieder zu ergreifen.

Die Evacuationszüge nebst dem sie leitenden Personale genießen unbedingte Neutralität.

Art. 7.

Eine deutlich erkennbare und übereinstimmende Fahne soll bei den Feldlazarethen, den Verbandplätzen und Evacuationszügen aufgesteckt werden. Daneben muss unter allen Umständen die Nationalflagge aufgepflanzt werden.

Ebenso soll für das unter dem Schutze der Neutralität stehende Per-

la délivrance en sera laissée à l'autorité militaire.

Le drapeau et le brassard porteront croix rouge sur fond blanc.

Art. 8.

Les détails d'exécution de la présente convention seront réglés par les commandants en chef des armées belligérantes, d'après les instructions de leurs gouvernements respectifs, et conformément aux principes généraux énoncés dans cette convention.

Art. 9.

Les hautes puissances contractantes sont convenues de communiquer la présente convention aux gouvernements qui n'ont pu envoyer des plénipotentiaires à la Conférence internationale de Genève, en les invitant à y accéder; le protocole est à cet effet laissé ouvert.

Art. 10.

La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Berne, dans l'espace de quatre mois, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Genève, le vingt-deuxième jour du mois d'août de l'an mil huit cent soixante-quatre.

sonal eine Armbinde zulässig sein; aber die Verabfolgung einer solchen bleibt der Militärbehörde überlassen.

Die Fahne und Armbinde sollen ein rothes Kreuz auf weißem Grunde tragen.

Art. 8.

Die Einzelheiten der Ausführung der gegenwärtigen Convention sollen von den Oberbefehlshabern der kriegführenden Armeen nach den Anweisungen ihrer betreffenden Regierungen und nach Maßgabe der in dieser Convention ausgesprochenen allgemeinen Grundsätze angeordnet werden.

Art 9.

Die hohen vertragschließenden Mächte sind übereingekommen, gegenwärtige Convention denjenigen Regierungen, welche keine Bevollmächtigte zur internationalen Konferenz in Genf haben schicken können, mitzutheilen und sie zum Beitritte einzuladen. Das Protokoll wird zu diesem Zwecke offen gelassen.

Art. 10.

Die gegenwärtige Convention soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen in Bern binnen vier Monaten oder, wenn es sein kann, früher ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten dieselbe unterzeichnet und den Abdruck ihrer Wappen beigefügt.

Geschehen zu Genf, den zweiundzwanzigsten August des Jahres eintausend achthundert und vierundsechzig.

II.

Zusatzartikel vom 20. October 1868 zur Genfer Convention.

Projet d'articles additionnels à la Convention du 22 août 1864 pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne.

Signé par la Conférence internationale de Genève, le 20 octobre 1868.

Les Gouvernements de l'Allemagne du Nord, l'Autriche, Bade, la Bavière, la Belgique, le Danemark, la France, la Grande-Bretagne, l'Italie, les Pays-Bas, Suède et Norvège, la Suisse, la Turquie, le Wurtemberg:

Désirant étendre aux armées de mer les avantages de la Convention conclue à Genève le 22 août 1864, pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, et préciser davantage quelques-unes des stipulations de la dite convention, ont nommé pour leurs commissaires

Lesquels, dûment autorisés à cet effet, sont convenus sous réserve d'approbation de leurs gouvernements, des dispositions suivantes:

Art. 1.

Le personnel désigné dans l'article deux de la convention continuera, après l'occupation par l'ennemi, à donner, dans la mesure des besoins, ses soins aux malades et aux blessés de l'ambulance ou de l'hôpital qu'il dessert.

Entwurf von Zusatzartikeln zur Convention vom 22 August 1864, betreffend die Verbesserung des Loses der im Felddienste verwundeten Militärpersonen.

Unterzeichnet von der internationalen Conferenz zu Genf, den 20. October 1868.

Die Regierungen des Norddeutschen Bundes, Österreichs, Badens, Bayerns, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande, Schwedens und Norwegens, der Schweiz, der Türkei und Württembergs, von dem Wunsche beseelt, die Vortheile der am 22. August 1864 zu Genf geschlossenen Convention zur Verbesserung des Loses der verwundeten Militärpersonen der Armeen im Felde auf die Seestreitmächte auszudehnen, und einige der Festsetzungen der gedachten Convention näher zu präcisieren, haben zu ihren Commissarien ernannt u. s. w. u. s. w., welche u. s. w., unter dem Vorbehalt des Einverständnisses ihrer Regierungen, nachfolgende Festsetzungen vereinbart haben:

Art. 1.

Das im Art. 2 der Convention bezeichnete Personal fährt nach der Besetzung durch den Feind fort, soweit es das Bedürfnis erheischt, den Kranken und den Verwundeten des Feldlazarethes oder Hospitals, zu dem es gehört, seine Sorgfalt zuzuwenden.

Lorsqu'il demandera à se retirer, le commandant des troupes occupantes fixera le moment de ce départ, qu'il ne pourra toutefois différer que pour une courte durée en cas de nécessités militaires.

Art. 2.

Des dispositions devront être prises par les puissances belligérantes pour assurer au personnel neutralisé, tombé entre les mains de l'armée ennemie, la jouissance intégrale de son traitement.

Art. 3.

Dans les conditions prévues par les articles un et quatre de la convention, la dénomination d'ambulance s'applique aux hôpitaux de campagne et autres établissements temporaires qui suivent les troupes sur les champs de bataille pour y recevoir des malades et des blessés.

Art. 4.

Conformément à l'esprit de l'article cinq de la convention et aux réserves mentionnées au protocole de 1864, il est expliqué que, pour la répartition de charges relatives au logement de troupes et aux contributions de guerre, il ne sera tenu compte que dans la mesure de l'équité du zèle charitable déployé par les habitants.

Art. 5.

Par extension de l'article six de la Convention, il est stipulé que, sous la réserve des officiers dont la possession importerait au sort des armes, et dans les limites fixées par le deuxième paragraphe de cet article, les blessés tombés entre les mains

Sobald dieses Personal sich zurückziehen wünscht, hat der Commandant der Besatzungstruppen den Zeitpunkt des Abzuges zu bestimmen, den er, jedoch nur auf eine kurze Zeitdauer, falls eine militärische Nothwendigkeit hiefür vorliegt, hinauschieben kann.

Art. 2.

Seitens der kriegführenden Mächte sind Bestimmungen zu treffen, durch welche den in die Hände der feindlichen Armee gefallen neutralen Personen der unverkürzte Genuss ihres Gehaltes gesichert wird.

Art. 3.

In den in den Artikeln 1 und 4 angegebenen Verhältnissen bezeichnet die Benennung „ambulance“ die Feldlazarethe und andere zeitweise Anstalten, welche den Truppen auf das Schlachtfeld folgen, um auf demselben die Kranken und Verwundeten aufzunehmen.

Art. 4.

In Übereinstimmung mit der Absicht des Art. 5 der Convention und den in dem Protokolle von 1864 niedergelegten Vorbehalten, wird hiedurch festgestellt, dass bei der Vertheilung der Lasten, welche aus der Einquartierung der Truppen und aus den zu leistenden Kriegscontributionen erwachsen, das Maß des von den betreffenden Einwohnern an den Tag gelegten mildthätigen Eifers in Betracht zu ziehen ist.

Art. 5.

In Erweiterung des Art. 6 der Convention wird hiedurch festgesetzt, dass, mit Ausnahme derjenigen Officiere, deren Anwesenheit bei der betreffenden Armee, auf den Erfolg der Waffen von Einfluss sein würde, und innerhalb der durch den zweiten Ab-

de l'ennemi, lors même qu'ils ne seraient pas reconnus incapables de servir, devront être renvoyés dans leurs pays après leur guérison, ou plus tôt si faire se peut, à la condition toutefois de ne pas reprendre les armes pendant la durée de la guerre.

Articles concernant la marine.

Art. 6.

Les embarcations qui, à leurs risques et périls, pendant et après le combat, recueillent ou qui, ayant recueilli des naufragés ou des blessés, les portent à bord d'un navire, soit neutre, soit hospitalier, jouiront jusqu'à l'accomplissement de leur mission de la part de la neutralité que les circonstances du combat et la situation des navires en conflit permettront de leur appliquer.

L'appréciation de ces circonstances est confiée à l'humanité de tous les combattants.

Les naufragés et les blessés ainsi recueillis et sauvés ne pourront servir pendant la durée de la guerre.

Art. 7.

Le personnel religieux, médical et hospitalier de tout bâtiment capturé est déclaré neutre. Il emporte, en quittant le navire, les objets et les instruments de chirurgie qui sont sa propriété particulière.

Art. 8.

Le personnel désigné dans l'article précédent doit continuer à remplir

schnitt dieses Artikels gezogenen Grenzen, die in die Hände des Feindes gefallenen Blessierten, selbst wenn sie nicht als unfähig zum Fortdienen erkannt worden, nach erfolgter Herstellung, oder womöglich noch früher in ihre Heimat zurückzusenden sind, unter der Bedingung jedoch, dass dieselben während der Dauer des Krieges nicht wieder die Waffen führen dürfen.

Bestimmungen für die Marine.

Art. 6.

Die Fahrzeuge, welche auf ihre Gefahr hin während und nach der Schlacht Schiffbrüchige oder Blesierte aufnehmen oder, nachdem sie dieselben aufgenommen, an Bord eines neutralen oder Lazarethschiffes transportieren, geniessen bis zur Lösung dieser Aufgabe die Neutralität insoweit, als die Verhältnisse der Schlacht und die Lage der im Kampf befindlichen Schiffe ihnen dieselbe zu gewähren gestatten.

Die Beurtheilung dieser Verhältnisse wird der Menschlichkeit aller Kämpfenden anvertraut.

Die in dieser Weise aufgenommenen und geretteten Schiffbrüchigen und Verwundeten dürfen während der Dauer des Krieges nicht wieder Dienste thun.

Art. 7.

Das für die Seelsorge bestimmte, das Medicinal- und Lazarethpersonal jedes genommenen Schiffes wird als neutral erklärt. Dasselbe nimmt beim Verlassen des Schiffes die ihm als besonderes Eigenthum gehörenden Gegenstände und chirurgischen Instrumente mit sich.

Art. 8.

Das in dem vorstehenden Artikel bezeichnete Personal hat auf dem ge-

ses fonctions sur le bâtiment capturé, concourir aux évacuations de blessés faites par le vainqueur, puis il doit être libre de rejoindre son pays, conformément au second paragraphe du premier article additionnel ci-dessus.

Les stipulations du deuxième article additionnel ci-dessus sont applicables au traitement de ce personnel.

Art. 9.

Les bâtiments hôpitaux militaires restent soumis aux lois de la guerre, en ce qui concerne leur matériel; ils deviennent la propriété du capteur, mais celui-ci ne pourra les détourner de leur affectation spéciale pendant la durée de la guerre.

Art. 10.

Tout bâtiment de commerce, à quelque nation qu'il appartienne, chargé exclusivement de blessés et de malades dont il opère l'évacuation, est couvert par la neutralité; mais le fait seul de la visite, notifié sur le journal du bord, par un croiseur ennemi, rend les blessés et les malades incapables de servir pendant la durée de la guerre. Le croiseur aura même le droit de mettre à bord un commissaire pour accompagner le convoi et vérifier ainsi la bonne foi de l'opération.

Si le bâtiment de commerce contenait en outre un chargement, la neutralité le couvrirait encore, pourvu que ce chargement ne fût pas de nature à être confisqué par le belligérant.

Les belligérants conservent le droit d'interdire aux bâtiments neutralisés

nommenen Schiffe seine Functionen fortzusetzen und bei der durch den Sieger auszuführenden Räumung der Verwundeten mitzuwirken. Demnächst ist demselben gestattet, in Gemäßheit des zweiten Abschnittes des vorstehenden Zusatzartikels 1, in die Heimat zurückzukehren.

Die Stipulationen des vorstehenden 2. Zusatzartikels finden auf die Besoldung dieses Personals Anwendung.

Art. 9.

Die militärischen Lazarethschiffe verbleiben hinsichtlich ihres Materials unter dem Kriegsgesetze. Sie gehen in das Eigenthum des Eroberers über, doch darf dieser sie während der Dauer des Krieges nicht ihrer besonderen Bestimmung entziehen.

Art. 10.

Jedes Handelsschiff, welcher Nation dasselbe auch angehöre, genießt, sobald es ausschließlich mit Verwundeten oder Kranken belastet ist, der Neutralität; jedoch macht schon die Thatsache einer durch das Schiffsjournal verificierten Visitation seitens eines feindlichen Kreuzers die Verwundeten und die Kranken zum Weiterdienen während der Dauer des Krieges unfähig. Auch hat der Kreuzer das Recht, einen Commissär an Bord zu lassen, welcher die Fahrt begleitet und sich von der Wahrheit der Angaben überzeugt.

Wenn das Handelsschiff außerdem eine Ladung an Bord führt, so wird auch diese durch die Neutralität geschützt, vorausgesetzt, dass diese Ladung nicht von der Beschaffenheit ist, um von dem kriegführenden Theile confisciert zu werden.

Die kriegführenden Theile behalten das Recht, den für neutral erklärten

toute communication et toute direction qu'ils jugeraient nuisibles au secret de leurs opérations.

Dans les cas urgents, des conventions particulières pourront être faites entre les commandants en chef pour neutraliser momentanément d'une manière spéciale les navires destinés à l'évacuation des blessés et des malades.

Art. 11.

Les marins et les militaires embarqués, blessés ou malades, à quelque nation qu'ils appartiennent, seront protégés et soignés par les capteurs.

Leur repatriement est soumis aux prescriptions de l'article six de la convention et de l'article cinq additionnel.

Art. 12.

Le drapeau distinctif à joindre au pavillon national pour indiquer un navire ou une embarcation quelconque qui réclame le bénéfice de la neutralité, en vertu des principes de cette convention, est le pavillon blanc à croix rouge.

Les belligérants exercent à cet égard toute vérification qu'ils jugent nécessaire.

Les bâtiments hôpitaux militaires seront distingués par une peinture extérieure blanche avec batterie verte.

Art. 13.

Les navires hospitaliers, équipés aux frais des sociétés de secours reconnues par les gouvernements signataires de cette convention, pourvus de commission émanée du Sou-

Schiffen und Fahrzeugen jede Verbindung und jede Richtung, welche sie für die Bewahrung des Geheimnisses ihrer Operationen als schädlich erachten, zu untersagen.

In dringenden Fällen können zwischen den beiderseitigen Obercommandanten besondere Übereinkommen getroffen werden, um den mit der Räumung der Verwundeten und Kranken beauftragten Fahrzeugen augenblicklich in specieller Weise die Neutralität zu ertheilen.

Art. 11.

Die eingeschifften verwundeten oder kranken Seeleute oder Soldaten, welcher Nation dieselben auch angehören, sind durch den Eroberer zu schützen und zu pflegen.

Die Rückkehr in ihr Vaterland unterliegt den Bestimmungen des Artikels 6 der Convention und des Zusatzartikels 5.

Art. 12.

Das Unterscheidungszeichen für ein jedes Schiff oder Fahrzeug, welches auf Grund der Bestimmungen der Convention den Vorzug der Neutralität beansprucht, ist die neben der Nationalflagge zu führende weiße Flagge mit rothem Kreuz.

Die kriegführenden Theile können in dieser Beziehung eine jede von ihnen für nöthig erachtete Untersuchung veranlassen.

Die militärischen Lazarethschiffe erhalten einen äußeren Anstrich von weißer Farbe mit grüner Batterie.

Art. 13.

Die auf Kosten von Hilfsvereinen, welche von den der Convention beigetretenen Regierungen anerkannt sind, ausgerüsteten Hilfsschiffe werden, sobald sie von dem Souveräne,

verain qui aura donné l'autorisation expresse de leur armement, et d'un document de l'autorité maritime compétente, stipulant qu'ils ont été soumis à son contrôle pendant leur armement et à leur départ final, et qu'ils étaient alors uniquement appropriés au but de leur mission, seront considérés comme neutres, ainsi que tout leur personnel.

Ils seront respectés et protégés par les belligérants.

Ils se feront reconnaître en hissant, avec leur pavillon national, le pavillon blanc à croix rouge. La marque distinctive de leur personnel dans l'exercice de ses fonctions sera un brassard aux mêmes couleurs; leur peinture extérieure sera blanche avec batterie rouge.

Ces navires porteront secours et assistance aux blessés et aux naufragés des belligérants sans distinction de nationalité.

Ils ne devront gêner en aucune manière les mouvements des combattants.

Pendant et après le combat, ils agiront à leurs risques et périls.

Les belligérants auront sur eux le droit de contrôle et de visite; ils pourront refuser leur concours, leur enjoindre de s'éloigner et les détenir si la gravité des circonstances l'exigeait.

Les blessés et les naufragés recueillis par ces navires ne pourront être réclamés par aucun des com-

welcher ihre Ausrüstung ausdrücklich gestattet hat, mit einem Freibriefe versehen sind und sich im Besitze eines Zeugnisses der zuständigen Marinebehörde befinden, aus welchem hervorgeht, dass die Schiffe, während sie ausgerüstet waren, sowie bei ihrer endlichen Abfahrt, unter der Aufsicht der gedachten Behörde standen und ausschließlich für den Zweck ihrer Mission eingerichtet waren, nebst ihrem Personal als neutral betrachtet.

Dieselben sind durch die kriegführenden Theile zu respectieren und zu schützen.

Ihr Erkennungszeichen ist die weiße Flagge mit rothem Kreuz neben der Nationalflagge. Das Abzeichen ihres Personals bei Ausübung seiner Functionen ist eine Armbinde von gleicher Farbe und gleichem Zeichen. Der äußere Anstrich dieser Fahrzeuge ist weiß mit rother Batterie.

Diese Fahrzeuge leisten den Verwundeten und Schiffbrüchigen der kriegführenden Theile, ohne Unterschied der Nationalität, Hilfe und Beistand.

Sie dürfen jedoch in keiner Weise die Bewegungen der kämpfenden Schiffe behindern.

Während und nach der Schlacht handeln sie auf ihre eigene Gefahr.

Die kriegführenden Theile haben über diese Fahrzeuge das Recht der Controle und der Visitation; sie können die Mitwirkung der in Rede stehenden Fahrzeuge ablehnen und ihnen aufgeben, sich zu entfernen, auch in dringenden Fällen sie bei sich zurückbehalten.

Die von diesen Fahrzeugen aufgenommenen Verwundeten, respective Schiffbrüchigen, dürfen von kei-

battants, et il leur sera imposé de ne pas servir pendant la durée de la guerre.

Art. 14.

Dans les guerres maritimes, toute forte présomption que l'un des belligérants profite du bénéfice de la neutralité dans un autre intérêt que celui des blessés et des malades, permet à l'autre belligérant, jusqu'à preuve du contraire, de suspendre la convention à son égard.

Si cette présomption devient une certitude, la convention peut même lui être dénoncée pour toute la durée de la guerre.

Art. 15.

Le présent Acte sera dressé en un seul exemplaire original qui sera déposé aux archives de la Confédération suisse.

Une copie authentique de cet acte sera délivrée, avec l'invitation d'y adhérer, à chacune des puissances signataires de la convention du 22 août 1864, ainsi qu'à celles qui y ont successivement accédé.

En foi de quoi les commissaires soussignés ont dressé le présent projet d'articles additionnels et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Genève, le vingtième jour du mois d'octobre de l'an mil huit cent soixante-huit.

nem der kriegführenden Theile reclamiert werden; dagegen wird den aufgenommenen Personen aufgegeben, während der Dauer des Krieges nicht wieder zu dienen.

Art. 14.

In den Seekriegen gestattet eine jede starke Vermuthung, dass einer der kriegführenden Theile die Wohthat der Neutralität in einem anderen Interesse, als in dem der Verwundeten und Kranken, benutzt, dem anderen kriegführenden Theile, bis zum geführten Beweise des Gegentheiles, hinsichtlich des ersteren kriegführenden Theiles die Convention zu suspendieren.

Wenn diese Vermuthung Gewissheit wird, kann die Convention dem Übertreter selbst für die ganze Dauer des Krieges gekündigt werden.

Art. 15.

Die gegenwärtige Acte soll in einem einzigen Originalexemplare ausgefertigt und letzteres im Archive der Schweizer Eidgenossenschaft niedergelegt werden.

Eine beglaubigte Abschrift der Acte mit der Einladung, derselben beizutreten, soll jeder der Signatarmächte der Convention vom 22. August 1864, sowie denjenigen, welche der letzteren später beigetreten sind, übersandt werden.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Commissarien den gegenwärtigen Entwurf von Zusatzartikeln vollzogen und den Abdruck ihrer Wappen beigefügt.

Geschehen zu Genf, den zwanzigsten October des Jahres eintausend achthundert und achtundsechzig.

III.

Petersburger Convention vom Jahre 1868.

Convention de St Pétersbourg de
29 novembre — 11 décembre 1868.

Déclaration échangée à St. Pétersbourg, entre la Belgique, l'Autriche, la Bavière, le Danemark, la France, la Grande-Bretagne, la Grèce, l'Italie, les Pays-Bas, la Perse, le Portugal, la Prusse et la Confédération de l'Allemagne du Nord, la Russie, la Suède et la Norwège, la Suisse, la Turquie et le Wurtemberg, à l'effet d'interdire l'usage de certains projectiles en temps de guerre.

Sur la proposition du cabinet impérial de Russie, une commission militaire internationale ayant été réunie à St. Pétersbourg, afin d'examiner la convenance d'interdire l'usage de certains projectiles en temps de guerre entre les nations civilisées, et cette commission ayant fixé, d'un commun accord, les limites techniques où les nécessités de la guerre doivent s'arrêter devant les exigences de l'humanité, les soussignés sont autorisés, par les ordres de leurs gouvernements, à déclarer ce qui suit:

Considérant que les progrès de la civilisation doivent avoir pour effet d'atténuer autant que possible les calamités de la guerre;

que le seul but légitime que les états doivent se proposer, durant

Petersburger Convention vom
29. November — 11. December 1868.

Zu St. Petersburg ausgetauschte Erklärung zwischen Belgien, Österreich, Bayern, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Persien, Portugal, Preußen und dem Norddeutschen Bunde, Russland, Schweden und Norwegen, der Schweiz, der Türkei und Würtemberg, welche bezweckt, den Gebrauch gewisser Projectile zur Kriegszeit zu untersagen.

Nachdem über Vorschlag des kaiserlich russischen Cabinetes eine internationale Militär-Commission zu St. Petersburg sich versammelt hatte, um zu untersuchen, wie weit es angemessen wäre, den Gebrauch von gewissen Projectilen unter den civilisierten Nationen zur Kriegszeit zu verbieten, und nachdem diese Commission einstimmig die technischen Grenzen festgesetzt hatte, wo die Nothwendigkeit des Krieges angesichts der Forderungen der Humanität aufhören muss, sind die Unterzeichneten im Auftrage ihrer Regierungen Folgendes zu erklären bevollmächtigt:

In Erwägung, dass die Fortschritte der Civilisation den Zweck haben sollen, die Calamitäten des Krieges soviel als möglich zu mildern;

dass das einzige legitime Ziel, welches sich die Staaten während des

la guerre, est l'affaiblissement des forces militaires de l'ennemi;

qu'à cet effet, il suffit de mettre hors de combat le plus grand nombre d'hommes possible;

que ce but serait dépassé par l'emploi d'armes qui aggraveraient inutilement les souffrances des hommes mis hors de combat ou voudraient leur mort inévitable;

que l'emploi de pareilles armes serait, dès lors, contraire aux lois de l'humanité;

les parties contractantes s'engagent à renoncer mutuellement, en cas de guerre entre elles, à l'emploi, par leurs troupes de terre ou de mer, de tout projectile d'un poids inférieur à 400 grammes qui serait ou explosible ou chargé de matières fulminantes ou inflammables.

Elles inviteront tous les états qui n'ont pas participé, par l'envoi de délégués, aux délibérations de la commission militaire internationale réunie à St. Petersbourg, à accéder au présent engagement.

Cet engagement n'est obligatoire que pour les parties contractantes ou accédantes, en cas de guerre entre deux ou plusieurs d'entre elles; il n'est pas applicable vis-à-vis de parties non contractantes ou qui n'auraient pas accédé.

Il cesserait également d'être obligatoire du moment où, dans une guerre entre parties contractantes ou accédantes, une partie non contractante ou qui n'aurait pas accédé se joindrait à l'un des belligérants.

Krieges vorsetzen sollen, die Schwächung der militärischen Macht des Feindes ist;

dass es zu diesem Zwecke genügt, die größtmögliche Zahl von Menschen kampfunfähig zu machen;

dass dieses Ziel überschritten würde durch den Gebrauch von Waffen, welche die Leiden der Kampfunfähigen unnützerweise erschweren oder deren unvermeidlichen Tod fordern würden;

dass der Gebrauch solcher Waffen demnach den Gesetzen der Humanität zuwider wäre;

verpflichten sich die vertragsschließenden Parteien wechselseitig, im Falle eines Krieges unter ihnen auf den Gebrauch jedweden, unter 400 Gramm wiegenden Projectiles von Seite ihrer Truppen zu Lande oder zur See zu verzichten, welches entweder explodierbar oder mit Zündstoffen geladen wäre.

Sie werden alle Staaten einladen, welche an den Berathungen der in St. Petersburg versammelten internationalen Militär-Commission durch Entsendung von Delegierten nicht theilgenommen haben, dem gegenwärtigen Abkommen beizutreten.

Dieses Abkommen ist nur für die vertragsschließenden oder beitretenden Parteien im Falle eines Krieges zwischen zweien oder mehreren unter ihnen bindend; es ist nicht giltig gegenüber nicht vertragsschließenden oder nicht beigetretenen Parteien.

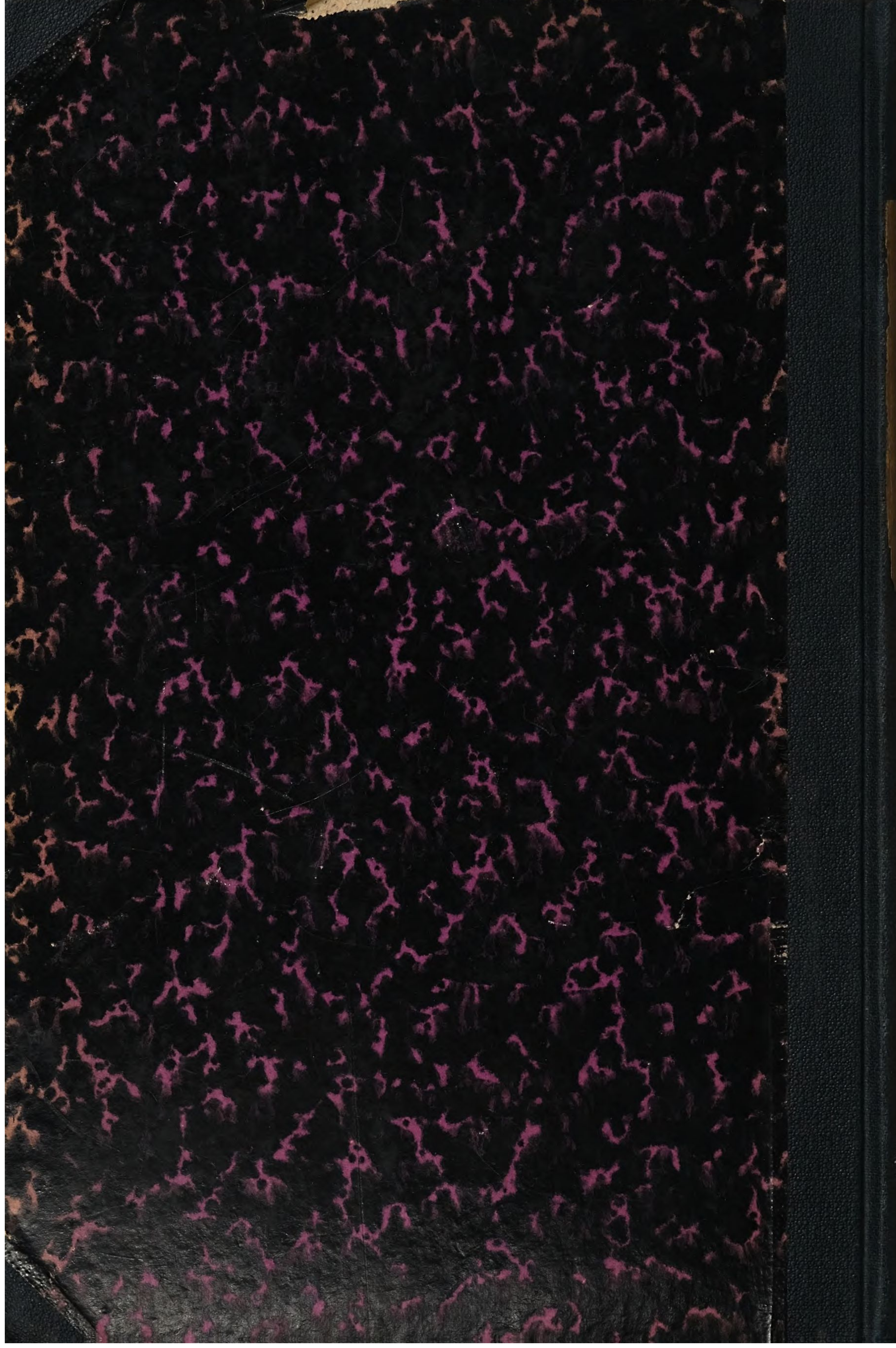
Dasselbe würde gleichfalls aufhören, bindend zu sein von dem Augenblicke an, wo in einem Kriege zwischen vertragsschließenden oder beitretenden Parteien eine nicht vertragsschließende oder nicht beigetretene Partei sich mit einem der Kriegführenden verbinden würde.

Les parties contractantes ou accédantes, se réservent de s'entendre ultérieurement, toutes les fois qu'une proposition précise serait formulée en vue des perfectionnements à venir que la science pourrait apporter dans l'armement des troupes, afin de maintenir les principes qu'elles ont posés et de concilier les nécessités de la guerre avec les lois de l'humanité.

Fait à St. Pétersbourg, le 29 novembre — 11 décembre 1868.

Die vertragschließenden oder beitreten den Parteien behalten sich vor, sich außerdem jedesmal zu verständigen, wenn ein bestimmter Vorschlag in Hinsicht auf künftige Verbesserungen, welche die Wissenschaft in der Ausrüstung der Truppen bewirken könnte, formuliert würde, um die von ihnen aufgestellten Grundsätze aufrecht zu halten und um die Nothwendigkeit des Krieges mit den Gesetzen der Humanität zu versöhnen.

Geschehen zu St. Petersburg, den 29. November — 11. December 1868.



Resch, Peter

Das moderne Kriegsrecht der civilisierten Staatenwelt Systematisch
dargestellt von Prof. Peter Resch

Graz & Leipzig 1890

J.publ.e. 366 fb

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11635026-5